



# Die Einstellung von Prozessbeteiligten zur Problematik gesetzlich zulässiger Fernsehaufnahmen während einer strafrechtlichen Hauptverhandlung

Vom Fachbereich für Biowissenschaften und Psychologie  
der Technischen Universität Carolo - Wilhelmina  
zu Braunschweig  
zur Erlangung des Grades einer Doktorin der Naturwissenschaften  
(Dr. rer. nat.)

genehmigte Dissertation  
von  
Susanne Cordes

1. Referentin: Prof. Dr.rer.nat. E. Müller-Luckmann  
2. Referent: Prof. Dr.rer.nat. W. Deutsch  
eingereicht am: 6.06.05  
mündliche Prüfung ( Disputation):13.07.05

2005 (Druckjahr)

## Danksagung

Die vorliegende Arbeit hat vielfältige Unterstützung erfahren. Hierfür möchte ich mich herzlich bei allen bedanken:

Ich bedanke mich vor allem bei Frau Prof. Dr. E. Müller-Luckmann, weil sie mir neben ihren vielfältigen Anregungen und ihrer konstruktiven Kritik als Mentorin, die Gelegenheit gab, meine Vorstellungen umzusetzen. Für diese Freiheit und Unterstützung bin ich ihr sehr dankbar.

Ich bedanke mich bei Herrn Professor Dr. W. Deutsch für die Übernahme des Zweitgutachtens und für seine wertvollen Anregungen und fundierten Empfehlungen zur Durchführung meiner wissenschaftlichen Arbeit.

Von Bedeutung für die Durchführung der Forschungsarbeit war die Erhebung empirischer Daten.

Für die Genehmigung zur Durchführung meines Forschungsvorhabens im Justizbereich bedanke ich mich für die freundliche Fürsprache von Prof. Dr. Christian Pfeiffer als derzeitiger niedersächsischer Minister der Justiz und Herrn Baum vom Niedersächsischen Justizministerium in Hannover.

Für die Genehmigung zur Durchführung meiner Untersuchung in den Justizvollzugsanstalten Niedersachsen bedanke ich mich bei Herrn Dr. Herrfahrdt vom Kriminologischen Dienst im niedersächsischen Justizvollzug in Hannover und bei Herrn Weilbacher vom Hessischen Ministerium der Justiz in Wiesbaden.

Die Untersuchung erfolgte in den Landgerichten: Braunschweig, Göttingen, Hildesheim und Hannover, ich bedanke mich bei deren Landgerichts -Präsidenten in Braunschweig Herrn Hausmann und Herrn Hupka (Landgericht Hildesheim), Herrn Schneidewind (Landgericht Hannover) und Herrn Dr. Götz von Olenhusen (Landgericht Göttingen).

Ich bedanke mich bei der Staatsanwaltschaft: den leitenden Oberstaatsanwalt Herrn Dr. Koch und Herrn Oberstaatsanwalt Herrn Niestroj in Braunschweig. Den leitenden Oberstaatsanwalt Herrn Bretschneider in Hildesheim und den leitenden Oberstaatsanwalt Herrn Apel in Göttingen.

Besonders bedanken möchte ich mich bei allen Richtern, Staatsanwälten und Anwälten in ihren Kanzleien in Braunschweig, die sich als Probanden bereit erklärten und aktiv an der Untersuchung teilnahmen.

Darüberhinaus bedanke ich mich für die hilfreiche Unterstützung bei der Richterin Frau Dr. Nowak aus Braunschweig und der Staatsanwältin Frau Holland aus Frankfurt, dem Schweizer Bundesrichter Herrn Wiprächtiger und der Richterin Frau Heer .

Ich bedanke mich für die Unterstützungen der Gefängnisleitungen in der Justizvollzugsanstalt Butzbach Oberstaatsanwalt Herrn Saagebiel, in Schwalmstadt den Lt. Reg.Dir Herrn Dr. Neu, in Vechta Frau Huckemeyer, in Celle den Lt. Reg.Dir.Herrn Cordes, in Wolfenbüttel Lt. Reg.Dir.Herrn Münzebrock.

Mein Dank gilt allen ungenannten Gefangenen der Justizvollzugsanstalten Schwalmstadt, Butzbach, Vechta, Celle und Wolfenbüttel für ihre Mitteilungsbereitschaft bei der Fragebogenerhebung.

Für die hilfreiche Beratung und Unterstützung meiner statistischen und computerbezogenen Fragen danke ich Herrn Dr. Nippert und Dr. Meike Watzlawik sowie Christine Kröger.

Für die hilfreiche Unterstützung durch Literaturhinweise danke ich Herrn Prof. Dr. H. Schüler-Springorum und Herrn Richter Jahnbetz aus Göttingen, der mich insbesondere über Prozessverfahren informierte.

Mein Dank gilt auch denen, die mich persönlich unterstützt haben:

Gisela Cordes, Angela Claus, Susanne Lütge, Iris Müller, Michael Scholz, Thomas Wellner.

Nicht zuletzt richtet sich mein Dank für die finanzielle Förderung der Studie gilt Herrn G. Werner von der Graduiertenförderung des Landes Niedersachsen.



Summary .....	4
<b>1 Einleitung und Überblick .....</b>	<b>5</b>
1.1 Problemstellung.....	6
1.2 Die Gegner und Befürworter der Fernsehberichterstattung .....	7
1.3 Forschungsfrage aus psychologischer Sicht.....	9
1.4 Das Untersuchungsfeld .....	10
1.5 Inhalt und Aufbau der Arbeit.....	12
<b>2 Das gegenwärtige Problemfeld .....</b>	<b>13</b>
2.1 Meinungen zur Beeinträchtigung der Wahrheitsfindung .....	15
2.1.1 Die Persönlichkeitsrechte.....	16
2.1.2 Das Recht am eigenen Bild und Namen .....	17
2.1.3 Die Unschuldsvermutung .....	17
2.1.4 Das Recht der Resozialisierung.....	17
2.1.5 Der Schutz der Intimsphäre.....	17
2.2 Gegner und Befürworter des Gerichtsfernsehens.....	18
2.3 Gerichts-TV „Voyeurismus“ oder „Transparenz“ der Justiz?.....	20
2.4 Justizshows als rechtliche Ratgeber .....	21
2.5 Wie nimmt das Publikum die Gerichtshows wahr ? .....	24
<b>3 Die strafrechtliche Hauptverhandlung.....</b>	<b>25</b>
3.1 Das Rollenverhalten der Prozessbeteiligten .....	26
3.2 Fachsprache versus Umgangssprache.....	28
3.3 Der Gerichtssaal als Repräsentationsraum .....	29
3.4 Der Gerichtssaal als Schutzraum.....	30
3.5 Der Gerichtsraum als Schauraum .....	30
<b>4 Die Justiz als Medienthema .....</b>	<b>32</b>
4.1 Welche (Strafprozess-) Realität konstruieren die Printmedien?.....	32
4.1.1 Am Beispiel: „Der Prozess des Kannibalen von Rothenburg“ .....	33
4.1.2 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung zur Urteilsbegründung .....	34
4.2 Welche (Strafprozess-) Realität konstruieren die audiovisuellen Medien ? .....	36
4.3 Die Arbeitsweise der Fernsehjournalisten.....	38

<b>5 Verhalten in der Öffentlichkeit.....</b>	<b>40</b>
5.1 Experimentelle Ton-und Bildaufnahmen .....	41
5.1 Theorien der Selbstdarstellung .....	42
5.1.1 Theorie des Impressionsmanagements .....	42
5.1.2 Das Drei-Komponenten Modell .....	42
5.1.3 Personen wollen einen guten Eindruck vermitteln .....	43
5.1.4 Zusammenfassung.....	44
<b>6 Der gegenwärtige Forschungsstand.....</b>	<b>46</b>
6.1. Interviews mit den Vertretern der Justiz .....	48
6.2 Untersuchungen in den USA.....	50
6.2.1 Untersuchungen von Prozessbeteiligten.....	50
6.2.2 Die Einstellung von Richtern .....	50
6.2.3 Die Einstellung von Anwälten, Geschworenen und Richtern .....	51
6.2.4 Die Einstellung von Angeklagten.....	51
6.2.5. Die TV-Bilder des <i>O.J. Simpson- Prozesses</i> .....	52
6.2.6 Fernsehübertragung aus anderen Ländern.....	53
6.3 Zielsetzung der vorliegenden Arbeit.....	54
<b>7 Methodisches Vorgehen .....</b>	<b>55</b>
7.1. Datenerhebung in Raum Niedersachsen und Hessen .....	56
7.1.1 Einschränkung der Untersuchung .....	57
7.1.2 Die Beschreibung der Stichprobe.....	57
7.2 Der Einstellungsfragebogen .....	58
7. 2.1 Die Dimensionen des Fragebogens .....	59
7.2.2 Messgütekriterien des Einstellungsfragebogens.....	60
7.3 Faktorielle Struktur .....	61
7. 3.1 Die Reliabilität .....	64
7.4 Das Fünf- Faktoren- Modell der Persönlichkeit .....	66
7.5 Die qualitative Auswertung (Opferschutz) .....	69
7.5.1 Die Kategorienentwicklung.....	70
7.5.2 Interkoderreliabilität .....	71

## **8 Ergebnisse .....72**

8.1 Einstellungen zur heutigen Gerichtsberichterstattung .....	72
8.2 Erfahrungen vor laufender Fernsehkamera .....	73
8.3 Gruppenunterschiede: „Einstellung“ .....	74
8.4 Gruppenunterschiede:“ Persönlichkeitmerkmale“ .....	77
8.5 Lineare Zusammenhänge zwischen Einstellung und Persönlichkeit .....	79
8.5.1 Persönlichkeitsmerkmal „Neurotizismus“: .....	82
8.5.2 Persönlichkeitsmerkmal „Extraversion“ .....	83
8.5.3 Persönlichkeitsmerkmal „Verträglichkeit“: .....	84
8.5.4 Persönlichkeitsmerkmal „Gewissenhaftigkeit“: .....	84
8.5.5 Persönlichkeitsmerkmal „Offenheit für neue Erfahrungen“ .....	85
8.6 Einstellungen zum Schutz des Tatopfers .....	86

## **9 Diskussion und Bewertung der Ergebnisse.....89**

9.1 Die Einstellung der Angeklagten .....	90
9.2 Die Einstellungen der Gruppen der Vertreter der Justiz.....	91
Abschliessende Betrachtung.....	96
Literaturverzeichnis .....	99

## **10 Anhang:**

Kodesystem der Frage: Gibt es einen Schutz für das Tatopfer während der Anwesenheit des Fernsehens in strafrechtlichen Hauptverhandlungen?

Einstellungsfragebogen

## Summary

Audio-visual broadcasting is by law prohibited in German courtrooms. Presence of TV media affects the personal rights of persons involved in legal proceedings and also complicates the process of finding the truth. It also has to be considered that taped visual material might be assembled in such a manner that the focus will be primarily on high ratings, which cannot be controlled by persons involved in the proceedings. They fear that TV stations might use the taped material for mass entertainment and not for informational purposes.

The courtroom may become a stage where the people involved may behave like actors. These arguments cannot be examined due to the restrictions on media presence enforced by law.

For the first time this study questions judges, prosecutors, lawyers, and defendants regarding their views on TV broadcasting. In regard to possible behavioral changes it was examined, whether the participants' views were influenced by personality traits. Victims and witnesses were not included in this study due to ethical reasons. Significant differences between the views of the legal professionals and the defendants were found. Legal professionals were opposed to the TV broadcasting, whereas defendants supported it. Contrary to the assumptions made, defendants were not affected psychologically. Differences in personality traits within the groups of legal professionals and between legal professionals and defendants point to inconsistent views and behavioral patterns. An openly asked question about the effectiveness of victim protection was analyzed qualitatively. According to lawyers, protection of victims is not possible if media is present. The defendants suggest making the victims anonymous during trial to prevent visual recognition.



# 1 Einleitung und Überblick

Strafprozesse haben ohne Zweifel eine hohe Anziehungskraft auf viele Menschen.

Sie möchten Einblicke und Einsichten in den Gerichtsverlauf (Rekonstruktion des Tatverlaufs) und die Strafzumessung gewinnen, sowie etwas über die Persönlichkeit des Tatverdächtigen erfahren. Es wird aber nur eine begrenzte Anzahl von Prozessbeobachtern in Gerichtssälen zugelassen.

Dagegen hat das Fernsehpublikum die Möglichkeit, sich täglich über Rechtsfragen in den Justizshows zu informieren. In den Prozessverläufen der Shows wird ein Anschein von Authentizität erzeugt, weil qualifizierte Richter, Staatsanwälte und Verteidiger über simulierte Gerichtsfälle Recht sprechen.

Der „Barbara- Salesch- Effekt“ kann bei den juristischen Laien den Eindruck erwecken, dass Wahrheitsfindungsprozesse einfach, schlicht, volkstümlich o.a. verlaufen und dass im realen Gerichtsalltag sich zwischen den Prozessbeteiligten ähnlich dramatische Szenen abspielen, die das Unterhaltungsbedürfnis der Zuschauer befriedigen.

Strafprozesse entsprechen in der Realität aber nicht den Vorstellungen von Zuschauern, die sich ihre Meinung über Gerichtsverfahren durch derartige Gerichtshows bilden.

Eine informative und dokumentarische Fernsehberichterstattung über Strafprozesse wird in Hauptverhandlungen gesetzlich aber nicht zugelassen.

Mein Interesse an der Frage der audiovisuellen Gerichtsberichterstattung über Strafprozesse begann im Strafprozess gegen Pastor Geyer 1998.

Während der Hauptverhandlung berichteten Zeitungsreporter über den Verhandlungsablauf, den Angeklagten und die Auseinandersetzung um die Strafzumessung.

Die Fernsehteams waren von der Hauptverhandlung ausgeschlossen, sie hatten lediglich die Möglichkeit die Prozessbeobachter vor und nach der Hauptverhandlung zu interviewen.

In diesem Strafprozess untersuchte ich die Einstellung von Prozessbeobachtern zur Anwesenheit des Fernsehens in der Hauptverhandlung und konnte signifikant belegen, dass die Befragten das Fernsehen während des gesamten Prozessverlaufs befürworteten (Cordes, 2000). Die Prozessbeobachter waren der Ansicht, dass bedeutende Strafprozesse von öffentlichem Interesse sind, weil es sich um schwerwiegende menschliche Schicksale handelt und Urteile im „Namen des Volkes“ gesprochen werden.

## 1.1 Problemstellung

Warum waren nur die Printmedien in diesem in der Öffentlichkeit diskutierten Gerichtsprozess und nicht das Fernsehen anwesend, obwohl ein großes Interesse bestand? Der Grund: In den 50iger Jahren filmten noch die Fernsehsender in den Gerichtssälen, doch dann fühlten sich die Vertreter der Justiz durch die Anwesenheit des Fernsehens in der Hauptverhandlung beeinträchtigt.

Ihre wesentlichen Hauptargumente um die Fernsehberichterstätter aus der Hauptverhandlung auszuschliessen sind u.a, dass der Wahrheitsfindungsfindungsprozess beeinflusst werde und der Persönlichkeitsschutz der Prozessbeteiligten stark gefährdet sei. Diese Argumente sind empirisch nicht belegt.

Im Mittelpunkt der Diskussionen steht bis heute das Medienverbot von 1964:

„Nach geltendem deutschen Recht sind Gerichtsverhandlungen grundsätzlich öffentlich. Rundfunkaufnahmen sind jedoch gemäss § 169 Satz 2 GVG ausnahmslos unzulässig“ (Source, 1998,S.25) fragt, ob „diese Beschränkung auf den Kreis der Zuschauer im Sitzungssaal dem Grundsatz der Gerichtsöffentlichkeit gerecht wird, bzw. die Öffentlichkeit nicht gerade durch die Medienöffentlichkeit gewährleistet wird.“ „Die gesetzliche Regelung im GVG lässt allenfalls Raum für Fernsehaufnahme im vor und nach der Sitzung sowie in den Pausen zwischen den einzelnen Verfahrensabschnitten“ (Vietmeyer,2002,S.8).

Die technologische Entwicklung der Übertragungsgeräte ermöglicht inzwischen den Einsatz festinstallierter Kameras ohne große Störung des Verfahrensablaufes. Diese Geräte können unauffällig positioniert werden, so dass sie von den Verfahrensbeteiligten kaum oder gar nicht wahrgenommen werden (Source, 1998). Obwohl die technischen Installationen einen ungestörten Verfahrensablauf ermöglichen, werden dennoch gravierende Bedenken geäussert. Das Bundesverfassungsgericht (BverfGE) schliesst sich einer kritischen Bewertung an:

„Viele Menschen verändern ihr Verhalten in Anwesenheit von Medien. Manche fühlen sich durch die Medienaufnahmen beflügelt, andere gehemmt. Die Fairness des Verfahrens ist insbesondere im Strafprozess für Angeklagte und Zeugen gefährdet, wenn sie sich infolge der Medienaufnahmen scheuen, Dinge vorzutragen, die zur Wahrheitsfindung wichtig sind, etwa intime, ihnen peinliche oder gar unehrenhafte Umstände. Der Prozess der Wahrheitsfindung kann auch leiden, wenn die am Verfahren beteiligten Personen versucht sind, ihr Verhalten an der erwarteten Medienwirkung auszurichten“ (BverfGE 2001,zitiert nach Vietmeyer, 2002,S. 249).

Die gesetzliche Zulässigkeit wird nach über 40-jährigen Medienverbot erneut diskutiert:

„Die durch den mehrjährigen liberale Umgang des Bundesverfassungsgerichts mit den technischen Medien als auch die Entscheidungen anlässlich des sogenannten Honecker-Verfahrens und des ‚Politbüro- Prozesses‘ wiederbelebte rechtspolitische Diskussion um die Zulässigkeit der audiovisuellen Berichterstattung aus dem Gerichtssaal berührt verschiedene, in der Sache jedoch komplexen Problematik (Britz, 1999, S.53).

Durch eine Zulassung von Fernsehaufnahmen kann das den Prozessbeteiligten zustehendes Recht am eigenen Bild und das Recht am gesprochenen Wort beeinträchtigt werden (Britz, 1999).

## 1.2 Die Gegner und Befürworter der Fernsehberichterstattung

„Der § 169 Satz 2 GVG führte Jahre ein unbeachtetes Dasein. Das Verbot war eindeutig und niemand forderte ernsthaft die Zulassung im Gerichtssaal (Vietmeyer, 2002).

Nach 29 Jahren Ruhe wurde 1993 erneut das Medienverbot diskutiert, als das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) auf das Verhalten des Senders n-tv im Awacs-Verfahren mit dem Einlass einstweiliger Rahmenbedingungen für Pressevertreter sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten reagierte. Seit dem Fernsehurteil des (BVerfGE) im Januar 2001 werden Fernsehaufnahmen in Gerichtssälen weiterhin verboten.

Nach der Frage der Zulässigkeit audiovisueller Medien in strafrechtlichen Hauptverhandlungen argumentieren die Gegner mit der Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte und der Gefährdung der Wahrheitsfindung sowie einer beeinträchtigenden Verhaltensänderung der Prozessbeteiligten (Britz, 1999).

Sie sind der Auffassung, dass durch Fernsehübertragungen die Komplexität strafprozessualer Verhandlungsabläufe reduzieren und der Prozessverlauf auf das Anschauliche so vereinfacht wird, dass nur eine geringe Reflektionsanforderung an ein Massenpublikum gestellt wird. Nach ihrer Meinung trägt die Fernsehberichterstattung kaum zur Meinungsbildung bei, sondern emotionalisiert über selektive Bildausschnitte die Anteilnahme der Zuschauer. Um die Aufmerksamkeit der Zuschauer zu erreichen, werden durch die Kameraführung auffällige verbale und nonverbale Verhaltensweisen von Prozessbeteiligten dem Zuschauer vermittelt.

Lohrmann (1995), ein Richter auf der Seite der Gegner, verneint die Zulässigkeit des Fernsehens, weil es der audiovisuellen Medienberichterstattung über spektakuläre Straffälle nicht nur um Transparenz des Geschehens und Kontrolle seitens der Öffentlichkeit geht,

sondern auch darum, das Publikum durch eine sensationelle, dramatisierende Darstellung (Unterhaltungsbedürfnis, Einschaltquoten) zu faszinieren.

Er warnt: „Ist der Damm einmal gebrochen, zählen nur noch die Einschaltquoten und die sind mit einer Übertragung aus dem Bundesverwaltungsgericht mitnichten zu erreichen. Der Sensationsprozess wird gefragt sein, und das ist der Strafprozess“ (DRiZ, 1995;S.247).

Wagner (1987) zieht aufgrund seiner langjährigen Richterfahrungen als Redakteur im Bereich der Rechts- und Innenpolitik zu diesem Thema den Schluss, dass nur 1 % der spektakulären Strafprozesse die Gerichtsberichterstattung ausmachen (Oehler et. al 1989).

Nach dieser Aussage ist der Anteil medienwirksamer Gerichtsverfahren nur sehr gering.

Warum wird dennoch seitens der Justiz mit dem Argument der Sensationalisierung gegen die Fernsehberichterstattung polemisiert?

Weil die Fernsehberichterstattung unter anderen Bedingungen arbeitet als die Strafjustiz. Sie übermittelt nicht nur zur Wissen über Strafprozesse, sondern dient auch zur Unterhaltung der Öffentlichkeit. Ausgehend von diesen Bedingungen kann jedes Ereignis dramatisierend und emotionalisierend aufbereitet werden. Demzufolge kann die Bevölkerung durch geschürte Emotionen ein falsches Bild über die Justiz erhalten und Ängste über das Anwachsen der Kriminalität und ihre Bekämpfung bzw. die gerechte Verurteilung von Straftätern steigen (vgl. Pfeiffer, Kap.4).

Die Befürworter einer gesetzlich zulässigen Fernsehübertragung in Deutschland hoffen auf eine Wende in der Rechtsprechung ähnlich wie in den Vereinigten Staaten.

Zuck (1995), ein Rechtsanwalt, vertritt die Meinung, dass alle Bürger der Justiz bei ihrer Arbeit zusehen sollten. Der gesamte Prozessverlauf soll für die Rezipienten nachvollziehbar sein und die Prozessbeteiligten sollen mit ihren menschlichen Stärken und Schwächen gezeigt werden. Kritisiert wird vom Bundesverfassungsgericht, dass sich die Presse auf eine Berichterstattung in Wort und Bild beschränkt, der Rundfunk dagegen das Ereignis den Zuschauern in voller Länge oder Ausschnitten sowohl optisch und akustisch übertragen kann, sowohl zeitgleich als auch zeitversetzt (Burbulla, 1998).In ihrer Funktion unterscheidet sich die Medienberichterstattung von Rundfunk und Presse nicht.

„Sowohl die Kontrollfunktion als auch die Informationsfunktion verlangt heutzutage eine Berichterstattung der Medien“ (Burbulla, 1998,S.43).

Die Medien haben als Informationsorgan der Strafjustiz nicht nur die schlichte Aufgabe die Strafrechtspflege abzuschildern, wie sie wirklich ist'. Sie unterliegen auch eigenen Gesetzen des Schreibens und Sendens, des Verkaufens und Interessierens: von der sozialen Kontrolle in der Redaktion über Diskontinuität und Konsonanz von Nachrichten bis hin zu den

kognitiven Dissonanzen beim Rezipienten.“ Wenn sie diese Gesetze nicht beachten, können sie nicht überleben (Oehler et.al.1989 S.71).

Gehört es nicht zu den gesellschaftlichen Erfordernissen in einer Demokratie, dass neben der Legislative und Exekutive auch die Judikative sich einer kritischen Berichterstattung durch das öffentliche Medium Fernsehen stellen sollte?

Während die Legislative in ihren öffentlichen Auftritten (Parlamentsdebatten) selbstverständlich durch Rundfunk – und Fernsehen der Öffentlichkeit in realer Zeitdauer präsentiert wird, die Exekutive die modernen Medien für ihre Darstellung gegenüber den Bürgern ausgiebig nutzt, schliesst der dritte staatliche Funktionsbereich „Justiz“ Rundfunk- und Fernsehsender in Strafprozessen während der Hauptverhandlung aus.

Dennoch findet eine Zusammenarbeit zwischen den Prozessbeteiligten und den Medien statt.

„In dem Informationsaustausch zwischen Prozessbeteiligten und den Medien finden sich häufig journalistische und prozessstrategische Interessen wider. Die Redakteure streben nach möglichst exklusiven Informationen über Kriminalfälle- und prozesse und die Verfahrensbeteiligten versuchen die veröffentlichte Meinung sowie den Fort- und Ausgang von Strafprozessen zu beeinflussen. Darüber wird kaum etwas verlautbart, es scheint ein Tabuthema zu sein“(Wagner,1986,S.8).

Während meiner Befragung äusserte ein Verteidiger: „Wir machen es, aber sprechen nicht darüber.“

### 1.3 Forschungsfrage aus psychologischer Sicht

Die widersprüchlichen Meinungen der Vertreter der Justiz zu gesetzlich zulässigen Fernsehaufnahmen in Hauptverhandlungen werden differenziert und konträr in der aktuellen juristischen Literatur diskutiert. Im Vordergrund der Diskussion stehen die Befürchtungen der Vertreter der Justiz, dass während der Fernsehberichterstattung ein störungsfreier Ablauf der Wahrheitsfindung in der Hauptverhandlung nicht gewährleistet werden kann.

Ihre Kritik ist nicht unberechtigt, denn die Zulassung der Fernsehkamera per Gesetz in Gerichtssälen kann zur Verletzung ihres Rechts am eigenen Bild, am eigenen Namen und am eigenen Wort als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts und Gefährdung der Wahrheitsfindung führen (Kuss,1999).

Die antizipierten Meinungen der Prozessbeteiligten auf die Fernsehkamera sind unabhängig von ihrer jeweiligen Verfahrensrolle. Die gerichtserfahrenen Prozessbeteiligten vermuten, dass sich das Verhalten während der Anwesenheit der Fernsehkamera ändern kann wie z.B. in schüchternes bis extravertierten Verhalten. Die überwiegende Mehrheit der Prozessbeteiligten erwartet Einschüchterung, Hemmung und Befangenheit während der Anwesenheit der Fernsehkamera. Außerdem besteht die Befürchtung, dass der Gerichtssaal für manche Persönlichkeiten zur ‚Bühne‘ werden kann und die Kamera schaustellerische Auftritte sowie Selbstinszenierungen provozieren“ (Vietmeyer, 2002, S.90).

#### 1.4 Das Untersuchungsfeld

Das Untersuchungsfeld ist in Deutschland weitgehend durch Forschungsdefizite bestimmt: einerseits gibt es keine empirischen, wissenschaftlichen gesicherten Studien zur Auswirkung audiovisueller Medien auf das Verhalten deutscher Prozessbeteiligter in strafrechtlichen Hauptverhandlungen und andererseits fehlt die reale Erfahrung von Prozessbeteiligten aufgrund des audiovisuellen Medienverbots. Es liegen weder Studien vor noch nach dem Medienverbot über das Verhalten von gerichtserfahrenen und gerichtsunterfahrenen Prozessbeteiligten vor, noch gibt es Studien über Unterschiede erstmaligen und habituierten Verhaltens von deutschen Prozessbeteiligten vor einer Fernsehkamera.

In der bisherigen Forschung in Deutschland gibt es weder Theorien noch Experimente über das Verhalten von Prozessbeteiligten während der Anwesenheit der Fernsehkamera in dem „Spezialfall strafrechtliche Hauptverhandlungen.“

Wie verhalten sich Menschen im Fokus der Öffentlichkeit, wenn sie durch externe Ereignisse (audiovisuelle Medien) auf sich selbst aufmerksam werden.

Können sozialpsychologische Erkenntnisse über Verhaltensänderungen in der Öffentlichkeit, das Verhalten von Prozessbeteiligten im Gerichtssaal beschreiben?

Wie ändert sich das Verhalten von gerichtserfahrenen und gerichtsunterfahrenen Beteiligten im Gerichtssaal wenn sie erwarten, beobachtet zu werden?

Gibt es vergleichbare Studien z. B. wie sich Politiker vor einer Fernsehkamera im Bundestag, im Landtag, in den Kommunen, bei Wahlveranstaltungen o.a. verhalten?

In der vorliegenden Pilotstudie werden die Experten die Richter, Staatsanwälte und Verteidiger, die die Kontinuität und Entwicklung von Gerichtsverfahren maßgeblich vertreten, zu ihrer Einstellung zur Anwesenheit audiovisueller Medien befragt.

Infolgedessen sollen sich die Probanden während der Befragung vorstellen, wie sie agieren würden, wenn tatsächlich das Fernsehen in der Hauptverhandlung anwesend wäre.

Weil besonders die Angeklagten in ihrem Persönlichkeitsschutz beeinträchtigt werden können, werden diese (inhaftierte Straftäter) zur Anwesenheit audiovisueller Medien befragt.

Sie sollen Auskunft darüber geben, ob das Fernsehen in Hauptverhandlungen auf sie beeinträchtigend wirken kann oder eher zu einer erweiterten Gerichtsberichterstattung beiträgt. Die Tatopfer und Zeugen werden aus ethischen Gründen nicht befragt. Die Schöffen hätten aus datenrechtlichen Gründen nur postalisch befragt werden können, was die Untersuchungsmethoden beeinträchtigt hätte.

In dieser Arbeit werden keine Hypothesen über die Einstellungen der Prozessbeteiligten formuliert, da nicht vorhersehbar ist, wie sich die Probanden während einer tatsächlichen Anwesenheit der Fernsehberichterstattung verhalten werden. Das würde nur zu Vermutungen führen, die keine wissenschaftliche Beweiskraft versprechen. Aus der juristischen Fachliteratur und Gesprächen mit Experten ergaben sich zu dem Thema der Einstellung von Prozessbeteiligten zur Problematik gesetzlich zulässiger Fernsehaufnahmen in strafrechtlichen Hauptverhandlungen folgende forschungsleitende Fragen:

F1a: Gibt es Unterschiede zwischen der Einstellung gerichtserfahrener Richter, Staatsanwälte und Anwälte im Vergleich zur Einstellung der gerichtsunerfahrenen Angeklagten?

F1b: Ob und inwieweit bestehen korrelative Zusammenhänge zwischen Persönlichkeitsmerkmalen und Einstellung?

F1c: Gibt es einen Schutz für das Tatopfer während der Anwesenheit des Fernsehens in strafrechtlichen Hauptverhandlungen?

Im Rahmen dieser Arbeit werden 120 prozessbeteiligte Richter, Staatsanwälte, Anwälte und im Lande Niedersachsen in den Landgerichten Braunschweig, Hannover, Hildesheim, Göttingen und 40 prozessbeteiligte Angeklagte in den Justizvollzugsanstalten Wolfenbüttel, Celle, Vechta und im Bundesland Hessen Schwalmstadt und Butzbach befragt.<sup>1</sup>

Um die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit für rechtspolitische und medienpolitische Diskussionen der Frage der Zulassung der audiovisuellen Medien in Hauptverhandlungen nutzbar zu machen, habe ich mich bemüht, einer notwendigen interdisziplinären Forschungsarbeit zuzuarbeiten. Insbesondere habe ich versucht, nicht nur für Psychologen, sondern auch für Juristen in meinen Ausführungen verständlich zu sein.

---

<sup>1</sup> Hinweis: Die Begriffe „Vertreter der Justiz“ und „Prozessbeteiligte“ umfassen die weiblichen und männlichen Probanden.

## 1.5 Inhalt und Aufbau der Arbeit

Einleitend bezog sich das *erste Kapitel* auf die Einführung und Problemstellung der Thematik. Einer Darstellung der Meinungen von den Vertretern der Justiz unter Beachtung der Stellungnahme des Bundesverfassungsgerichts (BverfGE) und des deutschen Richterbundes zur gesetzlich zulässigen audiovisuellen Medienanwesenheit in Hauptverhandlungen wird im *zweiten Kapitel* dieser Untersuchung eine besondere Relevanz zukommen. Dabei wird kein Anspruch auf eine vollständige Auseinandersetzung bisheriger Reaktionen der deutschen Rechtsprechung erhoben. Demgegenüber wird die Sichtweise der TV-Richter zu den Justizshows aufgeführt.

Da für das Verständnis dieser Arbeit auch Kenntnisse der Hauptverhandlung notwendig sind, werden im *dritten Kapitel* die strafrechtliche Hauptverhandlung und das Rollenverhalten von Prozessbeteiligten in den Grundzügen beschrieben. An dieser Stelle wird der Gerichtsraum als Repräsentation- und Schutzraum und als Schaubühne gesehen.

Des Weiterem wird im *vierten Kapitel* die Justiz als Medienthema dargestellt: Welche Strafprozess-Realität erzeugen die Medien am Beispiel der Presseberichterstattung eines Strafprozesses. Daran anschliessend werden Fernsehausschnitte eines ehemaligen Braunschweiger- Strafprozess beschrieben. Im *fünften Kapitel* werden sozialpsychologische Erklärungsmodelle angeboten, die zur Erklärung des öffentlichen Verhaltens von Personen beitragen.

Im *sechsten Kapitel* werden Auszüge des gegenwärtigen Forschungsstandes in Deutschland und Amerika und Fernsehberichterstattungen aus anderen Ländern vorgestellt. Daran schliesst die Zielsetzung der vorliegenden Arbeit an.

Im *siebten Kapitel* wird der methodische Aufbau der Studie, die Stichprobe, der Untersuchungsablauf und die Testverfahren beschrieben und schließlioh wird im *achten Kapitel* die statistische Auswertung der Ergebnisse präsentiert. Im *neunten Kapitel* die vorliegenden empirischen Daten diskutiert und interpretiert und ein Ausblick für weitere Forschungsschritte gegeben.



## 2 Das gegenwärtige Problemfeld

Die gesetzliche Zulässigkeit audiovisueller Medien in Strafverfahren ist ein komplexer Themenbereich, der sich in kurzen Worten nur schwer beschreiben lässt. Dennoch wird in dieser Arbeit versucht, den Fachfremden einen Einblick in die Problematik „Justiz und Medien“ zu vermitteln. Dabei wird kein Anspruch erhoben, das gegenwärtige Problemfeld vollständig zu erörtern.

Die derzeitige Diskussion hat über die Fernsehöffentlichkeit schon in ähnlicher Weise vor 40 Jahren stattgefunden, kurz vor der Einführung des § 169 Satz 2 GVG im Jahr 1964.

Bis zu dem Zeitpunkt der Einführung des Medienverbots wurden Rundfunk und Fernsehen noch in Gerichtssälen zugelassen.

In den fünfziger Jahren liess z.B.. der Bonner Landgerichtsdirektor die Kameralleute und Beleuchter des Deutschen Fernsehens im Sitzungssaal (z.B.,*Hallstein-Blankenhorn-Prozess*) zu.

„Bereits die Ausstrahlung von Filmaufnahmen während der Urteilsverkündung gegen den damaligen EWG- Präsidenten Professor *Hallstein* hatte seinerseits u.a. die Diskussion um ein Verbot von Film- und Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal in Gang gesetzt. Obwohl das Bonner Landgericht *Hallstein* von einer Anklage wegen übler Nachrede freigesprochen hatte, wurde den Richtern damals der Vorwurf gemacht, sie hätten es zugelassen, dass der Angeklagte im Fernsehen an den Pranger gestellt worden sei (Source, 1999, S. 127-128).

Hier wurde die Vermutung öffentlich geäußert, dass in diesem Prozess, das Interesse eines führenden und sehr einflussreichen Politikers tangiert wurde und dass sie deshalb bestrebt waren das Fernsehen aus den Gerichtssälen zu verbannen.

Auch der Landgerichtsdirektor Quirini wurde als eitler Selbstdarsteller beschimpft, der dem Ansehen der Justiz schweren Schaden zugefügt habe“ (Source, 1999, S. 127-128). Später wurde von dem Verteidiger Dahs der Begriff der ‚Fernsehinrichtung‘ auf den Anwaltstag in Stuttgart eingeführt (Source, 1999).

Nach geltendem deutschen Recht sind die Gerichtsverhandlungen grundsätzlich öffentlich. Rundfunkaufnahmen während der Gerichtsverhandlung sind gemäss § 169 Satz 2 GVG unzulässig (vgl. Source, 1999,S.1).

„Die gesetzliche Regelung im GVG lässt allenfalls Raum für Fernsehaufnahmen in vor und nach der Sitzung sowie in den Pausen zwischen den einzelnen Verfahrensabschnitten“

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfGE) reagierte 1993 erstmalig nach dem § 169 S.2GVG auf das Verhalten des Senders n-tv im Awacs-Verfahren mit dem Erlass einstweiliger Rahmenbedingungen für Pressevertreter sowie Rundfunk- und Fernsehanstalten (Vietmeyer, 2002).

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BverfG) vom Januar 2001 sind Film- und Tonaufnahmen (§ 169GVG = Medienverbot) weiterhin in Hauptverhandlungen verboten.

Der Fernsehsender ntv wollte sowohl im „sogenannten Politbüroprozess (Egon Krenz),“ sowie im sog. „Kruzifixprozess“ (Anbringung von Kruzifixen in bayrischen Schulen) filmen. Die Verfassungsbeschwerde des Senders wurde abgelehnt, das Medienverbot wurde grundsätzlich bestätigt. Zur Begründung des Urteils argumentierten die Richter, dass es doch grundsätzlich möglich sei, sich in öffentlichen Gerichtsverhandlungen zu informieren, dieses wäre für die Rundfunk- und Informationsfreiheit ausreichend (Elfman,2004).

In den Diskussionen ist das wichtigste Gebot der Schutz der Persönlichkeitsrechte der Verfahrensbeteiligten und der Anspruch der Beteiligten auf ein faires Verfahren sowie die ungestörte Wahrheits- und Rechtsfindung.

Nicht nur deutsche Prozesse waren Auslöser für kontroverse Diskussionen der Vertreter der Justiz, sondern auch die Übertragungen des Fernsehkanals „Court TV in verschiedenen Gerichtsverhandlungen in den USA (Burbulla,1999).

Ein Beispiel (pars pro toto) dieser Auseinandersetzung ist z.B. der amerikanische Medienprozess von *O.J. Simpson* 1995. Source (1998) gibt zum *O.J. Simpson*-Prozess folgenden Kommentar: Das Medienspektakel löste bei den Vertretern der Justiz folgende Debatte aus:

„Zu der Zulässigkeit von Fernsehübertragungen aus dem Gerichtssaal, wurden die Befürchtungen geäußert, dass bei Prozessen vor der Kamera die Gefahr, dass Richter, Staatsanwälte, Angeklagte, Verteidiger, Angehörige und Zeugen gnadenlos am TV-Pranger stehen oder sich mehr auf ihre Selbstdarstellung als auf den Prozessverlauf konzentrieren. Die TV- Bilder aus der Voruntersuchung gegen *O.J. Simpson* wurden von den Vertretern der Justiz gewertet als Beleg für die Inhumanität zur Show pervertierter Gerichtsverhandlungen, als Dokument ungezügelter Medienöffentlichkeit, die den Gerichtssaal in eine Bühne, den Prozess in eine Inszenierung verwandele“(Source, 1998,S.106).

Daraus folgert Source (1998), dass eine Erweiterung der Medienöffentlichkeit in Deutschland dazu führen könnte, dass das Gerichtsverfahren zu einem Schauspiel ausarten kann. Er geht aber davon aus, dass eine mögliche Ausartung eines Gerichtsverfahrens zu einem Schauspiel nicht grundsätzlich durch Fernsehberichterstattungen erzeugt wird.

Zur Rolle des Verteidigers sagt er folgendes: „Der Verteidiger, der die Gerichtsverhandlung dazu nutzen will, seine theatralischen Neigungen auszuleben, benötigt für seine Komödie kein Fernsehpublikum, er wird sich ebenso gern vor wenigen Zuschauern im Sitzungssaal eines Amtsgerichts in Szene setzen“ (Source, 1998 S.107). Er kommt zu einer positiven Stellungnahme in diesem Konflikt:

„Nur eine durch Medien wahrgenommene Öffentlichkeit gewährleistet, dass Gerichtsverhandlungen sich nicht unbemerkt ‚im stillen Kämmerlein‘ vollziehen: es ist gerade Aufgabe der Medien, im Bereich der Judikatur öffentliche Kontrolle dadurch zu ermöglichen, dass die dortigen Entscheidungsprozesse sich nicht frei vom kritischen Auge der Öffentlichkeit vollziehen können“ (Source, 1998,S.100).

## 2.1 Meinungen zur Beeinträchtigung der Wahrheitsfindung

Im Hinblick möglicher Auswirkungen der audiovisuellen Medienpräsenz auf den Prozess der Wahrheitsfindung werden folgende Bedenken geäußert:

Um den wahren Sachverhalt eines Tatverlaufes zu ermitteln, liegt das zentrale Interesse der Vertreter der Justiz darin, während eines komplexen Abwägungsprozesses belastender und entlastender Momente, sowie der juristischen Bewertung über die Straftat über die Urteilsverkündung ungestört zu sein. Diese differenzierten Vorgänge sind störanfällig, z.B. durch die Anwesenheit der Fernsehkameras, Mikrofone, Beleuchtungen oder das Agieren des Fernsightams.

Wenn über die Auswirkungen der audiovisuellen Medienpräsenz auf das Verhalten von Prozessbeteiligten diskutiert wird, dann sind die Vertreter der Justiz weitgehend der Ansicht, dass besonders die gerichtsunerfahrenen Personen z.B. die Angeklagten, die Zeugen und die Sachverständigen am empfänglichsten für Ablenkungen durch die Fernsehkameras sind. Der Angeklagte kann einerseits daran gehindert werden, so auszusagen, wie es das Verteidigungsinteresse erfordert, andererseits können erforderliche Angaben aus Schamgefühlen unterbleiben. Die Offenbarungen intimer Situationen können stigmatisierende Auswirkungen auf das Opfer und den Angeklagten zur Folge haben. Außerdem kann er sich in seinen Äußerungen vor einem Massenpublikum gehemmt und zu unüberlegten Aussagen gedrängt fühlen. Er gerät durch die ihm angelastete Tat in das Interesse der Öffentlichkeit, der er während der Hauptverhandlung einer besonderen Belastung ausgesetzt ist. Der Ausgang des Verfahrens kann Einfluss auf sein zukünftiges Leben nehmen (Kuss, 1999).

Befürchtet wird außerdem, dass besonders gerichtserfahrene Richter, Staatsanwälte und Verteidiger medienwirksam vor einer Fernsehkamera auftreten können. Nach Kuss (1999) ist diese Charakterisierung nicht unbedenklich, aber bemerkenswert, weil sie von Deutschen Richterbund geteilt wird.

Britz (1999) weist auf einen Aspekt in diesem Zusammenhang hin, der bislang ausgeklammert blieb: Der Ausschluss des Fernsehens wird u.a. in Hinsicht auf die Gefährdung der Wahrheitsfindung damit begründet, dass auch professionelle Prozessbeteiligte wie Richter, Staatsanwälte und Verteidiger einer möglichen Beeinträchtigung des kommunikativen Verhaltens durch die Präsenz von Rundfunk und Fernsehen ausgesetzt sind.

Es wird u.a. die Ansicht vertreten, dass z.B. „der Verteidiger der Gefahr der ‚Effekthascherei‘ unterliege und das Gericht könne zu einer Selbstdarstellung verführt werden und ‚drehbuchgerecht‘ entscheiden“ (Kuss, 1999.S.219).

Das Argument, dass sich rhetorisch begabte Prozessbeteiligte in den Vordergrund drängen könnten, ist nicht haltbar, denn sich gewandt und präzise in der Sprache auszudrücken und damit aufzufallen, bedarf keiner audiovisuellen Medienanwesenheit.

Nach bisherigen Erfahrungen im Umgang mit einer zulässigen Fernsehberichterstattung aus dem Gerichtssaal sind Verteidiger und Staatsanwälte in ihren Interviews üben meist eine zurückhaltende Distanz zum Verhandlungsgeschehen gegenüber den Medien. Doch medienwirksame Auftritte von Prozessbeteiligten sind ausgeblieben, unter denen das Verfahren nachhaltig gelitten hätte (Britz, 1999).

Es kann deshalb erwartet werden, dass die Vertreter der Justiz den Einflüssen der Kamerapräsenz nicht unterliegen, weil sie schon von Berufs gewöhnt sind, vor einem größeren Publikum öffentlich aufzutreten (Gehring, 1998).

Vietmeyer (2002) konstatiert, dass die befürchteten Verhaltensweisen von Prozessbeteiligten durch eine Fernsehberichterstattung auch ohne Kameraanwesenheit sichtbar werden. Es reiche schon aus, wenn sich die Vertreter der Justiz die Präsenz einer Fernsehkamera vorstellen, um ein unangenehmes Gefühl auszulösen, das zur Belastung und Befangenheit führen kann.

### 2.1.1 Die Persönlichkeitsrechte

Die Argumente zum Schutz der persönlichkeitsrechtlichen Interessen in der Auseinandersetzung um die Fernsehberichterstattung spielen bei den Verfahrensbeteiligten eine zentrale Rolle.

Was ist unter dem „allgemeinen Persönlichkeitsrecht“ zu verstehen?

Das Recht basiert auf Schutz der Persönlichkeit auf dem Grundgesetz Artikel 1, der Unverletzbarkeit der menschlichen Würde. Es ist ein eigenständiges Grundrecht aus der Synthese der Unbeschränkbarkeit der Menschenwürde und dem eingeschränkten Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Kuss, 1999).

Filmaufnahmen, die von den Prozessbeteiligten angefertigt werden, können das Recht am eigenen Bild, das Recht am eigenen Namen und das Recht am eigenen Wort beeinträchtigen. Deshalb ist die Achtung der Menschenwürde aller Prozessbeteiligten ohne

Rücksicht auf die Interessen der Medien vorrangig zu sichern. Opfer und Tatverdächtige müssen vor Eingriffen in ihre Intim- und Privatsphäre geschützt werden. Eine öffentliche Bloßstellung des Angeklagten könnte z. B. die Unschuldsvermutung innerhalb der gesamten Hauptverhandlung erschweren.

### 2.1.2 Das Recht am eigenen Bild und Namen

Jeder hat das grundsätzliche Verfügungsrecht über die Darstellung seiner Person im Bild (Fotografie und Zeichnung) und das Recht am gesprochenen Wort. Eine Fernsehberichterstattung über eine Straftat unter Abbildung des Angeklagten und Nennung seines Namens greift in sein Recht auf Anonymität ein. Die Darstellung des Täters wird stets seinen Persönlichkeitskreis erheblich beeinträchtigen, weil sein Fehlverhalten öffentlich bekannt gemacht wird und seine Person in den Augen der Rezipienten von vornherein negativ qualifiziert wird (Britz, 1999). Die professionellen Beteiligten (Berufsrichter, Staatsanwälte und Strafverteidiger, der Schöffen) nehmen als Organe der Rechtspflege eine öffentliche Aufgabe wahr. Sie haben freiwillig ihren Beruf gewählt, ihre Kommunikation ist nach außen gerichtet, sie können in ihrer Berufsrolle kritisiert werden (Kuß, 1999).

### 2.1.3 Die Unschuldsvermutung

Nach der Unschuldsvermutung ist der Tatverdächtige bis zur rechtskräftigen Verurteilung als unschuldig zu betrachten und nicht als ein Auslöser öffentlichen Interesses zu behandeln (Kuß, 1999). Durch die Fokussierung der Fernsehkamera auf seine Person kann sein Erscheinungsbild negativ beeinträchtigt werden. Eine einseitig verzerrte Bildaufnahme und negative Beurteilungen seiner Person können zu einer Stigmatisierung führen.

### 2.1.4 Das Recht der Resozialisierung

Straftäter sollen die Chance erhalten, sich nach Verbüßung der Strafe wieder in die Gemeinschaft einzugliedern. Eine negative oder positive Berichterstattung kann die soziale Eingliederung nach der Haftverbüßung erschweren oder erleichtern.

### 2.1.5 Der Schutz der Intimsphäre

Die Intimsphäre ist der Bereich, der dem Zugriff der Medien am stärksten entzogen ist. Zu dieser Sphäre gehört insbesondere die innere Gefühls- und Gedankenwelt eines Menschen. Wenn es nicht zu vermeiden ist, dass die Intimsphäre während der Verhandlung zur Sprache

kommt, sollte die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden und damit auch eine Fernsehberichterstattung. Psychologisch betrachtet würde die Offenbarung einer intimen Situation insbesondere das Schamgefühl verletzen und negative Auswirkungen auf das Opfer und den Angeklagten zur Folge haben. Im folgenden werden die Argumente der Juristen aus den Richterzeitungen exemplarisch vorgestellt.

## 2.2 Gegner und Befürworter des Gerichtsfernsehens

Die Stimmen der Fernsehvertreter werden immer fordernder. Die Sender versuchen, sich in Strafprozesse einzuklagen. Als Beispiel: Der „Nachrichtensender ntv will die grundsätzliche audiovisuelle Medienöffentlichkeit von Gerichtsverfahren.

„K. Kuhlo fragt: warum eigentlich nicht auch während der Verhandlung eine Fernsehkamera im Gerichtssaal ist. Er bezieht sich auf dem Simpson- Prozess, der doch gezeigt hat, „wie einfach das geht“ (Lohrmann, 1995 zitiert nach DriZ, 1995, S.247).

Kuhlo argumentiert aufgrund seines Verständnisses über Öffentlichkeit:

„Verhandlungen seien in Deutschland stets öffentlich gewesen, und da ‚Öffentlichkeit‘ im Jahr 1995, ‚Fernseh-Öffentlichkeit‘ heiße, gehörten ‚natürlich Fernsehkameras in Gerichtssäle“ (Kuss, 1999, S.115).

Welchen Nutzen und welchen Schaden kann die Anwesenheit des Fernsehens für die Prozessbeteiligten haben?

Die Klagen der Fernsehsender haben bei den Vertretern der Justiz widerstreitende Positionen ausgelöst. Die Befürworter finden dagegen, dass es an der Zeit sei, die hochtechnisierten unauffälligen Kameras in Gerichtssälen zuzulassen.

Die Kritiker des Fernsehens sprechen von inszenierten, realitätsfernen Verfahrensabläufen und argumentieren vor allem mit den entgegenstehenden Persönlichkeitsrechten der Betroffenen und den Gefahren für die Wahrheits- und Rechtsfindung (Britz, 1999, S.57).

Im folgenden werden zwei unterschiedliche Betrachtungsweisen eines Richters und eines Rechtsanwalts aus Richterzeitungen zur Zulässigkeit der audiovisuellen Medien gegenüber gestellt.

Lohrmann (1995), ein Richter aus Tübingen, verneint die Zulässigkeit des Fernsehens. Er übt starke Kritik an der möglichen Fernsehübertragung aus Gerichtssälen:

„Ist der Damm erst mal gebrochen, dann zählen nur noch die Einschaltquoten, die das Bundesverwaltungsgericht mitnichten erreichen kann“. „Der Sensationsprozess wird gefragt sein und das ist der Strafprozess“ (DriZ , 1995, S.247).

Aus eigener Erfahrung verweist er auf die Problematik, wie sich z.B.. Anwälte verhalten, wenn diese live vor der Kamera stehen, um ihre „Fensterreden“ zu halten.

Nach seiner Ansicht sollen Medien einen Informationscharakter haben, aber nicht einer realitätsfernen Berichterstattung dienen, die Unterhaltungszwecke erfüllt.

Er resümiert, dass für die Beteiligten ist die Fernsehberichterstattung ein Horrorgedanke ist, denn der Strafprozess soll nicht als Schaukampf zwischen Staatsanwalt und Verteidiger angesehen werden, sondern als „mehr oder weniger gelungenes Regelwerk für die mühselige Suche nach Wahrheit (DriZ, 1995, S.247).

Er sieht die kommende Gefahr der Amerikanisierung deutscher Gerichtsverhandlungen, in denen hochkomplexe Prozesse der Wahrheitsfindung zum inszenierten Schaukampf werden.

Die Befürworter der gesetzlich zulässigen Fernsehberichterstattung in deutschen Gerichtssälen hoffen auf eine Wende in der Rechtsprechung ähnlich wie in den Vereinigten Staaten.

Zuck (1995), ein Rechtsanwalt aus Stuttgart, vertritt die befürwortende Ansicht, dass die Öffentlichkeit der Justiz bei der Arbeit während des Prozessverlaufs zusehen sollte.

„Er will seine Kollegen die Richter und die Staatsanwälte vor einer Fernsehkamera sehen, wie sie blitzgescheit und manchmal arrogant sind, wie eitel sie sind, auch wenn sie schlecht vorbereitet sind oder souverän, sachkundig und verständnisvoll, und ebenso den pflichtbewussten Langweiler.

Sowie die Anwälte, die Mietmäuler und die juristischen Hasardeure, die Stars und die Biedermänner, aber auch gute die den Sachverhalt kennen, ein Rechtsgespräch führen können und die Interessen des Mandanten wirklich wahrnehmen u. andere?

Er bemängelt außerdem, dass das Bundesverfassungsgericht (BverfG) das Fernsehen nur begrenzt zur Urteilsverkündung zulässt. Er kritisiert die eingeschränkte Bildberichterstattung über die Urteilsverkündung der obersten Bundesgerichte, weil nur ‚ein Torso‘ wiedergegeben wird, ein im Detail meist langweiliges, das in der Regel nicht verständlich und aufgrund der Länge der zu verlesenden Gründe, nicht nachvollziehbar und deshalb ein nicht sendbares Fragment der Verhandlung ist“ (Zuck 1995, zitiert nach NJW 1995, S.2082-2083).

Zuck ist weit davon entfernt, die Vertreter der Justiz zu idealisieren, sondern beschreibt Persönlichkeitseigenschaften und Verhaltensweisen, die auch ohne Kameraanwesenheit sichtbar werden. Dieses offensichtliche Verhalten seiner Kollegen sollte nach seiner Ansicht kein Grund sein, das Fernsehen nicht zuzulassen. Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit die beschriebenen persönlichen Dispositionen wie Eitelkeit, Intelligenz, Arroganz, Verständnis oder Pflichtbewusstheit den Wahrheitsfindungsprozess fördern, beeinträchtigen oder keine Auswirkung auf den Prozess haben.

Ausgehend von diesen Überlegungen wird in der vorliegenden Studie mit Hilfe von Testverfahren untersucht, ob Persönlichkeitsmerkmale Einfluss auf die Einstellung der Probanden zur audiovisuellen Medienpräsenz in Gerichtsverhandlungen haben.

Zu den untersuchten Gruppen gehören nicht nur die prozessbeteiligten Angeklagten, sondern auch die Vertreter der Justiz. Es stellt sich die Frage, ob sich erstens die Angeklagten in ihrer Einstellung wesentlich von den Vertretern der Justiz unterscheiden und wenn ja, ob sich Persönlichkeitsmerkmale auf ihre Einstellung zur Fernsehanwesenheit auswirken.

### 2.3 Gerichts-TV „Voyeurismus“ oder „Transparenz“ der Justiz?

Seit mehr als zehn Jahren erlaubt das Bundesverfassungsgericht, dass Teile der Verhandlung, „vor allem aber von der Urteilsverkündung Fernsehaufnahmen angefertigt werden“ Britz (1999,S.48). Fernsehübertragungen sind gegenwärtig durch den Sender Phönix aus dem Bundesverfassungsgericht bei der Urteilsverkündung möglich.

Die Problematik der Anwesenheit der Fernsehberichterstattung in Gerichtsverfahren ist auch unter dem Aspekt des Interesses und Verhalten der Zuschauer zu berücksichtigen.

Deshalb stellt sich die Bundesrichterin Hohmann- Dennhardt (2004), Richterin am Bundesverfassungsgericht die Frage, ob das Gerichtsfernsehen dem Voyeurismus oder der Transparenz der Justiz dient?

Sie vertritt auch die Meinung, dass über eine Saalöffentlichkeit hinaus eine audiovisuelle Medienöffentlichkeit ermöglicht werden soll. Dies bedeutet nach ihrer Ansicht nicht, dass Kameras in den Gerichtssälen laufen dürfen, nicht in allen Verfahren und nicht zu jeder Zeit. Der Persönlichkeitsschutz der am Verfahren Beteiligten sollte gewährleistet sein.

Dies gilt vor allem für den Angeklagten, aber auch für die Zeugen in Strafverfahren, die unfreiwillig der Situation einer Verhandlung vor Saalpublikum ausgesetzt sind. Werden sie darüber hinaus in Bild und Ton festgehalten, verstärkt dies noch den Eingriff in ihre Persönlichkeitsrechte.<sup>1</sup>

Hohmann- Dennhardt (2004), die neben ihrer juristischen Kompetenz auch Erfahrungen im Umgang mit audiovisuellen Medien besitzt, gibt folgende Umschreibung:

„So können einmalige flüchtige Reaktionen durch bildliches Festhalten einen anderen Akzent erhalten, Aussagen durch Schnitte verkürzt oder durch Bearbeitung in einen anderen Kontext gebracht werden. Der Betroffene gerät damit in die Gefahr, nicht mehr das Bild mitbestimmen zu können, das von ihm durch die Medien gezeichnet wird, und so zum Artefakt zu werden, über das die Medien verfügen.

Ebenso wichtig ist aus ihrer Sicht die Sicherung eines fairen Verfahrens und der ungestörten Wahrheits- und Rechtsfindung, die den Zutritt der Kameras in den Gerichten in weiten Teilen des Verfahrens Einhalt gebietet. Nicht nur, dass Menschen ihr Verhalten in Anwesenheit von Mikrofon und Kamera verändern. Das betrifft die Verfahrensbeteiligten, die sich dadurch gehemmt oder aufgefordert fühlen können, ihren Auftritt vor Gericht groß zu inszenieren. Aber auch Richter und Anwälte sind davor nicht gefeit. Der Druck auf alle Beteiligten wird darüber hinaus massiv erhöht, wenn nicht nur die Zuschauer im Saal, sondern via Massenmedien die ganze Nation alle Regungen im Gerichtssaal verfolgt und Partei ergreift für die eine oder andere Seite.

---

<sup>1</sup> Tagung „Recht muss öffentlich sein“ am 13.Februar. 2004 in Bad Boll



Welche Auswüchse dies hervorrufen kann, hat nicht nur der Fall Simpson gezeigt, sondern verdeutlicht gerade jetzt wieder das Verfahren gegen Michael Jackson. Im Wissen, das Fernsehkameras laufen und im ganzen Land die Bilder und O-Töne aus dem Gerichtssaal über den Bildschirm flimmern, stellen sich die Beteiligten nicht auf ein Gerichtsverfahren, sondern die Inszenierung eines Stückes ein, bei dem jeder Star beim Publikum herauskommen versucht. Daran richtet sich die jeweilige Prozessstrategie aus. So ist Jacksons Verteidiger weniger als Anwalt bekannt geworden, sondern als juristischer Kommentator von CNN und häufiger Talkshowgast. Und auch die Staatsanwältin hat eine Agentur beauftragt, ihre Auftritte den Medien gegenüber gut zu präsentieren. So findet eine Schlacht um die Meinungsführerschaft in der Öffentlichkeit statt, bei der Stimmungen mehr bewirken als die Aufklärung des Sachverhalts. Der Prozess wird nicht im Saal, sondern in den Medien geführt. Zweifel, ob dies noch ein Verfahren nach den Regeln der Fairness oder nicht eines nach denen von Geld und Einfluss ist, sind hier durchaus berechtigt. Die Wahrheitsfindung jedenfalls wird hierdurch dem Gericht mehr erschwert, wenn nicht gefährdet.

Derartige Spektakel sind auch nicht nur bei schon prominenten Angeklagten zu befürchten. Prominenz können Medien durchaus selbst erzeugen, nicht nur mit Hilfe der Übertragung aus dem Gerichtssaal. Sind Bilder erst vorhanden, sind sie jederzeit und allseits einsetzbar und können Sendungen, die das Geschehen begleiten und kommentieren, zur Untermalung gereichen.“

Die komplizierte Faktenermittlung und das sorgfältig Abwägen des Gerichts in der Urteilsfindung ist über das Fernsehen für den Zuschauer nur schwierig zu vermitteln. Eine direkte Übertragung könnte aber dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit die Urteilsfindung besser verstehen und akzeptieren kann.

Da die Fernsehanstalten um das starke Interesse des Publikums an Kriminalfällen und ihre Gerichtsverfahren wissen, sie aber bei den Strafprozessen im Gerichtssaal mit ihren Kameras nicht anwesend sein dürfen, entwickeln sie ein eigenes Informations - und Unterhaltungsgenre: die „Gerichtsshow“. Diese wird im folgenden näher betrachtet.

## 2.4 Justizshows als rechtliche Ratgeber

In realen Gerichtssälen in Deutschland darf nicht gefilmt werden.

Dennoch ist ein großes Informationsbedürfnis bei vielen Menschen was gerichtliche Verfahren und Rechtsprechung angeht, vorhanden. Auch die menschliche Neugierde auf die Persönlichkeit der Opfer und Straftäter ist ausschlaggebend für hohe Einschaltquoten bei den sogenannten „Gerichtsshow“.

Besonders das Interesse professioneller Beteiligter Richter, Staatsanwälte und Verteidiger in Gerichtsshow aufzutreten, scheint ungebrochen. Für die Juristen gibt es eine neue Herausforderung im Medienumfeld der Gerichtsshow zu arbeiten.

Hunderte von Richtern und Staatsanwälten schickten bisher ihre Bewerbungen um einen Fernsehjob in die Produktionszentralen. Welche psychologischen Beweggründe die Juristen motivieren in einer Gerichtshow aufzutreten, wurde bisher kaum erforscht. In dieser Studie wird auf diese Gründe nicht eingegangen.

Seit den neunziger Jahren sind Gerichtsshow's ein neues Genre. Die entwickelte Liveübertragung nach dem Vorbild des O.J. Simpson Prozesses (1994/1995), Gisela Marx produzierte bei der Firma Filmpool, mit der „Richterin Barbara Salesch“ die erste Reality- Gerichtshow in Deutschland Huber (2002, zitiert nach Thym, 2003, S.43).

Salesch verhandelte in „Echte Fälle, echte Urteile“ bis Oktober 2000 nach dem amerikanischen Vorbild, indem sie über authentische Fälle gültiges Recht sprach.

„Der Sender Sat 1, bediente sich der ‚Schiedsgerichtbarkeit‘, weil kein entsprechendes Gesetz besteht. Die Beteiligten müssen lediglich vor der Verhandlung schriftlich erklären, (vgl. §§1025 Zivilprozessordnung ) das Urteil anzuerkennen“ (Thym,2003,S.8).

Dieser Sendung war kein andauernder Erfolg beschieden und wurde im Oktober 2000 eingestellt. Noch im Herbst 1992 sagte TV- Richterin Salesch über die fiktive Darstellung von Fällen „Würde ich nicht machen, ich bin schließlich keine Schauspielerin“(Lüke, 2002, zitiert nach Thym, 2003, S.12).

Diese Einstellung hat Frau Salesch (von Beruf Staatsanwältin) inzwischen aufgegeben. Die heutigen Gerichtsshow's werden unterhaltsam inszeniert. Echte Juristen sprechen über fiktive Fälle ihr Urteil.

Die gerichtsunerfahrenen prozessbeteiligten- Opfer, Zeugen und Angeklagte- werden durch Laien dargestellt. Auffällig ist, dass die Kameraführung besonders auf die emotional dramatischen Szenen zwischen den Zeugen, Opfern, Angeklagten, Staatsanwälten und Verteidigern gerichtet ist.

Der beliebte „Richter Alexander Hold“ wird in seinem Rollenbild als einfühlsam, ruhig, verständnisvoll und abwägend dargestellt. Er erreicht 1,92 Millionen Zuschauer.

In der Gerichtsshow soll Realitätsnähe betont werden: „Wir präsentieren keine schöne heile Welt, sondern den Alltag, wie er sich in den Gerichtssälen abspielt“ (Fleschner & Guestedt 2002, zitiert nach Thym, 2003, S. 167).

Hold bekundet: „Wir lassen Emotionen zu, das ist der Unterschied zwischen der richtigen und der Fernsehjustiz“ (Broder 2002, zitiert nach Thym, 2003, S.178).

Um Einschaltquoten zu erzielen, setzen die Medien auf Emotionen und Effekte wie oben beschrieben in der Sendung „Echte Fälle, echte Urteile“ bei B. Salesch.

Köhnke (2002), leitender Oberstaatsanwalt aus Hamburg, warnt, „dass die Darstellung von Gerichtshows auf Effekte bedacht ist und die Realität viel ‚nüchterner und sachlicher‘ ist“ (Thym, 2003, S. 16).

Demgegenüber bezeichnet „das ZDF seine Gerichtshows als ‚unterhaltsam umgesetztes Gerichtsfernsehen und als Ratgeberformat!‘“ (Thym, 2003, S. 12).

Die Shows von Gerichtsprozessen sollen realitätsnah wirken, indem „die Kontrahenten nach der Verhandlung von Gerichtsreporter Ekkehard Brandhoff im ZDF kurz befragt werden“ (Thym, 2003, S.12).

Brandhoff interviewt nach der Verhandlung einen Rechtsexperten, der für den informativen Teil des Fernsehens steht.

„Die TV-Richter sind sich einig, dass die Gerichtshows eine Informations- und Aufklärungsfunktion erfüllen. So sind selbsterklärte Ziele von B. Salesch die Aufklärung und Wertevermittlung“ (Rath 2000, zitiert nach Thym, 2003,S.15).

Gegenüber den Behauptungen der Fernsehmitarbeiter und Produzenten gibt es unterschiedlich kritische Argumente von den Vertretern der Justiz:

Mackenroth (2002), Vorsitzender Richter (Deutscher Richterbund), kritisiert, die „TV-Verhandlungen dienen nur noch als scheinbar seriöser Mantel für Schmuddelthemen: Mit dem Gerichtsalltag hat das nichts mehr zu tun „(im Focus, 8.07,2002).

Mackenroth (2002), äußert sich allerdings positiv zur Sendung ‚Streit um Drei‘ in der der pensionierte Richter Guido Neumann bis Februar 2003 in der Woche zivilrechtliche Konflikte zwischen zwei Bürgern verhandelte. Er resümiert: „Ich kann mit der ZDF-Show ‚Streit um Drei‘ leben“ (Mackenroth 2002, zitiert nach Thym, 2003, S.13).

Rechtsanwalt Martin Huff übt starke Kritik an den Fernsehgerichten :

„Die Gerichtsshow auf den deutschen Kanälen haben mit der Wirklichkeit wenig zu tun.“

Die Darbietungen seien,„schlichtweg falsch und wirklichkeitsfern“ (Huff 2002, zitiert nach Thym, 2003 S.4).

Er kritisiert: „Soviel Blödsinn zum Alltag der deutschen Justiz ist lange nicht verbreitet wurden“ und behauptet: „Ein realer Richter arbeitet nicht nach Maßstäben wie richtig oder falsch, gerecht oder ungerecht, da sich unter den abstrakten Werten jeder etwas anderes vorstellt“(Huff 2002, zitiert nach Thym, 2003 S.16).

## 2.5 Wie nimmt das Publikum die Gerichtshows wahr ?

Das Fernsehgericht urteilt nach moralischen Maßstäben über den Wert eines Menschen.

Das Erfolgskonzept dieser Gerichtshows ist nach (Broder 2002, zitiert nach Thym, 2003, S. 179f), dass der „Zuschauer das Gefühl habe, dass Wertesystem werde neu justiert.

Am Ende eines Falles steht ein Ergebnis, das moralisch zu rechtfertigen ist, was die Leute sehr beruhigt, ist das Gefühl, es hat alles seine Ordnung.“

Im Gegensatz zu den unterhaltsamen Gerichtshows, die durch Emotionalisierung und mit inszenierten Effekten die Aufmerksamkeit des Publikums suchen, finden gesellschaftlich bedeutende reale Strafprozesse nicht die gebührende Aufmerksamkeit:

„Im Krenz –Prozess zeigte sich z.B. ‚ein interessenloses Publikum.‘

Es gehört zu den Merkwürdigkeiten unserer Gegenwart, dass der Prozess unter ‚ferner liefen‘ wahrgenommen worden ist. Das Publikum im Saal wurde immer weniger, die Berichte immer kleiner. Das Urteil über Krenz, Schabowski nur noch ein Abschluss zum Gähnen?

Dieses Abwenden des Publikums hat der Prozess nicht verdient.

Hier ging es nicht um Hühnerdiebe, sondern um persönliche Verantwortung im Zusammenhang mit der Frage: Wie weit darf eine Staatsführung gehen?“ (Jochum, 1998, S.323-324).

Aus eigener Erfahrung konnte die Verfasserin dieser Arbeit im Prozess Pastor Geyer 1998 beobachten, dass das Interesse der Pressevertreter und der Prozessbeobachter während der Hauptverhandlung nachgelassen hat, als unspektakuläre detaillierte Aussagen über den Fall verhandelt wurden. Desinteressiert verhielt sich das Publikum, als mehrstündige Befragungen von Gutachtern erfolgten, die wenig unterhaltsame Momente für das Publikum boten. Demgegenüber erschien dem Publikum der Live-Charakter einer Fernsehübertragung als aufregend, schon bevor die Medien anwesend waren, wollte fast jeder vor einer Fernsehkamera interviewt werden.

Fernsehaufnahmen während einer Hauptverhandlung dienen zur Informationsvermittlung eines Massenpublikums. Doch die gezielt fragmentarischen Bildinhalte von nur wenigen Sekunden und Minuten über gerichtliche Hauptverhandlungen können den realen Gerichtsalltag nicht abbilden. Denn die strafrechtliche Hauptverhandlung ist ein komplexer Vorgang, sie dient nicht nur als Rollen- und Interaktionsraum, sondern auch als Schutzraum vor äußeren unkontrollierten Eingriffen in den Wahrheitsfindungsprozess sowie dem Schutz der Persönlichkeit der Prozessbeteiligten. In der Verhandlung kommen persönliche und intime Aussagen zur Sprache, die den Schutz vor öffentlicher Verbreitung dieser Aussagen bedürfen. Der Verhandlungsraum ist auch ein Schaumraum für eine begrenzte Anzahl von Prozessbeobachtern, die während der Verhandlung an Verhaltensregeln der Prozessordnung gebunden sind. Der Ablauf einer realen Hauptverhandlung unterscheidet sich im Wesentlichen von dem imaginär vermittelten Schaumraum auf dem Fernsehbildschirm.

### 3 Die strafrechtliche Hauptverhandlung

In Strafprozessen wird nach strengen Vorschriften über die Strafbarkeit der Beschuldigten entschieden und eine Schuld entsprechende Strafe zuerkannt. In § 244 Abs.2 StPO ist verankert, dass das Gericht zur Erforschung der Wahrheit alle Tatsachen und Beweismittel für die Beweisaufnahme verwertet, die für die Entscheidung von Bedeutung sind (Lüthke et.al,1997).

Der Strafprozess unterteilt sich in drei aufeinanderfolgende Abschnitte voneinander: das Vorverfahren, das Zwischenverfahren und das Hauptverfahren. Da die beiden erst genannten Abschnitte für das Fernsehen nicht relevant sind, wird im folgenden auf die Hauptverhandlung kurz eingegangen. Die Hauptverhandlung vor Gericht ist der Kernbereich des Gerichtsverfahrens.

Welches Gericht sachlich zuständig ist, hängt jeweils von der Art des Tatvorwurfs ab. Je nach Art und Schwere des strafrechtlichen Vorwurfs, der gegen den Angeklagten vorgebracht wird, kann die Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht, dem Landgericht oder beim Oberlandesgericht anklagen.

Das Landgericht (Große Strafkammer, Große Jugendkammer) ist erste Instanz in allen sonstigen Fällen. Bei der Eröffnung des Hauptverfahrens können die Richter der Großen Strafkammer bzw. Große Jugendkammer beschliessen, ob sie die Hauptverhandlung mit drei oder zwei Berufsrichtern neben den zwei Schöffen durchführen wollen (Lüthke et.al,1997,S. 49).

Die Verhandlung stellt für die Tatverdächtigen einen einschneidenden Eingriff dar, es soll während der Hauptverhandlung verhindert werden, dass die Betroffenen zum Untersuchungs- und Verfahrensobjekt abgestempelt werden. Die Beweisaufnahme dient der Wahrheitsfindung.

„Ziel des Strafverfahrens ist die richtige, prozessordnungsmässig zustandekommende Rechtsfrieden schaffende Entscheidung über die Strafbarkeit des Beschuldigten“ (Lüthke et.al,1997,S. 50).

Kann das Gericht die Überzeugung von der Schuld eines Angeklagten nicht gewinnen, so darf es ihn nicht verurteilen: in dubio pro reo (im Zweifel für den Angeklagten).

Im Strafprozess schliesst die Hauptverhandlung mit der Verkündung des Urteils. Es besteht aus dem schriftlichen Urteil, das verlesen wird, und den Gründen, deren Inhalt zu verlesen und mündlich mitzuteilen ist. Wird gegen ein Urteil weder von der Staatsanwaltschaft noch von der oder dem Verurteilten ein Rechtsmittel erfolglos eingelegt, so wird das Urteil rechtskräftig (Lüthke et.al, 1997).

### 3.1 Das Rollenverhalten der Prozessbeteiligten

Mit Beginn der Hauptverhandlung wird die Interaktion zwischen den gerichtserfahrenen Professo**b**eteiligten mit den gerichterfahrenen und gerichtsunerfahrenen Prozessbeteiligten für die Prozessbeobachter sichtbar. Die Amtsträger der Justiz (Richter, Staatsanwalt, Verteidiger) sind eingebunden in ein institutionalisiertes traditionsgeleitetes Rollenrepertoire. Nach einer gewissen Amtszeit ist das Verhalten dieser Rollenträger in ihrer beruflichen Funktion routiniert und habituiert.

Das während der Amtszeit erworbene differenzierte Rollenverhalten der Funktionsträger der Justiz ermöglicht ihnen dadurch ein gewisses Maß an Sicherheit des Auftreten im Gerichtssaal. Die Rollen der „gerichtserfahrenen“ Prozessbeteiligten, Richter, Staatsanwälte und Verteidiger, sind an das Amt gebunden, unabhängig von der Person, die es bekleidet. Die in den Rollen enthaltenden Normen, Verhaltensweisen und Gefühle, die internalisiert werden, können zum Bestandteil der Persönlichkeit werden (Corburn-Staege, 1973).

Im Gericht wird erwartet, dass nicht nur die „gerichtserfahrenen“ Prozessbeteiligten, sondern alle ihre vorgegebene Rolle akzeptieren und sich den bestehenden geschriebenen und ungeschriebenen Regeln entsprechend verhalten, also nicht „aus der Rolle“ fallen.

Die „gerichtsunerfahrenen“ Prozessbeteiligten, Opfer, Zeugen und Angeklagten, denen eine bestimmte Rolle zufällt, sind überwiegend gerichtsunerfahren und auf ein angemessenes Rollenverhalten nicht vorbereitet.

Alle Prozessbeteiligte werden jedoch nicht nur von außen kontrolliert, sondern auch durch ihre individuelle Selbstkontrolle. Aber neben der äußeren Normierung des Verhaltens hat jeder Beteiligte im Gerichtssaal einen persönlichen Ermessensspielraum.

Die Funktion und Rolle des unabhängigen Richters in der strafrechtlichen Hauptverhandlung ist diese: Die Leitung des Prozesses und die Beweisaufnahme erfolgen grundsätzlich durch den Vorsitzenden Richter des erkennenden Gerichts. Er vernimmt ausführlich die Zeugen und die Sachverständigen. In der Rolle als Richter hat er ein unumschränktes Fragerecht, die Vergabe des Rederechts, er bestimmt die Begrenzung der Rededauer, er kann Fragen des Angeklagten, seines Verteidigers, der Zeugen und Sachverständigen zulassen oder ablehnen (Gerasch, 1995).

In der Urteilsfindung präsentiert er wie im Sinnbild der Waage das Abwägen entlastender und belastender Argumente.

Die durch die Strafprozessordnung geregelte dominante Position des Richters erlaubt für ihn ein weites Spektrum der Verhandlungsführung und Rollenpräsentation, die seiner Persönlichkeit Spielraum lässt.

Der Staatsanwalt hat primär die Aufgabe der Strafverfolgung. Seine Funktion als öffentlicher Ankläger ist es, u.a. den Strafprozess einzuleiten. Mit der Anklageerhebung gibt er zu erkennen, dass er die Überführung des Beschuldigten für wahrscheinlich hält, dass er sich vor der Hauptverhandlung in gewisser Weise festlegt. Er hat nicht die gleiche Unabhängigkeit wie der Richter. Ihm können Weisungen von seinem Dienstvorgesetzten erteilt werden, die sich z.B. auf die Anklageerhebung, die zu beantragende Strafe und die Zustimmung zur Einstellung des Verfahrens beziehen können. Derartige Weisungen kommen nur selten zum Gebrauch, können ihn in eine Konfliktsituation bringen, besonders dann, wenn die Weisung seiner eigenen Überzeugung zum Prozessverlauf widerspricht (Lüthke et.al,1997).

Der Verteidiger ist während der Verhandlung in seiner Funktion kein einseitiger Interessenvertreter des Beschuldigten, sondern als Beistand ein selbständiges Organ der Rechtspflege. Er ist nicht an die Weisungen seines Mandanten gebunden, darf jedoch nur zu dessen Gunsten tätig werden. Er ist eingebunden in das „Team“ des Strafgerichts, das bei allen auf Konfrontation und Konflikt gerichteten Rollenprogrammen doch gemeinsam die Arbeitsgestaltungsinteressen teilt. Wie überall, wo regelmässig dieselben Personen zusammenarbeiten, gibt es vertraute Spielregeln, die nicht gebrochen werden dürfen (Gerasch, 1999).

Die Tatverdächtigen sind meist auf ihre Rolle, die sie im Gericht präsentieren, gar nicht oder nur ungenügend vorbereitet. Die ungeübten Prozessbeteiligten können sowohl ängstlich als auch abweisend wirken oder unkontrolliert reagieren. Auf solche Verhaltensweisen warten die Medien. Diese Verhaltensunsicherheiten bleiben für den Angeklagten nicht folgenlos: Die falsche Bewertung seiner Persönlichkeit und Glaubwürdigkeit kann zur Fehlbeurteilung im Gericht führen. Andererseits können Tatverdächtige zum Sympathieträger werden, wenn sie einsichtig sind oder sich empathisch in der Einstellung zum Opfer zeigen.

Aber der Verfahrensablauf wird nicht allein durch die Verfahrensordnung und Rollenmuster bestimmt, innerhalb der Verhandlung finden dynamische Prozesse in laufenden Auseinandersetzungen statt. Die geregelten Verfahren lassen Handlungsspielräume für jeden Einzelnen zu, die durch deren Einstellung, Verhaltensweisen und unmittelbarer Verfahrensumwelt mitbestimmt werden können.

Auch die Atmosphäre im Gerichtssaal, in der verhandelt wird, kann besonders das Verhalten der unprofessionellen Prozessbeteiligten beeinflussen. Die Umgebung des Gerichts ist für die meisten unprofessionellen Beteiligten (Opfer, Zeugen, Angeklagte) eine eher unpersönliche Atmosphäre.

Die Art und Weise, wie jemand reagieren wird, hängt von einer Reihe von Bedingungen in der jeweiligen Situation ab. Abgesehen von der äußeren Normierung des Verhaltens vor Gericht und der Persönlichkeit der Beteiligten, ist die Kommunikation wesentlich davon gefärbt, wie sich Prozessbeteiligte ausdrücken. Die Ereignisse und Vorgänge, mit denen die Strafjustiz zu tun hat, sind häufig durch Tragik und Schuld geprägt.

„Alle Beteiligten müssen einander nicht nur laufend wechselseitig Rollen zumuten, sondern auch einander ihre Rollen bestätigen und einander Verhaltensstützen geben, die es jedem erlauben, in seiner Rolle zu bleiben, auch wenn es zu Belastungen kommt, etwa in Situationen, die besonders bewegt sind, weil sie – wie so oft in Prozessen – ausweglose menschliche Tragik oder Herzerreissendes Leid offenbaren. Vor allem dem Richter fällt dabei die Aufgabe zu, den Verhaltensrahmen zu garantieren, der die anderen Mitwirkenden in das Rollensystem bringt“ (Wassermann, 1974 zitiert nach Dürkop, 1977, S. 34).

Es wird erwartet, dass die Prozessbeteiligten eine bestimmte Rolle spielen. Konforme Rollenerwartungen müssen erfüllt werden.

Doch die Prozessbeteiligten, „die die Justizmaschinerie bedienen, sind keine Automaten, sondern Menschen aus Fleisch und Blut; sie sind Individuen, die nicht nur von ihrem beruflichen Auftrag geprägt werden, sondern der Justiz ihrer Zeit auch den Stempel ihres Geistes, ihrer Haltung und ihrer Einstellungsweise aufdrücken“ (Wassermann, 1970).

### 3.2 Fachsprache versus Umgangssprache

Die Juristen bewegen sich in ihren Argumentationen zwischen einer definierten Fachsprache und ihrer Transformation in eine Umgangssprache zum Verständnis der beteiligten Nichtfachleute. Die Fachsprache gibt einerseits den Vertretern der Justiz rationale Sicherheit, um juristische Sachverhalte präzise zu beschreiben und zu beurteilen zu können. Andererseits schafft sie eine kommunikative Distanz zu den nicht fachkundigen Prozessbeteiligten, die nur über ihre alltägliche Umgangssprache den Prozessverlauf nachvollziehen können. Dieses Kommunikationsgefälle zwischen den Angeklagten und den professionellen Prozessbeteiligten kann Anlass zu schwerwiegenden Missverständnissen geben. Der Angeklagte steht im Zentrum des Interesses, auf ihn richten sich Erwartungshaltungen, er trägt das grösste Risiko in dieser Kommunikationssituation (Gerasch, 1999).



Besonders unter dem Gesichtspunkt der Wahrheitsvermittlung ist zu bedenken, dass Kommunikation immer ein Mittel der Beeinflussung ist. Der Sender einer Botschaft versorgt den Empfänger nicht nur mit Informationen, sondern versucht auch, sein Verhalten in eine bestimmte Richtung zu drängen. Die Kommunikationssituation zwischen den professionellen und unprofessionellen Beteiligten ist stark asymmetrisch. Zwischen dem hohen Reflexionsniveau und dem fachspezifischen Sprachstil der Vertreter der Justiz und der zum Teil mangelnden verbalen Artikulationsfähigkeit der Tatverdächtigen kann ein Kommunikationsgefälle entstehen.

Nach (Müller- Luckmann 1979, zitiert nach Wassermann, 1979, S.70) sollte das kommunikative Gefälle reduziert werden:

„Es lässt es sich nicht gänzlich beseitigen, aber es sollte doch alles daran gesetzt werden, den Vorgang des Infragegestelltwerdens für den Betroffenen als einen sozialpsychologisch notwendigen, selbstverständlichen und im Sinne einer gemeinsamen Zielsetzung, nämlich die Findung der Wahrheit transparent erscheinen zu lassen“

### 3.3 Der Gerichtssaal als Repräsentationsraum

Der Gerichtsraum unterscheidet sich von den alltäglichen Lebensräumen.

Traditionell ist die Struktur aller Gerichtssäle gleichgeblieben, sie ist durch hierarchische Ordnungen geprägt. Der Gerichtssaal ist ein Ort der Repräsentation der Autorität und Würde staatlicher Gerichtsbarkeit. Innerhalb des Gerichts nimmt der Vorsitzende Richter eine herausragende Raumposition ein. In bestimmten Abständen befinden sich neben ihm die Plätze der Schöffen, seitlich die der Staatsanwälte und Verteidiger, vor und unter ihm die Opfer, die Zeugen, die Angeklagten und die Prozessbeobachter. Der erhöhte Sitz für das Gericht soll Ausdruck der Funktion des Richteramtes sein, autoritativ Recht zu sprechen, und betont die richterliche Unparteilichkeit. Die Robe verdeutlicht z.B. die besondere soziale Stellung und die Pflichten der Organe der Rechtspflege und bewirkt den sozialen Abstand zu den übrigen Prozessbeteiligten (Stehmeyer, 1990).

Die Prozessbeteiligten sitzen in einer geregelten Sitzordnung und räumlicher Distanz zueinander. Die Platzordnungen und die Amtstrachten werden u.a. als Symbole staatlicher Rechtshohheit betrachtet. Die vorgegebenen Verhaltensregeln (Aufstehen, Vereidigung u.a.) sind ritualisierte Kommunikationsformen. Sowohl diese Symbolformen als auch die ritualisierten Verhaltensformen leiten sich aus der traditionellen Beziehung zwischen Staat und Kirche her. Der staatlich institutionalisierte Strafprozess mit seinen Symbolen, Ritualen und seinen Verhaltensregeln vermittelt eine besondere und eigene Atmosphäre, die die Würde der Gerichtstradition und ihrer Amtsträger zum Ausdruck bringen.

Nach (Schild & Rasedorn zitiert nach Stehmeyer, 1990, S.8.) soll diese besondere Gerichtsatmosphäre sich insbesondere auf das Verhalten des Angeklagten auswirken:

„Viele Straftäter könnten ethisch-moralische Werte weniger mit dem Verstand als vielmehr durch das Gefühl aufnehmen; um sie emotional anzusprechen, bedürfe es der besonderen, durch Symbole und Rituale geschaffenen Atmosphäre. Der Prämisse, dass sich zahlreiche Straftäter –wie andere Menschen auch- eher vom Gefühl als Verstand leiten lassen, wird man schwerlich widersprechen können.“ Darüber hinaus spreche die rituelle Gestaltung dem als Zuschauer beteiligten Bürger eher an, als ein informelles Verfahren und erleichtere so die gefühlsmässige Identifikation mit jenen Rechtswerten, über deren Verfahren im Verfahren verhandelt wird“

### 3.4 Der Gerichtssaal als Schutzraum

Der Gerichtsraum ist auch ein Schutzraum für alle Prozessbeteiligten. Um den Verfahrensablauf in der Hauptverhandlung vor unerwünschten Außeneinflüssen zu schützen, werden besondere Sicherheitsmaßnahmen getroffen: u.a. Begrenzungen, die die Prozessbeobachter auf eine überschaubare Teilnehmerzahl reduzieren, gegebenenfalls deren vorherige Kontrolle durch Sicherheitsbeamte. In besonderen Fällen wird die Abschottung des Tatverdächtigen durch eine gläserne Sicherheitskabine veranlasst (z.B. *Dutroux-Prozess*, 2004), um den Angeklagten vor möglichen gewaltsamen Angriffen zu schützen.

In bestimmten Verfahrensabschnitten wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt. Insgesamt sollen in der Hauptverhandlung solche Maßnahmen ein Sicherheitsgefühl für alle Prozessbeteiligten und einen ungestörten Verfahrensablauf gewährleisten. Aber die Rechtsprechung vollzieht sich nicht im luftleeren Raum, sie ist störanfällig von außen (Wagner, 1987).

### 3.5 Der Gerichtsraum als Schauraum

Besonders in spektakulären Prozessen über Straftaten gegen das Leben erhalten bildgebende Medien ein starkes Interesse. Die Vertreter der Justiz befürchten, dass besonders der Täter, wenn er im Fernsehen erscheint, psychischen Belastungen ausgesetzt ist, weil er u.a. emotionales Entsetzen bei den Rezipienten über sich und seine Straftat hervorruft und so die spätere Eingliederung in die Gesellschaft erschert wird. Ein starkes Interesse der Beobachter gilt meist der äußeren Erscheinung und der Persönlichkeit des Angeklagten, der die gesellschaftlichen Normen verletzt hat. Sein äußeres Erscheinungsbild soll eine möglichst kriminelle Energie erkennen lassen. Audiovisuelle Medien können das Erscheinungsbild von dem Angeklagten durch eine fokussierende Kamera und Beleuchtung gezielt beeinflussen.

Die Prozessbeteiligten, die sich während der Verhandlungen meist in sitzender Position befinden, werden in ihrer äußeren Erscheinung und in ihren verbalen Ausdrucksformen des Sprechens (laut, leise, zögernd, energisch) verbunden mit nonverbalen Ausdrucksformen wie Mimiken und motorischen Gesten (wie Hand- und Armbewegungen und Körperneigung) dargestellt. In den Nah- und Großaufnahmen werden dabei feinste psychische Regungen in Mimik, Gebärden und Körperhaltung aufgezeigt und einem schaulustigen Publikum vor Augen geführt.

Die audiovisuellen Medien konzentrieren sich besonders auf Wort - und Bildsprache und das menschliche Verhalten. Dieses Verhalten wird für das Laienpublikum durch eine emotional annehmbare Sprache übersetzt. Jede Bildberichterstattung kann aufgrund selektiver Kameraführung und Ausleuchtung das Bild der Justiz und ihre Fachsprache (komplizierte Auslegungstexte) für den Laien manipulieren.

Die laufende Fernsehkamera hat den Vorteil, dass durch bewegte Bilder die Handlungsabläufe zusammenhängend dokumentiert werden können (Vietmeyer, 2002).

In Gerichtsverhandlungen werden Abstände zwischen den Prozessbeteiligten durch Sitzordnungen eingehalten, um distanzierte, ruhige und vernunftbestimmte Verfahrensabläufe zu ermöglichen. Die räumliche Distanz zwischen Richter und unprofessionellen Prozessbeteiligten dient auch dazu sich in den verbalen Auseinandersetzungen physisch nicht zu nahe zu kommen, sowie die individuellen Distanzschwellen nicht zu überschreiten.

Das Fernsehen kann von außen diese wohlbegründeten Abstandsregelungen durchbrechen, indem es durch Fokussierung die Erscheinungsbilder von Prozessbeteiligten, z.B. Richtern, Staatsanwälten, Verteidigern, Angeklagten, Zeugen, über Großaufnahmen aufnimmt. Das Kameraauge rückt also den Beteiligten direkt auf dem Leib. Das Fernsehen kann verbale und nonverbale Ausdrucksweisen von Prozessbeteiligten in einem spannungsreichen Zusammenspiel bringen. Die durch eine Filmkamera aufgenommenen Prozessbeteiligten werden in ihrem Erscheinungsbild je nach Bildgröße als „wirklichkeitsgetreues“ Fernsehbild dem Massenpublikum präsentiert. Wenn es sich nicht um eine Direktübertragung handelt, wird ein künstlich kompensiertes Gesamtbild eines Geschehens übertragen, d.h. die Filmsequenzen werden neu zusammengesetzt und formale und inhaltliche Zusammenhänge der Berichterstattung werden modifiziert.

## 4 Die Justiz als Medienthema

Die Gerichtsberichterstattung hat einen hohen Stellenwert für die Justiz.

Besonders Strafprozesse stehen häufig im Mittelpunkt der Öffentlichkeit. Daher ist die Wirkung der Medienberichterstattung nicht zu unterschätzen, weil sie aufgrund ihrer Reportagen und Bewertungen über Gerichtsprozesse die Möglichkeit hat, die Prozessbeteiligten in ihrem Verhalten unterschiedlich darzustellen.

Die Reporter können z.B. den Beschuldigten als „Bestie“ beschreiben, um härtere Strafen zu fordern oder ihn zum Sympathieträger der Gerichtsverhandlung machen. „Sie bestimmen nicht nur die rechtlichen Regeln, sondern auch Verhaltensweisen der Prozessbeteiligten in ihrer Prozessfunktion, die entsprechend ihrer Verbundenheit mit dem Prozessstoff zukommen“ (Schmidt, 1982, S.4).

Anhand von zwei strafrechtlichen Justizfällen soll beispielhaft der Einfluss der medialen Gerichtsberichterstattung dargestellt werden:

Wie konstruieren die Medien die Strafprozess-Realität?

4.1.1 *Kannibale von Rothenburg*“ Prozess in Kassel (Printmedien).

4.2 „*Pastor Geyer*“ Prozess in Braunschweig (audiovisuelle Medien).

Die vorliegende Arbeit bezieht sich auf die Fernsehberichterstattung aus Gerichtssälen. Deshalb werden aus eigener Erfahrung Eindrücke des „*Pastor Geyer*“ Prozesses kommentiert und im Anschluss daran die Arbeitsweise der Fernsehjournalisten vorgestellt.

### 4.1 Welche (Strafprozess-) Realität konstruieren die Printmedien?

In der Gerichtsberichterstattung werden Faktendarstellungen zur Belastung und Entlastung des Angeklagten, sowie Prozessabläufe und Urteilsbegründungen beschrieben, für die die Vertreter der Justiz verantwortlich sind.

Die Kritik von Vertretern der Justiz über Gerichtsreportagen beinhaltet unter anderem folgendes: die Verhandlungszeiträume im Gerichtssaal, die stunden- tage-, ja oft wochenlang dauern, in denen Sachverhalte analysiert und bemessen werden müssen, können nur verkürzt dargestellt werden. Eine öffentliche Justizkritik kann also entstehen, wenn komplizierte juristische Zusammenhänge, die nur fachspezifisch darstellbar sind, in vereinfachten Beschreibungen so präsentiert werden, dass ein Massenpublikum sie ohne Kenntnisse versteht oder missversteht.

Die Journalisten stellen nicht nur den Prozessverlauf aus subjektiver Sicht dar, sondern bewerten auch subjektiv, ob Gerichtsurteile gerecht oder ungerecht sind, ob sie im Verhältnis zur Tat angemessen, zu niedrig oder zu hoch bemessen werden. Die meisten Reporter haben keine juristische Ausbildung (Gerasch,1995). Sie bewerten nach ihrem Rechtsempfinden und Maßstäben, die nicht offen gelegt werden, gegebenenfalls auch nach politischer Couleur der Redaktion. Sie beschreiben aufgrund vorgeprägter Wahrnehmungsmuster, was ihnen in den Augenblicken der Verhandlung besonders auffällt, wie z.B. das Verhalten einzelner Prozessbeteiligter.

#### 4.1.1 Am Beispiel: „Der Prozess des Kannibalen von Rothenburg“

Mord, Totschlag und Sexualdelikte gehören zu den Hauptthemen in den Massenmedien. Die Reportagen von Strafprozessen erregen im Besonderen Maße die Aufmerksamkeit der Bevölkerung. Im folgenden Beispiel des Kannibalen- Prozesses in Kassel soll anhand eines Bildes und eines Textes aus der überregionalen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Ausschnitt der Gerichtberichterstattung über den Strafprozess gegeben werden. Im Fallbeispiel des „Kannibalen von Rothenburg“ wird ein Foto und Text aus der FAZ am 31.01.2004 vor der Urteilsverkündung nach tage- und wochenlangen Verhandlungstagen im Landgericht Kassel dargestellt. Das Foto wird in einem Bruchteil einer Sekunde als eine erstarrte Momentaufnahme wahrgenommen, die den gesamten Prozessablauf repräsentieren soll.



Abb.1: Foto aus der FAZ am 31.01.2004 vor der Urteilsverkündung

Dieses Bild zeigt eine von dem Fotografen ausgeleuchtete Aufnahme aus einem Blickwinkel von unten gesehen: der Anwalt reicht seinem Mandanten beugend die Hand vor der Urteilsverkündung.

In dem Kontext spricht der Anwalt von einem Punktsieg. Diese Aussage unterstellt, dass es sich in diesem Strafprozess um einen sportlichen Wettkampf zwischen Anklage und Verteidigung handelt (FAZ, 31.01.2004).

Der Angeklagte erscheint auf dem Foto in Siegerpose. Der Vertreter der Justiz verbeugt sich vor dem Angeklagten und schaut nach unten, sein Mandant ragt in dem Bildausschnitt bis unter die obere Bildgrenze und schaut nach oben.

Dieses Printmedienbild ist eine subjektive visuelle Interpretation der Medien über das Verhältnis des Justizvertreters zum Angeklagten.

Im übrigen stellt das Bild für den zivilisierten Betrachter etwas Ungewöhnliches dar:

Wer hat schon je einen Kannibalen real gesehen?

Unsere Vorstellungen sind geprägt durch Bilder sogenannter primitiver Völker, Babaren aus fernen Zeiten und Kulturen.

Der Leser eines Textes orientiert sich nach den Worten und Sätzen der Textinhalte. Er setzt die Wortinhalte nach seinem geistigen Vermögen in Bildinhalte um. Bei einem vorgegebenen Bild braucht er die Aussage des Bildes nur zu entschlüsseln (Ruge, 1975).

#### 4.1.2 Die Frankfurter Allgemeine Zeitung zur Urteilsbegründung

Es folgt ein kritischer Kommentar derselben Zeitung (FAZ) über das gegenwärtige Strafrecht zur Urteilsbegründung zum Kannibalen-Prozess. Hier wird über die Kluft zwischen einer ethischen Rechtsempfindung und der Urteilsverkündung aufgrund der Gesetzesgebung berichtet:

Hölscher (2004) kommentiert folgenden Auszug aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung:<sup>2</sup>

„Dass in konkreten Fällen das individuelle Rechtsempfinden mitunter nicht mit dem Strafrecht harmoniert, ist eine Alltagserfahrung. Selten aber wirkt die Kluft so tief wie im Kannibalismus- Prozess zu Kassel. So erodierend die Werteordnung dieser Gesellschaft erscheinen mag, hier äussert sich einhellig das ethisch- sittliche Unwerturteil. Schuldig des doppelten Tabubruchs, wobei das Strafrecht nur mit dem einfachen- dem Tötungsdelikt- einigermaßen souverän umzugehen versteht. Der dunkle Part des Verbrechens- die Tötung eines Menschen, um ihn zu verspeisen, einzuverleiben- berührt derart die Sphäre des Unantastbaren, des Unaussprechlichen, dass selbst das Strafgesetzbuch keine Worte dafür findet. Deshalb, und nicht nur wegen des niedrig anmutenden Strafmasses, hinterlässt das Urteil eine so unbefriedigenden und unfriedenden Eindruck.....“

„Die Schuld des Täters‘ heisst es in Paragraph 46 des Strafgesetzbuchs, „ ist Grundlage für die Zumessung der Strafe. Wenn dies keine leere Einleitungsformel, sondern Programm sein soll, dann muss nachgebessert werden im Strafrecht, das traditionell gern als geschlossenes System dargestellt wird , nicht offen für Analogien. Der Prozess zu Kassel hat seine Lücken offenbart.“

In ihrer kritischen Rolle können die Medien zur Reflektion der bestehenden Gesetzesgebung und ihrer Auslegung beitragen. In dem Kommentar wird u.a. eingewandt, dass die Urteilsbegründung nicht akzeptabel ist, in der Konsequenz, dass es sich um ein

---

<sup>2</sup> Tagung „Recht muss öffentlich sein“ am 13. Februar. 2004 in Bad Boll

„Unwerturteil“ handelt und unter den bestehenden Gesetzen und Auslegungen „korrektiv-erweiterungsbedürftig“ ist. In diesem Beispiel werden zwei unterschiedliche Ausgangspositionen der Beurteilung sichtbar: einerseits die kritische Feststellung, dass sich die Gesellschaft auf unsicheren Boden befindet, indem ihre Werteordnung und Wertvorstellung zu erodieren scheint, andererseits die Feststellung, dass sich die Reporterin auf ihr individuelles Rechtsempfinden verlässt.

Wie sind denn die Maßstäbe und Kriterien der Journalistin zur Beurteilung des Ergebnisses dieses Prozesses? Sie werden nicht offen gelegt.

Im übrigen ist der Begriff der „Rechtsempfindung“ vieldeutig, kaum präzisierbar und zudem historisch belastet (z. B. das „gesunde Volksempfinden“). Individuelles Rechtsempfinden ist kulturell und historisch präformiert. Geschichtlich betrachtet, wissen wir, dass gesellschaftliche Veränderungen auch individuelles Rechtsempfinden verändern können. Dennoch ist unstreitig, dass Menschen im alltäglichen Zusammenleben aus ihrem individuellen Rechtsempfinden heraus rechtliche Fragen beurteilen.

Das Urteil wurde inzwischen aufgehoben. Die Staatsanwaltschaft Kassel hat Revision gegen das Urteil des Kannibalen von Rothenburg eingelegt. Ein zweiter Fall von Kannibalismus in Deutschland ist inzwischen vor einem Strafgericht verhandelt worden. Dies deutet darauf hin, dass sowohl die Rechtsprechung als auch die psychiatrische Begutachtung dieser Fälle erneut zur Diskussion steht.

Die Aufgabe der Medien sollte es sein, Gerichtsverläufe für ein Laienpublikum transparent zu machen. In den Gerichtsprozessen, in denen es vorwiegend um menschliche Schicksale geht, besteht die Notwendigkeit, dass die Medien nicht nur zu emotionaler Anteilnahme motivieren, sondern zugleich rational aufklärend berichten. In diesem Sinne könnte die Presseberichterstattung das Rechtsbewusstsein schärfen und zu einer kritisch öffentlichen Meinung und zu Diskussionen beitragen. Auch Huff (1996, S.8) gibt zu bedenken: das „eine richtige umfangreiche Gerichtsberichterstattung, eine der besten Wege, Rechtsbewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, über den Sinn und fragwürdige Auswüchse unseres Rechtsstaates zu berichten, den Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich über neue Entwicklungen zu informieren und damit lebendigen Anteil an der Rechtsordnung zu haben.“

Gerichtsreporter sollten sich deshalb mit den juristischen Problemstellungen der Vertreter der Justiz auseinandersetzen. Die Journalistin der FAZ hat berichtet, dass die Vertreter der Justiz nach dem Prozess bereit waren, ihr komplexe Rechtsfragen zu erklären.

Die Ansichten über die Zusammenarbeit zwischen Journalisten und Juristen sind geteilt. Noch sind nicht alle Journalisten bereit und in der Lage, sich mit Vertretern der Justiz zu beraten. Höbermann (1995, Gerasch, 1995 S.25) stellt fest, dass die Journalisten vielmehr vor kritischen Kommentaren über die gerichtliche Entscheidungsfindung zurückschrecken.

Dennoch ist zu hoffen, dass die Medien ihre Beiträge leisten, um ein öffentliches Rechtsbewusstsein zu fördern, indem sie reflektiert ihre Maßstäbe der Auswahl und Kritik von Gerichtsverfahren offen legen. Medien, die über Strafprozesse berichten, sind dafür verantwortlich zu machen, die Bevölkerung angemessen über Strafverfahren zu informieren und über die Bedingungen und Grenzen einer staatlichen Rechtsprechung nachzudenken. Zur Information eines Massenpublikums gehört es auch, dass die Argumente der Medien rational nachvollziehbar sind, sonst verstärkt sich eine Emotionalisierung, die eine Reflektion kognitiver Verarbeitungsprozesse verhindert und Vorurteile verfestigt (vgl. Pfeiffer, S.52).

#### 4.2 Welche (Strafprozess-) Realität konstruieren die audiovisuellen Medien ?

Im Braunschweiger Landgericht fand 1998 der Prozess Pastor – Geyer große Beachtung in den Medien. Die Fernsehsender (öffentlich-rechtlich und private Rundfunkanstalten) filmten vor und nach und in den Pausen der Hauptverhandlung. Während der Hauptverhandlung war ein Zutritt für Fernsehberichterstatte nicht zugelassen.

In einer Diplomarbeit als Bestandteil der Diplomhauptprüfung untersuchte ich während des Prozesses die Einstellung von Prozessbeobachtern zur audiovisuellen Medienpräsenz in der Hauptverhandlung. Es konnte signifikant bestätigt werden, dass die Prozessbeobachter das Fernsehen als Informationsträger während des gesamten Prozessverlaufs befürworten (Cordes, 2000).

Besonders auffällig war, dass die Prozessbeobachter von ihrem Urteilsvermögen und ihren Rechtsverstand stark überzeugt waren, obwohl die meisten in 20 Prozesstagen nur die Hälfte der Zeit anwesend waren. Ihr Eindruck über den Prozessablauf und den Tatverdächtigen wurde geprägt durch die aktuelle Berichterstattung der Medien (Fernsehen, Zeitungen) und über Diskussionen in den Verhandlungspausen mit Gleichgesinnten, die ähnliche Strafen forderten. Ihre Einstellungen schienen vorurteilsbehaftet und spiegelten Klischeesdenken wieder. Denn ihre subjektive Urteilsbildung änderte sich je nach bestehendem Tatverdacht, diese neue Sichtweise teilten sie in Interviews den Reportern mit.



Die Presse- und Fernsehjournalisten waren nicht nur an einer souveränen Verhandlungsführung und das Bemühen des Vorsitzenden um die Wahrheitsfindung interessiert, sondern sie versuchten, in Interviews mit Experten Hintergründe über den Prozessablauf zu erkunden und über Prozessbeobachter Atmosphärisches sowie ihre Bewertung zum Prozessverfahren sowie zum Verhalten des Tatverdächtigen und den Vertreter der Justiz zu erfahren.

In der kurzen Anwesenheit lenkten die Fernsehjournalisten, die in der Hauptverhandlung nicht zugelassen waren, ihre Kameraobjektive auf zufällig vorbeikommende Prozessbeobachter im Gerichtssaal. Zusätzliche Informationen über den Angeklagten bekamen sie durch Befragungen einzelner Personen der Dorfbevölkerung aus dem Wohnort des Beschuldigten. Aus diesen wenigen und zufälligen Informationen erstellten sie ein allgemeines Meinungsbild über den Angeklagten und den Prozessverlauf.

Zu beobachten war eine Wechselwirkung zwischen den veröffentlichten Meinungen über den Prozess und ihren Einfluss auf die Meinungsbildung auf die Prozessbeobachter, die wiederum ihre Meinung den Medien zur Veröffentlichung anboten.

Nach der Urteilsverkündung forderten über 70% der Prozessbeobachter nach Aussagen des Pressesprechers des Landgerichts eine wesentlich höhere Strafe als die gegebene (Cordes, 2000).

Schon 1986 fiel Müller-Luckmann das hohe Mass an Selbstsicherheit und subjektiver Gewissheit des anwesenden Publikums auf, die schriftlich ihre Ansichten über Recht und Unrecht den Justizbehörden während eines spektakulären Prozess mitteilten.

Sühne- und Vergeltungsgedanken spielten in dem Prozess eine wesentliche Rolle.

Die vorurteilsbehafteten Einschätzungen gegenüber Prozessbeteiligten und den gerichtlichen Verfahrensbedingungen, die mit der Aufklärung und Aburteilung von Verbrechen befasst sind, beruhten nicht auf einer tatsächlichen Kenntnis von den Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Rechtsprechung, sondern vielmehr auf ‚irrationalen Projektionen,‘ die sich überwiegend in einer Rechtsverdrossenheit ausdrückten“ (Müller-Luckmann, 1998, S.100).

Zu diesem Thema kritisiert Melzer (2004), ein Vorsitzender Richter, „dass emotional wirkende Bilder dem Publikum ein Zerrbild der Justiz vermitteln. Das medienvermittelte Wissen über den Justizapparat hat zur Folge, dass täglich Drohbriefe bei der Justiz eintreffen. Er habe den Eindruck, dass von den Gerichten weniger ein der Tat angemessenes Urteil erwartet wird, sondern eher das „böse Jungs“ so lange wie möglich

verschlossen bleiben. Die verunsicherte Bevölkerung erwartet, dass die Richter zum ‚Dienstleister zur Wiederherstellung des eigenen Sicherheitsgefühls‘ werden.

Im Hinblick auf eine Bevölkerungsumfrage (Chrismon, 2004) über den Umgang der Medien mit dem Thema Kriminalität in Deutschland, wird deutlich, dass nach der Sichtweise der Medienbefürworter 42% glauben, dass die Kriminalität in der Realität etwas oder sehr viel schlimmer sei, als sie in den Medien dargestellt wird. Auf der anderen Seite argumentieren die Medienkritiker, dass die Medien übertreiben, denn in der Realität sei die Kriminalität nicht so schlimm.

Nach aktuellen Umfragen des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen erwähnt Pfeiffer in der FAZ (5.März. 2004), dass 4/5 von 2000 von den befragten deutschen Bürgern empfinden, dass die Kriminalität in den letzten Jahren massiv angestiegen sei.

Diese Fehleinschätzungen basieren auf der Emotionalisierung dramatisierter Berichte über die Massenmedien. „Der Trend zur Dramatisierung“ des Kriminalgeschehens ist besonders ausgeprägt, seitdem die öffentlichen und privaten Fernsehanbieter um die Gunst der Zuschauer rivalisieren. Die von den Medien geschürten Ängste der Bevölkerung über ein Anwachsen der Kriminalität fördert eine permanente Änderung des Strafmasses (Pfeiffer, 2004).

Die von den Vertretern der Justiz eingangs geäußerten Bedenken gegenüber der audiovisuellen Medienberichterstattung aus strafrechtlichen Hauptverhandlungen reflektieren ihre Kenntnisse und Vermutungen, wie Fernsehjournalisten arbeiten. Sie sind darüber informiert, wie das Fernsehen selektiert, kommentiert und Gefilmtes zusammenstellt.

Im folgenden soll ein Einblick in die Arbeitsweise der Fernsehjournalisten gegeben werden.

#### 4.3 Die Arbeitsweise der Fernsehjournalisten

Die audiovisuellen Medien haben einen Vorteil gegenüber dem Hörfunk und den Printmedien, weil sie nicht nur den Gesichts- und Hörsinn des Menschen ansprechen, sondern weil sie mehrere Medien vereinen: die Wortsprache in Text und Rede, die Bildsprache in stehenden und bewegten Bildern und die akustischen Sprachen, wie Geräusche, Klänge und musikalische Sprachformen. Die Manipulationsgefahr der Rezipienten ist deshalb größer, weil sie auf bildlichen und akustischen Wahrnehmungskanälen angesprochen werden. Das Fernsehen kann deshalb die Illusion erzeugen, die Realität so abzubilden, als ob der Zuschauer sie unmittelbar und authentisch miterleben kann. Es übermittelt nicht nur verbale Äußerungen, sondern auch Körpersprache

wie Mimik und Gestik von Prozessbeteiligten und eine schwierig zu beschreibende Atmosphäre der Gerichtsverhandlung.

Nach einem Gespräch mit Verhey (2005) vom NDR kann der Fernsehjournalist als ein „Pfadfinder im Gefilde von Ereignissen“ gesehen werden.<sup>3</sup> In der journalistischen Arbeit ist der Teil der Recherche ebenso wichtig, wie die Erkundung optischer, akustischer und dramaturgisch technischer Vorraussetzungen für die Fernsehberichterstattung. In besonderen Gerichtsfällen werden zur Vorbereitung der Sendung alle vorhandenen medialen Informationen aus Archiven und dem Tatort verwendet.

Die redaktionelle Bearbeitung der Informationen im Fernsehstudio zielt darauf ab, den Neuigkeitswert eines Geschehens herauszufinden. Jede Reportage ist ein subjektiver Eindruck des jeweiligen Fernsehreporters, der zu einem allgemeinen medialen Ausdruck gebracht wird. Der Reporter wählt formal und inhaltlich das Informationsmaterial aus, ordnet und fügt es zusammen. Aus den Ergebnissen der Recherche leitet sich der Sendeaufbau ab, der Entwurf einer szenischen Struktur des Beitrags. Die grundlegende Entscheidung ist diese: Welche Aussagen sollen über Bilder vermittelt oder durch Worte ergänzt oder ersetzt und welche technischen Arbeitsmittel eingesetzt werden (Ruge, 1975).

Neben der Kameraführung kann die Beleuchtung einen wesentlichen Einfluss auf die Übertragung des menschlichen Ausdrucks haben: z.B. kann Streulicht die Person milde und gütig erscheinen lassen, demgegenüber das scharfe Direktlicht den Beleuchteten hart und unsympathisch darstellen (z.B. den Tatverdächtigen). Eine andere Methode der technischen Manipulation ist das Einfrieren bewegter Bilder, in einseitigen Positionen kann der Eindruck entstehen, z.B. verlegen zu sein, ebenso kann durch unscharfe verzerrte Aufnahmen die psychische Verfassung sichtbar gemacht werden (Pfeiffer, 1975).

Bei der Nachbereitung einer Sendung trifft sich das Redaktionsteam, um die Wirkung bei dem Publikum zu testen. Aus den Erfahrungen über die Akzeptanz und Wirkungen ihrer Berichterstattungen leiten sich die Kriterien für den Aufbau von Inhalt und Form der Berichterstattung ab. Mit dem Wandel des Zuschauerverhaltens ändern sich auch die Inhalte und die Formen der Beiträge.

Im Bewusstsein der Prozessbeteiligten ist das Wissen über und ihre Erfahrung von der Urteilsfähigkeit der Medien latent vorhanden. Eine Fernsehberichterstattung kann als demokratische Kontrollinstanz sowohl berichten als auch als Prangerwirkung richten, nicht nur über die Rechtsvertretung und Wahrheitsfindung der Justiz, sondern auch über ihre Personen und ihr Verhalten in kommentierten Bewegtbildern.

---

<sup>3</sup> Gespräch mit Verhey am 14..10.04

## 5 Verhalten in der Öffentlichkeit

Vielen Richtern und Staatsanwälten ist ihr öffentliches Abbild in der Presse keinesfalls gleichgültig. Nach der Aussage des Verteidigers Egon Müller „reagieren die Robenträger auf Journalisten, weil sie in der Presse gut aussehen wollen und Presseschelten ausgesprochen empfindlich aufnehmen“ (Wagner 1987, S. 95).

Schon die Anwesenheit des früheren Gerichtsreporters Gerhard Mauz, der aufgrund seiner scharfsinnigen Analysen im Gerichtssaal bei den Prozessbeteiligten bekannt war, reichte aus um die Vertreter der Justiz auch in ihrem Verhalten zu beeindrucken. Mauz, der in Gerichtssälen wegen seines großen Erfahrungswissens und seines hohen Reflektionsniveaus bekannt war, wurde nach Aussagen von Fachleuten, durch seine publizierende Berichterstattung ein großer Einfluss zugeschrieben. Wenn er den Gerichtssaal betrat, schlug die Stimmung um.

„Besonders krass reagierten Richter auf die Anwesenheit von Spiegel-Redakteur Mauz im Gerichtssaal. Von einer Minute zur anderen praktizierten sie dann, wie Rechtsanwälte U. Maeffert und E. Müller übereinstimmend bemerkt haben, eine ‚behutsamere Verhandlungsführung.‘ Es ist schon vorgekommen, dass sich ehrenamtliche Richter ausdrücklich nach dem Spiegel- Reporter erkundigten: Ist Herr M. auch da?“ (Wagner, 1986,S.95).

Aus den Gesprächen mit den Vertretern der Justiz bekam ich den Eindruck, dass ihr Erscheinungsbild während einer Anwesenheit des Fernsehens ihrem Selbstverständnis und Rollenbild nicht entsprechen könnte. Sie befürchten, dass durch Presseschelten ihr Ansehen unter Kollegen und in der Öffentlichkeit Schaden nehmen könnte. Ihr berufliches Rollenverständnis erlaubt es nicht, sich öffentlich dagegen zu wehren, daher sehen sie sich zu einer distanzierten Zurückhaltung gegenüber den Medien verpflichtet.

Die beschriebenen Reaktion der Vertreter der Justiz auf die Anwesenheit von Mauz zeigen, dass sie in ihrem Verhalten beeinflussbar sind. Diese Verhaltensänderung der Prozessbeteiligten in der Öffentlichkeit ist nach Ansicht der sozialpsychologischen Forschung ein allgemeines Phänomen. Nicht nur die Anwesenheit eines beobachtenden Gerichtsreporters kann ihr Verhalten beeinflussen, sondern auch Bild- und Tonaufnahmen die von Prozessbeteiligten aufgenommen werden. Die folgenden Experimente zeigen, wie sich Personen verhalten, wenn sie erwarten, dass ihr Erscheinungsbild einem Publikum zugänglich gemacht wird.

## 5.1 Experimentelle Ton-und Bildaufnahmen

In einigen Experimenten liess sich zeigen, dass Personen in Gegenwart von Spiegeln und Kameras selbstzentrierter reagieren. Die Versuchspersonen (Vpn), die in Experimenten in Gegenwart von Spiegeln, Tonbandgeräten, Kameras etc. auf sich selbst achteten (Selbstaufmerksamkeitsbedingungen), neigten zu mehr Selbstattribution bei der Ursachenzuschreibung aktueller Ereignisse während der Untersuchung.

Zajonc (1980) konnte die Wirksamkeit der bloßen Anwesenheit eines Publikums auf das Leistungsverhalten belegen. Frey (1978) belegte den Einfluss der Öffentlichkeit auf die Reaktionen der Vp gegenüber ihrem persönlichen Erfolg und Misserfolg (vgl. Schlenker, 1975a). Duval und Wicklund (1972) fanden heraus, dass das Vorhandensein eines Spiegels, in dem eine Person blickt, oder eines Tonbandgerät, das der Vp die Stimme vorspielt, oder eine im Raum befindliches Videogerät dazu führten, dass die Person verstärkt selbstaufmerksam reagiert (Mummendey, 1995).

Brandt und Köhler (1972, zitiert nach Mummendey, 1995, S.49) konnten in vielen Öffentlichkeits- Experimenten belegen, dass die öffentliche Reaktionsweise der Probanden eher konform, bei privater eher nonkonform ist.

Bei der Annahme, dass Individuen nicht immer klare Vorstellungen darüber haben, wie sie in einer bestimmten Situation urteilen oder sich verhalten sollen, liegt es doch nahe, dass sie allen möglichen Hinweisen auf angemessenes Verhalten, die ihnen die Situation bietet, folgen werden. Wichtig dabei ist, wie das anwesende oder vorgestellte Publikum zu den Urteilen oder Verhaltensweisen, um die es geht, eingestellt ist (Mummendey, 1995).

## 5.1 Theorien der Selbstdarstellung

In fast jeder sozialen Situation spielt die Selbstpräsentation eine Rolle. Entsprechend dem lerntheoretischen Ansatz sind soziale Verstärkerprozesse für das Selbstdarstellungsverhalten verantwortlich: Personen haben das Ziel, von anderen Menschen Zustimmung und Zuneigung zu erhalten und Ablehnung zu vermeiden (Arkin, 1980; Tesdeschi & Felson, 1994). Die soziale Zustimmung wird nicht als Selbstzweck gesehen, sondern als instrumenteller Wert, um Belohnungen wie Geld oder Verhaltensbestätigung zu erhalten (Arkin, 1980). Andere soziale Verstärker sind, soziale Macht zu erhalten, zu steigern bzw. andere zu beeinflussen (Jones & Pittman, 1982; Teschedi & Normann, 1985; Teschedi & Felson, 1994).

Baumeister (1982) unterscheidet zwei Motive der Selbstdarstellung, erstens einem Publikum zu gefallen, zweitens, dass die Person ihr öffentliches Selbstbild dem idealen Selbstbild nähert. Die Öffentlichkeit soll einen Eindruck von der eigenen Person erhalten, der dem persönlichen Idealbild oder Berufsrollenbild entspricht.

Das Ziel liegt nach Baumeister darin, eine positive soziale Verstärkung zu erhalten und persönliche Erfüllung in der sozialen Anerkennung zu finden.

### 5.1.1 Theorie des Impressionsmanagements

In dem Prozess des Impressionsmanagements geht es darum, dass Personen einen bestimmten Eindruck bewusst oder unbewusst einer Situation anpassen, welche nach ihren Zielen und Bedürfnissen in eine Interaktion passt (Goffmann, 1959; Schlenker, 1980; Schlenker & Britt, 1999).

In verschiedenen Theorien wird Impressionsmanagement als „Eindruckslenkung“ definiert. Nach Schlenker (1980) versuchen Menschen, den Eindruck zu steuern bzw. zu kontrollieren, den sie auf Menschen ausüben (Mummendey & Bolten, 1993).

Die grundlegenden „Annahmen“ der Theorie der Selbstdarstellung werden im folgenden im Drei-Komponenten –Modell näher betrachtet (Leary 1993; 1996; Leary & Kowalski, 1990).

### 5.1.2 Das Drei-Komponenten Modell

Das Drei-Komponenten Modell von Leary (1993 ;1996; Leary und Kowalski, 1999 )umfasst den gesamten Prozess der Selbstdarstellung in drei Prozesse (Impression Monitoring, Impression Motivation; Impression Construction) zusammen.

### 5.1.3 Personen wollen einen guten Eindruck vermitteln

Nach Leary (1993; 1996) und Kowalski (1990) erfolgt die Impression Motivation durch die Zielrelevanz des Eindrucks, durch den persönlichen Wert der angestrebten Ziele, durch die Diskrepanz zwischen Ist- und Idealimage.

Die Zielrelevanz des Eindruck bedeutet, dass je eher die Ziele über die Selbstdarstellung erreicht werden, umso motivierter wird die Person sein, im Focus der Aufmerksamkeit zu stehen. Das Bedürfnis, sich selbst darzustellen, steigt mit der Anzahl der Personen und der Wichtigkeit der Zielpersonen, von denen die profilierende Person abhängig ist. Je größer die Wahrscheinlichkeit ist, dass sich die Zielpersonen und die sich selbstdarstellende Person wiedersehen, umso stärker ist die Motivation der Selbstdarstellung.

Wenn Personen ihrem Ziel einen großen Wert bemessen, wird ihre Motivation sich selbstdarzustellen voraussichtlich höher sein. Hat die Person aufgrund ihrer Misserfolge ein geringes Selbstwertgefühl, so verfolgt sie ihre Ziele stringenter, um ihren Selbstwert zu erhöhen.

Personen, die in der Öffentlichkeit ein Selbstbild vermitteln, welches mit ihrer Vorstellung über ihr Idealbild nicht übereinstimmt, bemühen sich, die Diskrepanz durch Selbstdarstellung auszugleichen. Leary (1996) stellte in Experimenten fest, dass in peinlichen Situationen die Motivation zur Selbstdarstellung größer war. Baumeister, Hutton und Tice (1989) fanden heraus, dass die Eigenwerbung einer Person die Self- Promotion Technik bei anderen fördert.

Impression Monitoring bezeichnet die Vorstellung eines Individuums, wie es auf andere wirkt. Je eher die Person sich in einem Zustand des Impression Monitoring befindet, umso wahrscheinlicher ist sie motiviert sich selbst darzustellen.

Die Selbstaufmerksamkeit ist auf das eigene Verhalten und Denken gerichtet. Bei einer erhöhten Selbstaufmerksamkeit werden die eigenen Reaktionen, aber auch das Verhalten anderer intensiver und bewusster wahrgenommen.

Personen, die ihr Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit gefährdet sehen, z.B..wenn ihnen etwas Unangenehmes, Peinliches o.ä. passiert, beobachten ihr Verhalten stärker. Demgegenüber gibt es alltägliche habituierte Verhaltensweisen, die kaum wahrgenommen werden (vgl. auch Jones & Pittmann, 1982).

Als weitere Einflussfaktoren werden ausser den situativen Gegebenheiten auch Persönlichkeitsmerkmale genannt. So werden Personen mit größerer Tendenz zum Selfmonitoring eher dazu neigen, ihr öffentliches Bild zu reflektieren (Snyder, 1979).

Die vorliegende Arbeit nimmt vornehmlich Bezug auf Impression Motivation und Impression Monitoring, weil diese Teilsaspekte die erhöhte Selbstaufmerksamkeit und die Selbstdarstellung berücksichtigen. Der weitere Erklärungsansatz Impression Construction, der die Selbstdarstellung hinsichtlich des Selbstkonzepts beschreibt, geht über die Fragestellung dieser Arbeit hinaus. Deshalb wird auf diesen Teilspekt der Modellvorstellung nicht weiter eingegangen.

#### 5.1.4 Zusammenfassung

Wie in den vorherigen Kapitel bereits ausgeführt, haben die Vertreter der Justiz entweder positive oder negative Erwartungshaltungen gegenüber der Fernsehöffentlichkeit.

Warum haben die gerichtserfahrenen Prozessbeteiligten eine negative Erwartungshaltung gegenüber den audiovisuellen Medien?

Sie sind es doch als Experten gewohnt, vor einer Öffentlichkeit ihre berufsspezifischen Rollen adäquat auszuführen. Ihr habituiertes Rollenverhalten besteht darin in einer überschaubaren Öffentlichkeit zu agieren. Dieses kann psychologisch als entlastend interpretiert werden, da ihre Verhaltensmuster stabil und internalisiert sind.

In alltäglichen Gerichtssituationen, z.B. der Face - to Face –Kommunikation, nehmen sie die Ausdrucksweise anderer Beteiligter wahr und bewerten diese über die eigene Selbstwahrnehmung und wissen zugleich, dass der andere die eigene Ausdrucksweise bewertet, die man selbst nicht wahrnehmen kann. Sie können nicht alle Facetten ihrer persönlichen Ausdrucksweise beobachten, z.B. können sie ihr mimisches Verhalten nicht wahrnehmen.

Ihre Bedenken liegen darin begründet, dass das gefilmte Bildmaterial anschliessend von den Sendeanstalten nach den Kriterien massenwirksamer Fernsehberichterstattung selektiert, kommentiert geschnitten und neu zusammengesetzt wird und sie darauf keinen Einfluss haben. Wird den Prozessbeteiligten bewusst, dass die Fernsehberichterstattung in veränderten Bildausschnitten nicht nur einem anonymen Millionenpublikum präsentiert werden, sondern auch von ihren Fachkollegen beurteilt werden können, so wie sie sich selbst nicht wahrnehmen.



Kann die Person ihr Erscheinungsbild z.B. vor einer Medienöffentlichkeit gefährdet sehen, wenn ihr etwas Unangenehmes passiert, kann sich ihre Aufmerksamkeit stärker auf ihr Verhalten richten. Die selbstaufmerksame Person kann Diskrepanzen zwischen einem erstrebten Selbstbild und vermuteten Fremdbild erleben. Gelingt es der Person nicht den diskrepanten Zustand zu reduzieren, indem sie ihre Aufmerksamkeit auf Erfolge richtet, kann es sein, dass sie befangen und gehemmt reagiert oder die Situation vermeidet.

In Öffentlichkeitsexperimenten wurden Ton-und Bildaufnahmen von Personen angefertigt, es konnte nachgewiesen werden, dass alle Personen generell versuchen selbstwertdienliche Strategien einsetzen, um vor einer Medienöffentlichkeit positiv zu wirken. Die Probanden, die sich als positiv darstellen, begünstigen ihr Image, indem sie sich als besonders intelligent und attraktiv, kompetent und glaubwürdig darstellen, um soziale Anerkennung zu erlangen.

Sowohl das Wissen der Vertreter der Justiz um die Arbeitsweise und die Wirkung massenmedialer Berichterstattung als auch ihre unmittelbaren eigenen Erfahrungen ihres berufsspezifischen Verhaltens in der Öffentlichkeit können wesentliche Gründe sein, die audiovisuellen Medienanwesenheit abzulehnen. Sie befürchten einerseits das für manche Prozessbeteiligte der Gerichtssaal zur Bühne werden kann, andererseits liegt es in ihrem Bestreben telegen vor einer Fernsehkamera zu wirken.

Die dargestellten Überlegungen werden auch von anderen Autoren geteilt. Wenn medienwirksame Verhaltensänderungen von den Vertretern der Justiz erwartet werden, so liegt die Annahme der Beeinflussbarkeit der Prozessbeteiligten durch die Fernsehkameraanwesenheit nahe.

Rechtsanwalt Huff weist darauf hin, dass bestimmte Aussagen schon vorher mediengerecht zurecht gelegt werden, um eine Öffentlichkeitswirkung zu erzielen.

Auch die Kommunikationswissenschaften haben festgestellt, dass Beeinträchtigungen kommunikativer Fähigkeiten in der Masse zunehmen, in denen das Publikum größer und unübersichtlicher wird. Das Verhalten kann sich ändern.

## 6 Der gegenwärtige Forschungsstand

Nach umfangreicher Recherche themenbezogener Fachliteratur ist in Deutschland ein Forschungsmangel über die Auswirkung der Fernsehberichterstattung auf das Verhalten deutscher Prozessbeteiligter und den Verfahrensablauf festzustellen.

Seit Jahrzehnten richten die Vertreter der Justiz ihre Aufmerksamkeit in der Fachliteratur und in Diskussionen auf die Vor und Nachteile der Auswirkungen von Fernsehaufnahmen auf die Prozessbeteiligten und den Verfahrensablauf.

In ihren Argumenten um das Für und Wider der Fernsehberichterstattung gibt es bei den gerichtserfahrenen Prozessbeteiligten (Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern) keine einheitlichen Auffassungen: die einen plädieren für das Medienverbot, die anderen fordern die Zulassung der Fernsehberichterstattung.

„Die bisherigen Argumentation für und gegen die Fernsehberichterstattung aus Gerichtssälen, für die exemplarisch die in der juristischen Literatur benutzten Behauptungen stehen, ist somit nur stark geschwächt benutzbar. Das gilt sowohl für die Argumente der Gegner als auch für die Argumente der Befürworter. Bei den Befürwortern wird vielleicht eine Euphorie über die neuen Informationstechniken die zustimmende Meinung zur Fernsehberichterstattung prägen“ (Gehring, 1998, zitiert nach DriZ 1998, S. 10).

Seit dem gesetzlichen Medienverbot von 1964 wird die Fernsehberichterstattung aus Gerichtssälen ausgeschlossen. Aufgrund von Erfahrungen mit der Fernsehkamera in den fünfziger Jahren liegen die Befürchtungen der Vertreter der Justiz besonders darin, dass der Persönlichkeitsschutz der Prozessbeteiligten und der Wahrheitsfindungsprozess durch eine audiovisuelle Präsenz der Fernsehberichterstattung beeinträchtigt werden kann.

Es gibt aber keine empirischen Untersuchungen vor und nach dem Medienverbot, die die Annahme der Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte und der Gefährdung des Wahrheitsfindungsprozess bestätigen können.

Die Problematik zwischen „Justiz und audiovisuelle Medien“ ist offensichtlich, und seine Auswirkungen sollten nicht unterschätzt werden. Denn die weit verbreitete Annahme der Beeinträchtigung der Persönlichkeitsrechte konnte bisher nur durch eine identifizierende Berichterstattungen ausserhalb einer strafrechtlichen Hauptverhandlung empirisch belegt werden (Kerscher, 1999).

Die Vertreter der Justiz verwenden in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den audiovisuellen Medien nicht nur rechtliche, sondern auch psychologische Begriffe, die u.a. aus dem sozial- und den medienpsychologischen Bereich stammen. Diese wurden in einer Stellungnahme des deutschen Richterbundes zusammengefasst (DriZ 1996, S. 246ff).

Die sich wiederholenden Argumente seit dem Medienverbot sind:

- „Kameras in Gerichtssälen sind öffentliche Pranger.“
- „Die Angeklagten werden zu Sensationsobjekten.“
- „Die Öffentlichkeit wirkt belastend auf den Angeklagten.“
- „Der Medieneinfluss beeinträchtigt die Wahrheitsfindung.“
- „Mögliche Zeugen werden abgeschreckt, sich zu melden.“

Auch wenn die genannten Behauptungen auf den ersten Blick plausibel erscheinen mögen, fehlt es dennoch an medien- und sozialpsychologischen Literaturbelegen sowie an empirischen gesicherten Untersuchungen (Gehring, 1998, zitiert nach DriZ 1998, S. 9).

Meist werden psychische Veränderungen im Hinblick auf gerichtsunerfahrene Personen Tatopfer, Zeugen und Angeklagte beschrieben, die besonders einer erhöhten psychischen Belastung ausgesetzt werden (Vietmeyer, 2002). Aus den wenigen wissenschaftlichen Beiträgen ist jedoch zu entnehmen, dass psychische Mehrbelastungen der Angeklagten durch die Anwesenheit audiovisueller Kamerateams im Gerichtssaal empirisch nicht belegt werden konnten (Witzler, 1999). Auch eine Beeinträchtigung des Aussageverhaltens der gerichtsunerfahrenen Prozessbeteiligten konnte nicht nachgewiesen werden (Britz, 1999).

Von den gerichtserfahrenen Personen Richter, Staatsanwälte und Verteidiger werden nur wenige Verhaltensänderungen während der Anwesenheit des Fernsehens erwartet, die die Wahrheitsfindung beeinträchtigen. Es wird davon ausgegangen, dass sie aufgrund ihrer Routine unempfindlicher für die Kamera sind (Vietmeyer, 2002).

Die Juristen attribuieren Verhaltensveränderungen bedingt durch die Anwesenheit der Fernsehkamera vorwiegend auf ihre Kollegen, die nach ihrer Ansicht beeinflussbar sind und sich deshalb medienwirksam darstellen.

Bisher gibt es weder empirisch abgesicherte Untersuchungen noch plausible Erklärungen zur Auswirkung der Fernsehkamera auf das Verhalten der Prozessbeteiligten. Die Einstellungen der Vertreter der Justiz beruhen auf „Mutmassungen, Spekulationen, und allgemeinen Erfahrungssätzen und kommen über unbelegte Behauptungen nicht hinaus. „Tatsache ist, dass die geistige und psychologische Wirkung von Zeitungen und Zeitschriften, Funk und Fernsehen auf den richterlichen Entscheidungsprozess noch nie Thema empirischer Untersuchungen war. Der Einfluss der Medien auf das Strafverfahren ist bislang wissenschaftliches Niemandsland, und auch die Beteiligten können über ihn nur mutmassen“ (Wagner, 1987).

Auch der Hamburger Oberlandesgerichtspräsident Plambeck (1985, zitiert nach Wagner, 1987, S.87) betont selbstkritisch:

„Wir Richter können nicht wissen, wie stark die Medien beeinflussen, wie stark sie auf den Prozess durchschlagen. Wahrscheinlich tun sie es stärker, als man bisher denkt. Wir judizieren in einem Elfenbeinturm“

## 6.1. Interviews mit den Vertretern der Justiz

Gerhard (1989) ist einer der wenigen, der in einem Interview die Einstellung von prozessbeteiligten Richter, Staatsanwälte und Verteidiger zum Einfluss audiovisueller Medien auf das Strafverfahren befragt hat. Er hat festgestellt, dass die deutschen Vertreter der Justiz offener auf die Medienberichterstattung reagieren als ihre Kollegen in Frankreich und England (Gerhard, 1989, S.21).

„Die deutschen Richter lesen vor allem Zeitungen und hören sich in Funk und Fernsehen Beiträge an, in denen sie eine Rolle spielen oder Verfahren, die sie leiten. Dabei achten sie besonders auf personenbezogene Kritik in den Beiträgen der Medien, auch wenn es andere Personen betrifft. In Kollegenkreisen wird meist über Veröffentlichungen in der Beratung diskutiert „(Gerhard, 1989, S.22).

Gerhard (1989) betont, dass gerade personenbezogene Kritik in den Beiträgen der Medien von Richtern besonders beachtet werden, vor allem, wenn es andere Personen trifft. Die Beiträge in den Medien lösen Gespräche unter den Kollegen aus. Demzufolge können kritische Kommentare der Medien nach Ansicht der Prozessbeteiligten einen Selbstbeobachtungsprozess auslösen (Oehler et.al, 1989).

Er fragte die Prozessbeteiligten: „Was halten sie von der Kontrollfunktion der Presse in Gerichtssälen“?

Die Antwort eines Richters an einem Landgericht ist: „ Ich finde eine solche Kontrolle nicht richtig. Er setzte zur Begründung hinzu: Ob jemand Mörder ist wird nicht von der Presse ausgehandelt, und dass es zum Teil so ist, begrüße ich nicht“ (Gerhard ,1989, S.21).

Gerhard (1989) stellt die Frage: Haben kritische Berichte überhaupt einen konkreten Einfluss auf das jeweilige Verfahren oder Urteil?

„Ein Richter antwortete ohne jedes Zögern: Natürlich nicht! Ein anderer betont „Es ist vollkommen und unmassgeblich, ob die Medien viel berichten oder nicht. Ich wäre ein schlechter Richter, wenn ich mich der Presseberichterstattung beugen würde.“

Ein anderer Richter erwähnt selbstkritisch: „Wir sollten nicht so selbstgefällig sein, sondern uns ab und zu mal in Frage stellen lassen“ (Gerhard 1989, S.21).

Ein anderer Richter sagt, „wenn die öffentliche Anteilnahme groß ist, müssen wir auch die Öffentlichkeit als Adressat betrachten“ (Gerhard 1989,S.23).

Gerhard (1989) betont das sich kein Richter für die Einschränkung in der Berichterstattungsfreiheit der Medien ausgesprochen hat. Sie weisen eher auf die richterliche Unabhängigkeit hin, die sie gegen unsachliche Kritik immun machen soll.

Diese Erfahrung habe ich auch in meiner Untersuchung gemacht: Alle Richter wiesen während der Befragung auf ihre richterliche Unabhängigkeit hin.

Nach Ansicht der Verteidiger sind es die spektakulären Strafprozessen, an denen die Medien interessiert sind.

Die Frage, ob sich durch eine Veröffentlichung entstandenes Meinungsklima bemerkbar macht? antwortet ein Verteidiger „Wir fühlen uns rezensiert, es ist, als wenn man Geige spielt und weiß, dass ein Musikkritiker im Saal ist“ (Gerhard 1989,S.25 ).

Wann ist es aus der Sicht des Verteidigers erforderlich, mit Information ohne Eigeninteresse an die Öffentlichkeit zu treten?

Wenn eine „aktive Informationspolitik dem Mandanten nutzt, wenn sie einer Vorverurteilung entgegenwirkt“ (Gerhard 1989,S.25 ).

Die befragten Staatsanwälte gehen davon aus, „dass die Medien einen Einfluss auf ihr Verhalten ausüben. Allerdings sind sie der Meinung, dass Kritik für die Selbstkontrolle nützlich sein kann. Einen Kollegen gönnt man schon einmal eine negative Kritik, insbesondere wenn er es verdient hat“ (Gerhard1989,S.25 ).

Auch in meiner Untersuchung waren die Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Tatverdächtigen gegenüber der psychologischen Befragung sehr offen, sie interessierten sich für das Thema und unterstützten das Forschungsvorhaben, indem sie bereit waren, sich wissenschaftlich untersuchen zu lassen.

## 6.2 Untersuchungen in den USA

„Das amerikanische Verfahrensrecht ist mit dem deutschen Prozessrecht nicht vergleichbar.

Der Richter hat im amerikanischen Verfahrensrecht eine völlig andere Rolle als im deutschen Prozessrecht. Im Gegensatz zur richterlichen Unabhängigkeit in Deutschland, hat der amerikanische Richter die Funktion eines „Moderators“. Er führt die Verhandlung und entscheidet über die Zulässigkeit von Beweismitteln und belehrt die Mitglieder der *jury* über die Zulässigkeit der Beweismittel.

Aber er hat kein Stimmrecht und darf auch keinen Einfluss auf die Entscheidung der *jury* nehmen. Die Beratungen der *jury* finden ohne ihn statt. Allein durch die Belehrungen der *jury* und die Rechtfertigungen gegenüber der *jury* hat der amerikanische Richter indirekt Einwirkungsmöglichkeiten auf die Entscheidungsfindung“ (Vietmeyer, 2002 S.152).

### 6.2.1 Untersuchungen von Prozessbeteiligten

In den letzten 30 Jahren sind in den USA eine Reihe von Studien durchgeführt worden, in denen die Prozessbeteiligten zum Einfluss der Fernsehkameras auf ihr Verhalten befragt wurden (Gehring, 1998).

Nach einer Metaanalyse kommt Barber (1987, zitiert nach Vietmeyer, 2002, S.154) nach 19 Studien zu dem Ergebnis, dass die Verfahrensbeteiligten sich durch die Anwesenheit der Fernsehkamera nicht beeinflusst fühlten. Sie würden sich nicht anders verhalten als in Verfahren ohne Anwesenheit der Fernsehkamera. Es lässt sich aufgrund der Untersuchungsergebnisse kein Zusammenhang zwischen Fernsehöffentlichkeit und veränderten Verhalten der Verfahrensbeteiligten feststellen.

Kritisiert wurde, dass die Würde des Gerichts und die der Prozessbeteiligten sowie die Wahrheitsfindung dann negativ beeinträchtigt ist, wenn der Prozessverlauf durch die Fernsehberichterstattung einseitig und sensationelle übertrieben dargestellt wird (Gehring, 1998).

### 6.2.2 Die Einstellung von Richtern

In unterschiedlichen Fallstudien stellte Barber (1987) fest, dass die Mehrheit der Richter die Fernsehkamera kaum wahrnehmen oder sich durch deren Präsenz ermutigt fühlten, ihre eigene Rolle möglichst perfekt auszuüben. Die Richter vermuten, dass die anderen Prozessbeteiligten allein schon durch die Anwesenheit der Fernsehkamera in ihrem Verhalten beeinträchtigt werden (Cohn & Dow, 1998).

Es konnte nachgewiesen werden, dass sich die befragten Richter durch die Fernsehkamera kaum beeinflusst fühlten. Dennoch waren 50% der Richter der Meinung, dass Gerichtsverfahren nicht gefilmt werden sollten (Cohn & Dow, 1998). Folgende Gründe wurden genannt, die Fernsehberichterstattung abzulehnen: eine erhöhte Aufsichtspflicht,

überfüllte Gänge und ein zusätzlicher Zeitaufwand, sowie die erforderlichen Steuergelder für die Kosten der Fernsehübertragung und der erhöhte organisatorische Aufwand (Vietmeyer, 2002).

### 6.2.3 Die Einstellung von Anwälten, Geschworenen und Richtern

In einer Pilotstudie wurden 96 Richter in der Gerichtsverhandlung des Senders Court- TV untersucht, die vor der Fernsehkamera über 100 Gerichtsfälle behandelt haben. Davon antworteten 70 Richter, dass sie sich durch die Kamera nicht beeinflusst fühlten, wenn sie erst einmal zugesagt hatten (Cohn & Dow, 1998).

In einer anderen Untersuchung hat die Consulting Firma Short and Assoicate (1981) prozessbeteiligte Richter, Anwälte und Geschworene in 200 Gerichtsprozessen während der Fernsehberichterstattung in Hauptverhandlungen bis zur Urteilsverkündung beobachtet und danach befragt.

Die häufigsten Antworten der Prozessbeteiligten waren:

→75% der befragten Probanden nahmen die Anwesenheit der Fernsehkamera kaum oder gar nicht bewusst wahr,

→45 % sagten, sie waren nicht abgelenkt,

→90 % der Richter und Anwälte sagten, dass die Fernsehberichterstattung nicht die Würde des Gerichts beeinflusst,

→75% der Geschworenen sagten, dass die Kameras keinen negativen Effekt auf sie haben,

→25% der beteiligten Geschworenen sagten, dass die Kameraanwesenheit ihr Verhalten beeinflusst hätte, es konnte ein signifikanter Unterschied gegenüber den anderen Beteiligten festgestellt werden.

Huffman (1997, zitiert nach Cohn & Dow, 1998, S.62) ein ehemaliger Richter, unterstellt, „dass die Versuchspersonen, die an dieser Untersuchung teilgenommen haben, keine repräsentative Gruppe sind. Sie hätten keine unabhängige Meinung mehr dazu. Wenn sie zustimmen, fühlten sie sich nicht beeinflussbar.“

### 6.2.4 Die Einstellung von Angeklagten

Entner (1998) von der Universität in New York hat in Untersuchungen festgestellt, dass Verdächtige meist in unsympathischen Posen gefilmt werden. Sie werden negativ im Fernsehen dargestellt, um die Meinung der Zuschauer zu beeinflussen. In dieser Studie berichteten die Verdächtigen, dass sie durch die Fernsehübertragung vorverurteilt werden. Der Angeklagte Joel Steinberg wurde 1994 in New York gefilmt, weil er seine 6 jährige

Tochter ermordet habe. Steinberg (1994, zitiert nach Cohn & Dow, 1998 S.33) äusserte das es der Fernsehberichterstattung mehr um „Sensationalismus als um wirkliches Interesse“ gehe. Die Kameralleute fokussieren mit einer dichten Kameraführung, um Mimiken und Emotionen des Gesichtsausdrucks verfälscht zu übertragen. Die Ausschnitte werden so gewählt, dass sie ein negatives Image der Person vermitteln.“

#### 6.2.5. Die TV-Bilder des *O.J. Simpson- Prozesses*

Die Live-Übertragung der TV-Bilder des *O.J. Simpson- Prozesses* 1995, des prominenten Footballstars in den USA, der angeklagt wurde, seine Ehefrau und deren Begleiter getötet zu haben, wurde wie eine Theateraufführung inszeniert (Cohn & Dow, 1998, S.161).

Richter Ito “(1995, zitiert nach den Spiegel 1995, S.170) hat den Strafprozess „Simpson“ verloren. „Er hatte lange vorher geschwankt, ob er die TV-Sendung aus der laufenden Verhandlung zulassen sollte. Nach diesem Prozess kritisiert der Richter, dass die Fernsehberichterstattung aus diesem Verfahren eine Sintflut gemacht habe, die wohl keiner hätte bewältigen können. Auch ein Richter sollte nicht danach urteilen, ob ein großer Teil der Medien den Angeklagten für schuldig oder ihre Tat für unschuldig halten“

Der Gerichtsreporter Mauz (1995 ,zitiert nach den Spiegel 1995, S.170) resümierte über den Simpsonprozess:

„Der Prozess gegen Simpson war für die Fernsehjournalisten der Staaten dreimal wichtiger als jedes Nachrichtenereignis. Dem Prozess wurden mehr Minuten gewidmet als dem Krieg in Bosnien, den Unruhen in Haiti, dem Bombenanschlag von Oklahoma City zusammengekommen. Bleibt die Kamera im Saal, in der laufenden Verhandlung, ist die Institution *jury* nicht haltbar. Jeder Geschworene kehrt schließlich in sein soziales Umfeld zurück. Er muss bedenken, wie seine Umwelt ihn ansehen wird, wenn er an einem unbequemen Urteil mitgewirkt hat“. Niemand bewegt sich vor der laufenden Kamera unbefangen. Jeden plagt die Frage, wie er ankommt. Richter, Ankläger und Verteidiger arbeiten nicht, 'sie agieren'.“

Nach dem *Simpson Prozess* wurden in einer wissenschaftlichen Untersuchung in der Nähe Kaliforniens 600 Richter nach ihrer Meinung zur Fernsehübertragung in Gerichtssälen befragt. 55 % der Richter, die bereits Kameraerfahrungen hatten, lehnten Fernsehübertragungen ab (Litman, 1994). Seither wollen viele Richter die Fernsehberichterstattung aus dem Gerichtssaal ausschliessen, weil sich diese beeinflussend auf die Entscheidungsfindung auswirke.



## 6.2.6 Fernsehübertragung aus anderen Ländern

In Österreich und Großbritannien sind Foto- und Fernsehaufnahmen ausnahmslos verboten. In Italien, Kanada und Frankreich und den USA werden Fernsehübertragungen aus Gerichtsprozessen zugelassen. Dabei wurden die Fernsehkameras im Saal unauffällig installiert, um das Geschehen live zu übertragen (Source, 1998). Gerichtsprozesse wie z.B. gegen O.J. Simpson, William Kennedy oder Boris Becker erreichten in den USA hohe Einschaltquoten.

In Österreich werden die Fernseh – und Hörfunkaufnahmen in Gerichtsverhandlungen ausnahmslos verboten.

*In Italien* gibt es keine gesetzliche Regelung des Verbots. In der Praxis sind Aufzeichnungen und öffentliche Ausstrahlungen bedeutender Prozesse durch das Fernsehen üblich, die Entscheidung trägt das Gericht.

*In Kanada* entscheidet das Gericht, ob Fernsehübertragungen stattfinden.

*In Frankreich* wurden zuerst Fernsehübertragungen verboten. Im Jahr 1985 änderte das Parlament die Bildübertragung. Insbesondere beim Interesse historischer Archivierung erfolgen Ausnahmen des Rundfunkverbots (*Barbie Prozess*).

*In Großbritannien* sind Foto- und Fernsehaufnahmen ausnahmslos verboten. Genehmigung der Übertragung scheitern am Medienverbot.

*In den USA* ist die Fernsehöffentlichkeit in einigen Staaten zugelassen. Der Court TV erreichte hohe Einschaltquoten während des *Simpson Prozesses* 1995. Seither gilt der Fernsehsender Court-TV als treibende Kraft, um ein Senderecht auch in anderen Ländern zu erhalten. In Italien hat Court TV schon die Rechte erworben zu senden.

Der Sender versucht auch in den Philippinen, Russland, Süd Afrika und anderen Südamerikanischen Nationen zu übertragen.

Brill vom Court TV (1996, zitiert nach Cohn & Dow, 1998, S.133,134) fordert:

„Prozesse sollen öffentlich sein, das Fernsehen hilft dem Gericht, öffentlich zu sein.“  
Fernsehkameras sollten immer dabei sein, ausser bei der nationalen Sicherheit (Zeugenschutz etc.). In England und anderen europäischen Nationen wurde der Fernsehsender nicht zugelassen.

Zukünftig plant Brill vom Court TV die Übertragung von Gerichtsverhandlungen nach dem Vorbild des CNN global zu senden (Cohn & Dow, 1998).

### 6.3 Zielsetzung der vorliegenden Arbeit

In Deutschland fehlt es generell an empirischen Forschungsarbeiten über die Einstellungen von juristischen Verfahrensbeteiligten Richter, Staatsanwälte und Verteidiger und Angeklagten zur audiovisuellen Medienanwesenheit. Es existiert auch kein Testinstrument, welches die Einstellung der Prozessbeteiligten zu audiovisuellen Medien in Hauptverhandlungen misst. Deshalb wird speziell für die vorliegende Untersuchung ein Einstellungsfragebogen konstruiert.

Die Befragung der Prozessbeteiligten steht nicht im Zusammenhang einer konkreten Kameraerfahrung.

In den eingangs dargestellten Meinungen der gerichtserfahrenen Prozessbeteiligten über die Auswirkung der Fernsehberichterstattung auf die Prozessbeteiligten und den Verfahrensablauf bringen sie ihre Emotionen und ihre Verhaltensabsichten zum Einstellungsobjekt „audiovisuelle Medien“ zur Sprache. Dementsprechend sollen sich die Probanden während der Untersuchung vorstellen, wie sich die Anwesenheit der Fernsehkamera auf ihre Emotionen und Verhalten auswirken kann. Diese selbstbezogenen Kognitionen, Emotionen und Verhaltensintentionen lassen sich im Dreikomponentenansatz der Einstellung wiederfinden.

Wie sie sich vor einer laufenden Fernsehöffentlichkeit tatsächlich verhalten werden, lässt sich aufgrund des audiovisuellen Medienverbots nicht feststellen.

Aber es lässt sich mit Sicherheit sagen, dass jeder Verfahrensbeteiligte geprägt durch seine Verfahrensrolle eine Einstellung zur Anwesenheit der Fernsehkamera hat. Die wesentlichen Unterschiede in der Art und dem Ausmaß der Beeinflussung durch die Kamera können wohl darauf zurückgeführt werden, ob die jeweilige Person ‚gerichtserfahren‘ oder ‚gerichtsunerfahren‘ ist (Vietmeyer, 2002, S.91).

Da keine einschlägigen Forschungsbefunde zu diesem Thema verfügbar sind, soll die vorliegende Arbeit dazu beitragen, auf der Grundlage juristischer Fachliteratur die allgemein verbreitete Einstellung der gerichtserfahrenen Vertreter der Justiz und gerichtsunerfahrenen Angeklagten zur audiovisuellen Medienanwesenheit zu untersuchen. Dabei wird auf sozialpsychologische Erklärungsansätze, die zu einer Vertiefung des Verständnisses der Einstellung beitragen, zurückgegriffen.

Von Interesse ist ebenfalls, ob Persönlichkeitsmerkmale wie Extraversion, Gewissenhaftigkeit, Verträglichkeit, Offenheit für neue Erfahrungen und Neurotizismus die Einstellung der Prozessbeteiligten beeinflussen.

Da Tatopfer und Zeugen aus ethischen Gründen nicht befragt werden, werden die Prozessbeteiligten Vertreter der Justiz und die Angeklagten qualitativ befragt, welche Einstellung sie zum Tatopferschutz bei Anwesenheit des Fernsehens haben.

## 7 Methodisches Vorgehen

Die Untersuchung umfasst 160 Probanden, davon werden insgesamt 120 gerichtserfahrene Prozessbeteiligte Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und 40 gerichtsunerfahrene Angeklagte (inhaftierte Straftäter) zu ihrer Einstellung befragt. Zur Beantwortung der Forschungsfragen werden die Probanden in Einzel- und Gruppenuntersuchungen mit zwei Fragebogen getestet.

Wie eingangs erwähnt, werden keine Hypothesen über die Einstellungen der Prozessbeteiligten formuliert, da nicht vorhersehbar ist, welche Einstellung die Probanden während der tatsächlichen Anwesenheit der Fernsehberichterstattung haben werden und wie sich zu diesem Zeitpunkt verhalten werden. Das würde nur zu Vermutungen führen, die keine wissenschaftliche Beweiskraft versprechen.

In der Arbeit wird von einer übergeordneten Frage ausgegangen: Wie ist die Einstellung von Prozessbeteiligten zur Problematik gesetzlich zulässiger Fernsehaufnahmen während einer strafrechtlichen Hauptverhandlung?

Aus dieser Forschungsfrage lassen sich spezifische Fragen ableiten:

F1a: Gibt es Unterschiede zwischen der Einstellung gerichtserfahrener Richter, Staatsanwälte und Anwälte im Vergleich zur Einstellung gerichtsunerfahrener Angeklagter?

F1b: Ob und inwieweit bestehen korrelative Zusammenhänge zwischen Persönlichkeitsmerkmalen und Einstellung?

F1c: Welchen Stellenwert hat das Tatopfer während der Anwesenheit des Fernsehens in strafrechtlichen Hauptverhandlungen?

Diese Studie nähert sich den Fragestellungen in einer quantitativen und qualitativen Vorgehensweise. Die Nützlichkeit des quantitativen Vorgehens besteht darin, die Einstellung der Probanden zur gesetzlich zulässigen Fernsehübertragung empirisch zu überprüfen und zu interpretieren.

Bei der Untersuchung der qualitativen Befragung der Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Angeklagten zum Tatopferschutz geht es darum festzustellen, welche Einstellung die Gruppen haben. Außerdem wird überprüft, ob und inwieweit die Einstellung der unterschiedlichen Gruppen wie (Richter, Staatsanwälte, Verteidiger und Tatverdächtige) zum Opferschutz variieren.

## 7. Methoden der Datenauswertung

Mit Signifikanztests werden Häufigkeitsunterschiede geprüft. Univariate Verfahren wurden speziell zur Überprüfung signifikanter Mittelwertsunterschiede berechnet. Zur Überprüfung der Dimensionalität der Items wurde eine explorative Faktorenanalyse (Hauptkomponentenanalyse) mit anschließender Varimaxrotation durchgeführt. Lineare Zusammenhänge zwischen den Variablen wurden anhand von Korrelationen mit Spearman-Brown-Koeffizienten berechnet. Für die inhaltsanalytische Auswertung der offen gestellten Frage nach dem Schutz des Tatopfers in audiovisuellen Hauptverhandlungen wurde im Anschluss an die Durchführung ein Kategorienschema entwickelt und eine Reliabilitätsprüfung durchgeführt. Die Berechnungen erfolgten mit dem Programmpaket SPSS für Windows (Version 10.0) und dem Programm Atlas Ti.

### 7.1. Datenerhebung in Raum Niedersachsen und Hessen

Die Erhebung der Daten gerichterfahrener und richtungsunerfahrener Prozessbeteiligter erfolgte im Raum Niedersachsen und Hessen. Vor Beginn der Untersuchung waren die schriftlichen Genehmigungen vom Justizministerium Niedersachsens und des Ministeriums in Hessen sowie die Absprachen mit den Justizvollzugsleitern der Haftanstalten notwendig. Zur Überprüfung des Forschungsvorhabens „Justiz und Medien“ erhielt die Autorin nach einer längeren Wartezeit die ministeriellen Genehmigungen zur Untersuchung. Aufgrund der freundlichen Zusage der Ministerien, das Forschungsvorhaben ausführen zu können, erhielt die Untersucherin nach persönlichen Vorstellungsgesprächen bei den Landgerichten Braunschweig, Hildesheim, Hannover und Göttingen beziehungsweise von dem Leitenden Oberstaatsanwalt eine Liste mit den Namen der Strafrichter(Innen) und Staatsanwalt (Innen) ausgehändigt. Es wurden vornehmlich die Juristen aus den drei Berufsgruppen (Richter, Staatsanwälte, Anwälte) angesprochen, die sich mit dem Strafrecht befassen. Die Anwälte (Strafverteidiger) wurden in ihren Kanzleien befragt. Die anonyme Verarbeitung der erhobenen Daten wurde garantiert.

Während einige Juristen anfänglich ihre Kritik zur Befragung äusserten, waren sie kurze Zeit später bereit, an dem Testverfahren teilzunehmen. Alle Probanden zeigten sich offen gegenüber der Problematik der Themenstellung. Sie unterstützten das Forschungsvorhaben und waren interessiert, ihre Ansichten wissenschaftlich untersuchen zu lassen.<sup>3</sup>

---

<sup>3</sup> An dieser Stelle möchte ich allen Beteiligten in den oben genannten Einrichtungen herzlich für ihr Engagement und ihre Mitarbeit danken.

Die Anstaltsleitungen in den fünf Vollzugsanstalten Schwalmstadt, Butzbach, Vechta, Celle und Wolfenbüttel wurden ebenso schriftlich über das Forschungsvorhaben informiert. Nach einer längeren Zeit der Prüfung durch die zuständigen Strafanstalten (Schwalmstadt, Butzbach, Vechta, Wolfenbüttel und Celle), in der die Sicherheit (auch meine) und die individuellen Befindlichkeiten der Testpersonen (Straftäter) vorrangig berücksichtigt wurden, erhielt ich die Erlaubnis, die Probanden zu untersuchen.

Die zuständigen Anstaltspsychologen in den verschiedenen Justizvollzugsanstalten vereinbarten mittels Aushänge mit interessierten Inhaftierten vorgegebene Untersuchungstermine. Die Probanden, die ehemals vor einem Strafgericht verurteilt wurden, erteilten ihr schriftliches Einverständnis für die Untersuchung. Die Teilnahme an der Befragung erfolgte auf freiwilliger Basis. Das wissenschaftliche Vorgehen richtet sich nach strengen datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

Als Einschlusskriterium in die Aufnahme der Stichprobe wurden deutsche Sprachkenntnisse zum Verständnis der Fragestellung vorausgesetzt. Die Teilnehmer waren sehr motiviert, ihre Einstellung zu dem relevanten Thema zu äussern und bedankten sich bei der Untersucherin, dass auch ihre Meinung in der Studie berücksichtigt wurde. Im folgenden soll die Datenerhebung der vorliegenden Stichprobe vorgestellt werden.

#### 7.1.1 Einschränkung der Untersuchung

Die von mir eingangs angestrebte Untersuchung von 40 Schöffen wurde seitens des Justizministeriums aus rechtlichen Gründen des Datenschutzes an eine postalische Befragung geknüpft. Die empirische Untersuchung setzte die Anwesenheit der Untersucherin voraus, um eventuelle Probleme und Rückfragen der Probanden zu den Testfragen klären zu können. Während der postalischen Befragung besteht nicht die Möglichkeit, auf eventuelle Fragen zu antworten, deshalb habe ich auf diese Untersuchungsform verzichtet. Dieses ist als eine Einschränkung meiner Untersuchung zu werten.

#### 7.1.2 Die Beschreibung der Stichprobe

Um zu statistisch abgesicherten Daten zu gelangen, wurde anfänglich eine ausreichende Stichprobe von ( $N \approx 200$ ) angestrebt. An der Studie nahmen insgesamt 160 Prozessbeteiligte im Raum Niedersachsen und Hessen teil. Die Gesamtzahl der drei Berufsgruppen (Staatsanwälte, Richter, Verteidiger) setzt sich aus 120 Versuchspersonen ( $V_{pn}$ ), pro Gruppe 40 ( $V_p$ ), zusammen.

Das mittlere Lebensalter der befragten RichterInnen lag zum Zeitpunkt der Untersuchung bei 44,6 Jahre ( $SD \pm 9.1$ ). Die befragten StaatsanwältInnen waren im Mittel 45,3 ( $SD \pm 16,8$ ) Jahre alt. Die AnwältInnen waren im Mittel 41,4 Jahre ( $SD \pm 7,8$ ) Jahre alt. Die 40 inhaftierten Prozessbeteiligten waren zum Zeitpunkt der Untersuchung August bis Oktober 2002 im mittleren Durchschnitt 39,4 Jahre alt ( $SD \pm 7.4$ ).

Im Rahmen der Gesamtstichprobe der vorliegenden Studie liegt die Mehrheit bei 76 % der Männer und 24% der Frauen. Über 77,5 % sind Richter und 22,5% Richterinnen, 62,5 % sind Staatsanwälte und 37,5% Staatsanwältinnen, 90% sind Anwälte und 10 % Anwältinnen sowie 75% männliche Prozessbeteiligte und 25% weibliche Prozessbeteiligte.

Die aktualisierten Daten des statistischen Jahrbuchs 2004 belegen, dass der männliche Anteil der professionellen Prozessbeteiligten deutlich höher ist:

In der BRD sind derzeit insgesamt 20901 RichterInnen tätig, davon 6291 Richterinnen. Der statistische Anteil der Staatsanwälte liegt bei insgesamt 5150, davon 1699 Frauen. Derzeit sind in der BRD 113055 Rechtsanwälte tätig, davon 31846 Frauen.

Neben der Erhebung der Alterangaben und dem Geschlecht wurden keine weiteren personenbezogenen Daten erfragt. Da es sich bei dem Klientel der Inhaftierten um eine Gruppe mit hoher Problembelastung handelt, wurden private Informationen aus dieser Studie ausgeschlossen. Geschlechtsspezifische Unterschiede zwischen den Gruppen sind nicht Gegenstand dieser Arbeit, weil der Anteil der Frauen in dieser Untersuchung zu gering ist, um die Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Probanden zu vergleichen.

Um eine standardisierte Durchführung der Testsituation zu gewährleisten, wurden alle Probanden (Pb) vor der Untersuchung von der Versuchsleiterin instruiert und erhielten dasselbe Testmaterial.

## 7.2 Der Einstellungsfragebogen

Da kein adäquates standardisiertes Messinstrument zur Erfassung der Einstellung der Prozessbeteiligten zum Einstellungsobjekt audiovisuelle Medien in strafrechtlichen Hauptverhandlungen existiert, wurden zur Messung der Einstellungsfragebogen (EFB) speziell für die vorliegende Studie konstruiert.

Die Konstruktion des Fragebogens erfolgte nach den Kriterien der klassischen Testtheorie. Die Items des Fragebogens wurden aus der juristischen Literatur und aus Gesprächen mit

Experten entwickelt. Nach einem Probelauf mit 40 Juristen wurden Items auf der Basis der Trennschärfekoeffizienten in der Reliabilitätsanalyse selektiert (vgl. Bühl & Zöfel, 1998). Auf Items mit doppelter Verneinung wird verzichtet. Anschliessend erfolgte eine vereinfachte Formulierung der Einstellungsfragen, um Verständnisschwierigkeiten z.B. bei deutschsprachigen Aussiedlern zu vermeiden. Allen Probanden wurden unabhängig von dem Bildungsgrad dieselben Fragen gestellt.

Der grundlegende Itempool wurde aus ökonomischen Gründen gekürzt, um die zu befragenden 120 Experten (Juristen) in ihrer Zeit nicht mehr als notwendig zu beanspruchen. In dem Einstellungsfragebogen der 36 Fragen beinhaltet, sind aufgeführt: soziodemografische Fragen nach Geschlecht, Alter, Beruf, Fragen zur Erfahrung mit der Fernsehkamera ,zur heutigen Presseberichterstattung und eine Frage zum Schutz des Tatopfers während der Anwesenheit der Fernsehberichterstattung.

### 7. 2.1 Die Dimensionen des Fragebogens

Gibt es Unterschiede in der Einstellung zwischen den Gruppen der Prozessbeteiligten zur Anwesenheit der Fernsehkameras in strafrechtlichen Hauptverhandlung?

Zur Beantwortung der Frage wurden zunächst einzelne Skalen gebildet. Bei der Auswahl der Skalen kamen folgende Überlegungen zum Tragen: aus der Fülle theoretischer und empirischer Forschungen zur Einstellung wurden die Skalen nach dem Dreikomponentenansatz der Einstellung (Meinung, Gefühl, Verhalten) gewählt, die in erster Linie kognitive und emotionale Prozesse und Verhaltenstendenzen in sozialen Situationen beinhalten.

Die Messung der Einstellung bezieht sich im Wesentlichen auf diese drei: Im ersten Teil des Fragebogens wird die Meinung, im zweiten Teil das Gefühl, im dritten Teil das Verhalten untersucht. In den Antwortskalen wird über die Einstellungselemente (kognitiv, affektiv, konativ) immer nach dem Thema „der Fernsehanwesenheit in Gerichtssälen“ gefragt. Jede Skala besteht aus zwölf Items (Fragen). Die Skalen des Fragebogens werden im folgenden aufgeführt:

- Skala „Meinung“ soll den kognitiven Bewertungsprozess während der Anwesenheit der Fernsehberichterstattung in Hauptverhandlungen erfassen.

- Skala „Gefühl“ soll Emotionen während der Anwesenheit der Fernsehberichterstattung in Hauptverhandlungen erfassen.
- Skala „Verhalten“ soll mögliche Verhaltenabsichten während der Anwesenheit der Fernsehberichterstattung in Hauptverhandlungen erfassen.

Der Einstellungsfragebogen bietet den Teilnehmern differenzierte Antwortmöglichkeiten.

Die antwortende Person hat die Möglichkeit, ihre Einstellung auf einer Fünf- Punkte- Skala von 0 bis 4 anzukreuzen. Der Anspruch dieser Befragung liegt darin, einseitig dichotome (ja oder nein) kodierte Antwortmöglichkeiten zu vermeiden. Die Antwortkategorien sind folgenden Zahlenwerten zugeordnet:

0= starke Ablehnung, ich stimme der Aussage auf keinen Fall zu

1= Ablehnung, ich finde die Aussage unzutreffend

2=neutral, die Aussage ist weder zutreffend noch unzutreffend

3= Zustimmung, die Aussage halte ich für zutreffend

4= starke Zustimmung, die Aussage ist völlig zutreffend

Den Probanden wird mit der Skalierung Nr. 2 eine neutrale Bewertungsmöglichkeit der Fragestellung geboten. In der Testantwort können die Personen unentschiedene Einstellungen zur Fragestellung ausdrücken. Nachteilig kann sich jedoch eine erhöhte Anzahl neutraler Bewertung auf die Interpretationsmöglichkeiten im Ergebnisteil auswirken.

## 7.2.2 Messgütekriterien des Einstellungsfragebogens

Zur Datengewinnung wird die Fragebogenerhebung gewählt. Die Vorteile dieser Erhebungsmethode liegen in der Standardisierung sowie Nachvollziehbarkeit und Ökonomie bzgl. der Durchführung und Auswertung.

Die Qualität eines Fragebogens lässt sich in drei zentralen Kriterien der Testgüte festmachen: der Objektivität, Reliabilität und Validität (Lienert, 1969; Lienert & Raatz, 1994). In der Erhebung der quantitativen Daten wurde eine grösstmögliche Durchführungs-, Auswertungs – und Interpretationsobjektivität angestrebt.

Die Durchführungsobjektivität des Einstellungsfragebogens ist durch eine festgelegte Instruktion sowie anonyme Befragungen und der neutralen Formulierung der Items im hohen Masse gegeben. Die Erhebung der Daten ist durch eine durchgängige einheitliche Antwortskalierung gewährleistet.



So erhält der Fragebogen eine hohe Auswertungsobjektivität. Die Messung der Reliabilität stellt den Grad der Zuverlässigkeit des Testsverfahrens dar (vgl.Tab.2).

Die Validität gilt als wichtigstes Gütekriterium d.h, sie gibt die Genauigkeit an, mit der ein Fragebogen erfasst, was erfassen soll (Fisseni, 1997).

Die verwendeten Daten lassen sich nicht im Sinne einer Übereinstimmungsvalidität mit einem anderen Testverfahren interpretieren, d.h es gibt derzeit kein validierendes Instrument, welches Bezugspunkte zur Fragestellung misst.

Die Skalen des Einstellungsfragebogens wurden zur Einschätzung der Konstruktvalidität des Einstellungsfragebogens einer Faktorenanalyse (FA) nach der Hauptachsenmethode mit anschliessender Varimax- Rotation unterzogen (vgl.Tab.1).

### 7.3 Faktorielle Struktur

In die Berechnungen der FA gingen die Daten der Gesamtstichprobe von Prozessbeteiligten (N= 160) ein. Neben der Bestimmung einer optimalen Faktorenanzahl (Scree-Test) als Entscheidungskriterium sowie die Höhe des Eigenwertes  $>1.0$  und dem erklärten Varianzanteil  $> 5.0$  kann die FA als ein hoch interpretatives Verfahren verstanden werden. Die Subjektivität der Interpretation ist dadurch begründet, dass viele faktorenanalytische Lösungen aus mathematischer Sicht gleichwertig sind, entsprechend viele Interpretationen stehen gleichberechtigt nebeneinander, ohne dass objektive Entscheidungskriterien bestimmte Lösungen favorisieren (Bortz, 1995).

In der vorliegenden Arbeit sollen Einstellungsunterschiede zwischen den Gruppen mit Hilfe von drei Faktoren ihrer Meinung, ihrem Gefühl und ihren Verhaltensabsichten zum Einstellungsobjekt audiovisuelle Medien erfasst werden. Einstellungen werden in der Auseinandersetzung mit der Umwelt durch Erfahrungen erworben, sie sind zwar relativ änderungsresistent, können jedoch im Laufe eines Lebens revidiert werden. Die Erfahrungen mit der Umwelt beeinflussen nicht nur das Verhalten, sondern haben auch Auswirkungen auf kognitive und affektive Einstellungskomponenten. Kennzeichnend für diese Einstellungskomponenten ist, dass sie auf rationalen Meinungen (kognitiv) oder auf Bewertungen von Gefühlen (affektiv) beruhen.

In den eingangs erwähnten Argumenten der Vertreter der Justiz zu dem Einstellungsobjekt audiovisuelle Medien werden affektive, kognitive und konative Einstellungskomponenten deutlich. Die Fragen (Items) des Einstellungsfragebogens wurden deshalb so formuliert, dass sich die drei Bereiche (Meinung, Gefühl und Verhalten) repräsentieren lassen: z.B. ich bin der Meinung, dass Fernsehkameras in Hauptverhandlungen die Privat-und Itimsphäre

stark beeinträchtigen, ich habe das Gefühl, dass Fernsehkameras in Hauptverhandlungen für mich neue Erfahrungen bringen, ich werde versuchen, mein Verhalten während der Anwesenheit der Fernsehberichterstattung anzupassen.

Die Skalen Meinung, Gefühl und Verhalten liessen sich faktorenanalytisch nach der Hauptkomponentenanalyse (Varimax-Methode) nicht nachweisen. Dieses Ergebnis steht im Widerspruch zu den inhaltlichen Anforderungen des Fragebogens.

In Abhängigkeit formaler Kriterien wie Eigenwerteverlauf, Anteil erklärter Varianz, Extraktion der Faktoren sowie inhaltlichen Überlegungen erfolgte eine neue Skalenzuordnungen der Items auf der Grundlage der Ladungshöhe.

**Faktor 1** erfasst selbstaufmerksames Verhalten von Prozessbeteiligten während der Anwesenheit audiovisuellen Anwesenheit der Medien.

**Faktor 2** zeigt positive Erwartungshaltungen aus der Sichtweise der Prozessbeteiligten zur Anwesenheit audiovisuelle Medien in Gerichtssälen.

**Faktor 3** deutet auf negative Erwartungshaltungen der Prozessbeteiligten zur Anwesenheit der Fernsehkamera hin.

In der folgenden Tabelle 1 sind die veränderten Skalenzuordnungen und die drei extrahierten Faktoren mit Iteminhalten und den entsprechenden Ladungskoeffizienten aufgeführt.

**Tab.1 Ergebnisse der Faktorenanalyse mit Iteminhalten und Ladungen der Items**

<b>Selbstaufmerksamkeit</b>	<b>Sk. 1</b>	<b>Sk. 2</b>	<b>Sk. 3</b>
habe ich das Gefühl ,dass mich die Anwesenheit der Fernsehkamera belastet	.72		
wird meine spontane Äusserungsbereitschaft eingeschränkt	.72		
mein Verhalten wird beeinflusst	.71		
Ich habe das Gefühl, dass Fernsehkameras mich einschüchtern	.71		
meine Konzentrationsfähigkeit gehemmt wird	.69		
meine Mimik sich vor einer Fernsehkamera verändert	.68		
meine Aufmerksamkeit erhöhen	.66		
werde ich mein Auftreten vorbereiten	.61		
werde ich gegen meinen Willen in der Öffentlichkeit blossgestellt	.60		
werde ich versuchen, mein Verhalten anzupassen	.60		
werde ich versuchen, einen guten Eindruck zu hinterlassen	.59		
habe ich das Gefühl, dass die Fernsehkamera auf mich Macht ausübt	.59		
habe ich das Gefühl, dass meine Misserfolge verstärkt werden	.58		
werde ich auf meine Sprache achten	.56		
werde ich sorgfältig auf mein Äusseres achten	.53		
wäre mir bewusst, dass ich von einem Massenpublikum beobachtet werde	.48		
ich habe das Gefühl, dass meine privaten Äusserungen aufgezeichnet werden	.47		
<b>Positive Erwartungshaltung</b>		<b>Sk. 2</b>	
Fernsehkameras motivieren mich ,mich klar und deutlich auszudrücken		.68	
Vorurteile über Gerichtsprozesse können abgebaut werden		.64	
die Urteilsverkündung filmen sollten		.63	
für mich persönlich vorteilhaft sind		.62	
meine Interessen öffentlich vertreten		.61	
meine Aufmerksamkeit erhöhen		.58	
für mich neue Erfahrungen bringen		.50	
die heutige Gerichtsberichterstattung erweitern		.50	
technisch unauffällig positioniert werden		.47	
durch positive Berichterstattung zur Resozialisierung beitragen können		.47	
meine Vorzüge in den Vordergrund stellen		.45	
habe ich keine Probleme, vor der Kamera zu sprechen		.45	
<b>Negative Erwartungshaltung</b>			<b>Sk. 3</b>
ich bin der Meinung , dass die Privat-und Itimsphäre beeinträchtigt werden könnte			.77
zu einer Inszenierung der Gerichtsverhandlung führen können			.70
zur Vorverurteilung beitragen können			.63
vorwiegend der Unterhaltung dienen			.61
durch Schnittechniken die Realität verfälschen			.60
Fernsehkameras in Hauptverhandlung gefährden die Wahrheitsfindung			.55
nur mit Einwilligung aller Prozessbeteiligten			.31

Insgesamt sprechen die Ergebnisse der Faktorenanalyse für eine gute Konstruktvalidität. (ca.49% erklärte Varianz).

### 7. 3.1 Die Reliabilität

In größer angelegten Untersuchungen ist zusätzlich zur Objektivität auch die Reliabilität der Erhebungsinstrumente zu überprüfen. Dieses Kriterium erfasst den Grad bzw. die Zuverlässigkeit der erhobenen Daten (vgl. Bortz, 2005).

Zuvor wurden negativ formulierte Items, bei denen die Zustimmung einer negativen Einstellung zum Einstellungsobjekt (audiovisuelle Medien) bedeutet, umgepolt.

Die gegengesinnten Items wurden modifiziert, damit alle Items in die gleiche Richtung streben.

Zur Reliabilitätsanalyse wird in der vorliegenden Untersuchung die Berechnung der internen Konsistenz nach Cronbach gewählt, wobei der  $\alpha$ - Koeffizient die interne Konsistenz der Skalen des Fragebogens angibt.

In der folgenden Tabelle 2 werden die Reliabilitätskoeffizienten der einzelnen Skalen aufgeführt, die aus der Faktorenanalyse siehe Tabelle 1 berechnet wurden.

**Tab.2 Reliabilitätskoeffizienten der Dimension des Fragebogens nach cronbach's alpha**

Items des Einstellungsfragebogens	MW	SD	r <sub>itc</sub>	α= corr
<b>Selbstaufmerksamkeit cronbachs's α = .89</b>				
die Anwesenheit der Fernsehkamera belastet mich	2.06	1.13	.63	.89
wird meine spontane Äusserungsbereitschaft eingeschränkt	1.83	1.18	.65	.88
mein Verhalten wird beeinflusst	1.69	1.06	.66	.88
Ich habe das Gefühl das Fernsehkameras mich einschüchtern	2.29	1.06	.60	.89
meine Konzentrationsfähigkeit gehemmt wird	1.82	1.11	.62	.88
meine Mimik sich vor einer Fernsehkamera verändert	2.07	0.97	.61	.89
meine Aufmerksamkeit darauf richten	2.09	0.97	.60	.89
werde ich mein Auftreten vorbereiten	1.56	0.99	.50	.89
werde ich gegen meinen Willen in der Öffentlichkeit blossgestellt	1.98	1.11	.55	.89
werde ich versuchen, mein Verhalten anzupassen	2.28	1.02	.55	.89
werde ich versuchen, einen guten Eindruck zu hinterlassen	1.50	0.90	.54	.89
habe ich das Gefühl das die Fernsehkamera auf mich Macht ausübt	2.11	1.14	.55	.89
habe ich das Gefühl, das meine Misserfolge verstärkt werden	2.25	1.01	.54	.89
werde ich auf meine Sprache achten	1.45	0.91	.50	.89
werde ich sorgfältig auf mein Äusseres achten	1.58	0.94	.51	.88
ist mir bewusst von einem Massenpublikum beobachtet zu werden	1.13	0.87	.44	.88
meine privaten Äusserungen werden aufgezeichnet	1.81	1.16	.46	.89
<b>Positive Erwartungshaltung cronbachs's α = .81</b>				
Fernsehkameras motivieren mich ,mich klar und deutlich auszudrücken	2.00	1.09	.55	.76
Vorurteile über Gerichtsprozesse können abgebaut werden	2.00	1.07	.60	.75
die Urteilsverkündung filmen sollten	2.50	1.28	.58	.75
für mich persönlich vorteilhaft sind	2.64	1.13	.47	.77
meine Interessen öffentlich vertreten	2.57	1.11	.46	.77
meine Aufmerksamkeit erhöhen	2.16	1.02	.42	.77
für mich neue Erfahrungen bringen	1.89	1.04	.45	.77
die heutige Gerichtsberichterstattung erweitern	2.21	1.37	.37	.78
technisch unauffällig positioniert werden	1.89	1.38	.44	.77
durch positive Berichterstattung zur Resozialisierung beitragen können	2.44	1.07	.31	.78
meine Vorzüge in den Vordergrund stellen	2.45	0.84	.44	.77
<b>Negative Erwartungshaltung cronbachs's α = .75</b>				
die Privat-und Itimsphäre wird beeinträchtigt	0.78	1.09	.68	.83
zu einer Inszenierung der Gerichtsverhandlung führen können	0.79	0.95	.64	.83
zur Vorverurteilung beitragen können	1.08	1.13	.46	.84
vorwiegend der Unterhaltung dienen	1.14	1.18	.53	.84
durch Schnittechniken die Realität verfälschen	1.00	1.10	.47	.84
Fernsehkameras in Hauptverhandlung gefährden die Wahrheitsfindung	1.28	1.11	.51	.84

Anmerkungen: M=Itemmittelwert,SD=Itemstandardabweichung, r<sub>itc</sub>= korrigierte Iteminterkorrelation, α= corr = Cronbachs α bei Löschung des Items.

Um zu überprüfen, wie gut ein einzelnes Item den Gesamtwert einer Skala abbildet, wurde die korrigierte Trennschärfe (korrigierte Item-Totalkorrelation) berechnet. Alle drei Skalen weisen Items gute Trennschärfe ( $>.3$ ) auf. Die Item-Skalen-Korrelationen (Trennschärfe) der Skalen 1 bis 3 bewegen sich zwischen  $.31 \geq r. \leq .66$ , liegen im akzeptablen Bereich (Fisseni, 1997).

Der Konsistenzkoeffizient der Skala Selbstaufmerksamkeit (cronbach) beträgt  $\alpha=.89$ , der Skala (Positive Erwartungshaltung) beträgt  $\alpha=.81$  und der Skala (Negative Erwartungshaltung) beträgt  $\alpha=.75$ . Die Reliabilitätskoeffizienten zwischen  $\alpha=.89$  und  $\alpha=.81$   $\alpha=.75$  sind als sehr zufriedenstellend zu beurteilen

#### 7.4 Das Fünf- Faktoren- Modell der Persönlichkeit

Um valide Aussagen über Persönlichkeitseigenschaften der befragten Gruppen der Richter, Staatsanwälte, Anwälte und der Gruppe der Angeklagten zu erhalten, sollen individuelle Persönlichkeitsmerkmale erhoben werden und Zusammenhänge zur Einstellung der Befragten hergestellt werden. Die Datensammlung erfolgt über das standardisierte Persönlichkeitsinventar NEO- FFI, das mit einer geringen Anzahl von Faktoren eine differenzierte Beschreibung der Persönlichkeit erlaubt (Amelang, 1997). Das Testinstrument wurde von Costa und Mc.Crae (1989) entwickelt und von Borkenau & Ostendorf (1991) ins Deutsche übersetzt.

Der NEO-FFI erfasst die grundlegenden Persönlichkeitsmerkmale Extraversion, Neurotizismus, Verträglichkeit, Gewissenhaftigkeit, Offenheit für neue Erfahrungen. In einer Vielzahl faktorenanalytischer Studien konnten die fünf Faktoren als weitgehend replizierbar, unabhängig von den Probandenstichproben, nachgewiesen werden. Die fünf Merkmalsbereiche (Big Five) repräsentieren individuelle Persönlichkeitsmerkmale auf einem hohen Abstraktionsniveau:

I Extraversion: Personen sind aktiv, gesprächig, sozial, herzlich und optimistisch. Sie zeigen sich kontaktfreudig in Gruppen und auf gesellschaftlichen Versammlungen. Die Typisierung einer introvertierten Person fällt schwerer, da Introversion als Gegensatz zu Extroversion angesehen werden wird (vgl. Borkenau & Ostendorf, 1993). Introvertierte sind eher zurückhaltend, reserviert, scheu und zurückgezogen.

II Verträglichkeit: Personen mit hohen Punktwerten auf dieser Skala sind altruistisch. Sie sind kooperativ und hilfsbereit im Umgang mit anderen Personen. Bei niedrigen Punktwerten sind Personen antagonistisch, egozentrisch und misstrauisch gegenüber anderen Personen.

Sie verhalten sich eher kompetitiv als kooperativ. Die verträgliche Seite scheint in sozialen Situationen wünschenswert (Borkenau & Ostendorf, 1993).

III Gewissenhaftigkeit: Neben dem Konzept der Impulskontrolle in verschiedenen Persönlichkeitstheorien wird im NEO FFI eine zweite Art der Selbstkontrolle, der aktive Prozess der Planung, Organisation und Durchführung von Aufgaben beschrieben. Personen die hohe Punktwerte erreichen, werden als ordentlich, zuverlässig, diszipliniert, ehrgeizig, pünktlich beschrieben. Bei einer negativen Ladung: sorglos, unordentlich, leichtsinnig, unverantwortlich, unzuverlässig, vergesslich.

IV Emotionale Stabilität vs. Neurotizismus: Die Skala erfasst individuelle Unterschiede der Personen in ihrer emotionalen Stabilität und der emotionalen Labilität. Hohe Punktwerte bedeuteten, dass die Personen negative Gefühle wie Nervösität, Angst, Traurigkeit, Unsicherheit, Irritierbarkeit und nervöse Anspannung erleben. Sie sind unfähig, ihre Bedürfnisse zu kontrollieren und auf Stressreaktionen angemessen zu reagieren. Gegenteilig erleben sich emotional stabile Menschen als ausgeglichen und lassen sich nicht so leicht aus der Ruhe bringen.

V Offenheit für neue Erfahrungen: Die Skala beschreibt bei hohen Punktwerten, dass Personen wissbegierig, kreativ, phantasievoll und unabhängig in ihrem Urteil sind, sie bevorzugen Abwechslung. Personen mit niedrigen Punktwerten neigen zur konservativen Einstellung. Sie sind einseitig interessiert, ziehen deshalb Bekanntes und Bewährtes dem Neuen vor und sind in ihren emotionalen Reaktionen eher gedämpft (Borkenau & Ostendorf, 1993).

Die Durchführungs- und Auswertungsobjektivität ist durch eine standardisierte Instruktion und eine standardisierte Auswertungsschablone sowie klare Richtlinien gegeben. Alle Probanden erhielten die gleiche Instruktion vom NEO-FFI, die von der Versuchleiterin mündlich erläutert wurde. Die Durchführungszeit ist relativ kurz (ca. 15 Minuten).

Die Probanden können die insgesamt 60 Testfragen mit jeweils 12 Fragen pro Merkmalsbereich auf einer fünffach abgestuften Skala von 1 starker Ablehnung über 2 Ablehnung, 3 neutral, 4 Zustimmung bis 5 starker Zustimmung beantworten.

Als zeitökonomisches Verfahren bietet es vor allem die Möglichkeit, die Juristen in ihrer Zeit nicht mehr als notwendig zu beanspruchen.

Die  $\alpha$ -Koeffizienten für „Neurotizismus“, „Extraversion“ und „Gewissenhaftigkeit“ liegen bei über .80, diejenigen für „Offenheit“ und „Verträglichkeit“ liegen um die .70 und damit auf

vergleichbaren Niveau wie das FPI und über den mittleren Konsistenzen des 16PF (Amelang, 1997). Die Zuverlässigkeit der Skalen liegt im zufriedenstellenden Bereich.

Ausgehend von der faktoriellen Struktur liegen die Grenzen einerseits darin, dass die Ergebnisse der Faktorenanalysen von Variablenstichproben abhängig sind. Andererseits ist das Problem der adäquaten Interpretation einiger Faktoren noch nicht vollständig geklärt.

Die Interpretationsobjektivität der vorliegenden Untersuchung ist durch die Erfassung der spezifischer Konstrukte und ihre Bewertung von Gruppenunterschieden gegeben. Im Antwortverhalten der Probanden kann tendenziell das Problem der sozialen Erwünschtheit auftreten.



## 7.5 Die qualitative Auswertung (Opferschutz)

„Das Strafverfahren ist notwendigerweise täterorientiert: Das Ziel des Strafprozesses ist es, die Wahrheit hinsichtlich der Straftat zu ermitteln und den schuldigen Täter der Strafe zuzuführen. Lange Zeit ist dabei das Opfer der Tat aus dem Blickfeld geraten.

Es wurde übersehen, dass eine Straftat vielfach einen tiefen Einschnitt in das Leben des Opfers bedeutet“ (Goll 1998, zitiert nach DRiZ 1998 S. 14).

Auch die Anwesenheit des Fernsehens in Strafverfahren kann Auswirkungen auf die prozessbeteiligten Opfer haben, deshalb werden die 160 Probanden im Einstellungstest nach dem „Schutz des Tatopfer während der Fernsehberichterstattung in der Hauptverhandlung“ inhaltsanalytisch befragt. Sie haben die Möglichkeit die offene Frage anhand vorgegebener Textfelder vielfältig zu beantworten.

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring (2000b) ist ein gängiges Verfahren zur systematischen Analyse und Kategorisierung offener Antworten. Mit der Analyse von Textinhalten kann eine transparente, objektive und regelgeleitete Auswertung gewährleistet werden. Das Prinzip der qualitativen Inhaltsanalyse beinhaltet folgende Grundgedanken:

»Einordnung in ein Kommunikationsmodell: In der Analyse soll das Ziel festgelegt werden. Das Ziel der vorliegenden Studie ist es die Einstellung der Probanden zum „Tatopferschutz“ inhaltlich zu untersuchen. Die Antworten der unterschiedlichen Probandengruppen werden nach ihrem inhaltsgleichem Textmaterial miteinander verglichen.

»Regelgeleitetheit: Das Datenmaterial wird in Analyseeinheiten zerlegt und schrittweise bearbeitet. Die erste Zerlegung ist durch die einzelnen Antworten der Probanden gegeben.

»Kategorienbildung: Die einzelnen Analyseeinheiten werden vorgegebenen Kategorien zugeordnet. Die Kategorien müssen inhaltlich genau begründet werden und während der Auswertung ständig überprüft werden.

»Gütekriterien: Das Verfahren soll für andere nachvollziehbar sein. Die Interkoderreliabilität steht für Verlässlichkeit mit der die offenen Aussagen den Kategorien zugewiesen werden.

Für die Auswertung der Kategorien wurde das computergestützte textanalytische Programm Atlas-ti verwendet.

### 7.5.1 Die Kategorienentwicklung

In jeder Untersuchung sollte geklärt werden, ob es sich um eine *deduktive* oder *induktive* Herangehensweise zur Kategorienentwicklung handelt. Die *deduktive* Herangehensweise geht von vorhandenen Theorien und ableitbaren Hypothesen aus, die auf das Material angewendet werden (Merten, 1983). Die theoretische Klassifikation des Materials ist eine Top-Down-Strategie. Die *induktive* Herangehensweise geht nicht von einer expliziten oder impliziten Theorie aus, sondern die Kategorien werden aus dem Material heraus entwickelt und schließlich in einen theoretischen Zusammenhang eingeordnet (Mayring, 2000a).

Diese Bottom-Up- Methode ermöglicht es, neue Hypothesen zu generieren und Theorien zu entwickeln, die nicht nur etabliertes Wissen beinhalten. Die induktive Methode ist für den wissenschaftlichen Fortschritt notwendig, „weil Zusammenhänge zwischen Empirie und Theorie immer wieder neu hergestellt werden“ (vgl. Watzlawik, 2003 ,S.67).

In dieser Studie wurde das Textmaterial induktiv kategorisiert. Die Einstellung von Prozessbeteiligten soll möglichst authentisch widergegeben werden. Die Ergebnisse werden in Kap.8 und Kap.9 dargestellt.

In der folgenden Abbildung 2 ist das Ablaufmodell induktiver Kategorienbildung nach Mayring (2000b) dargestellt.

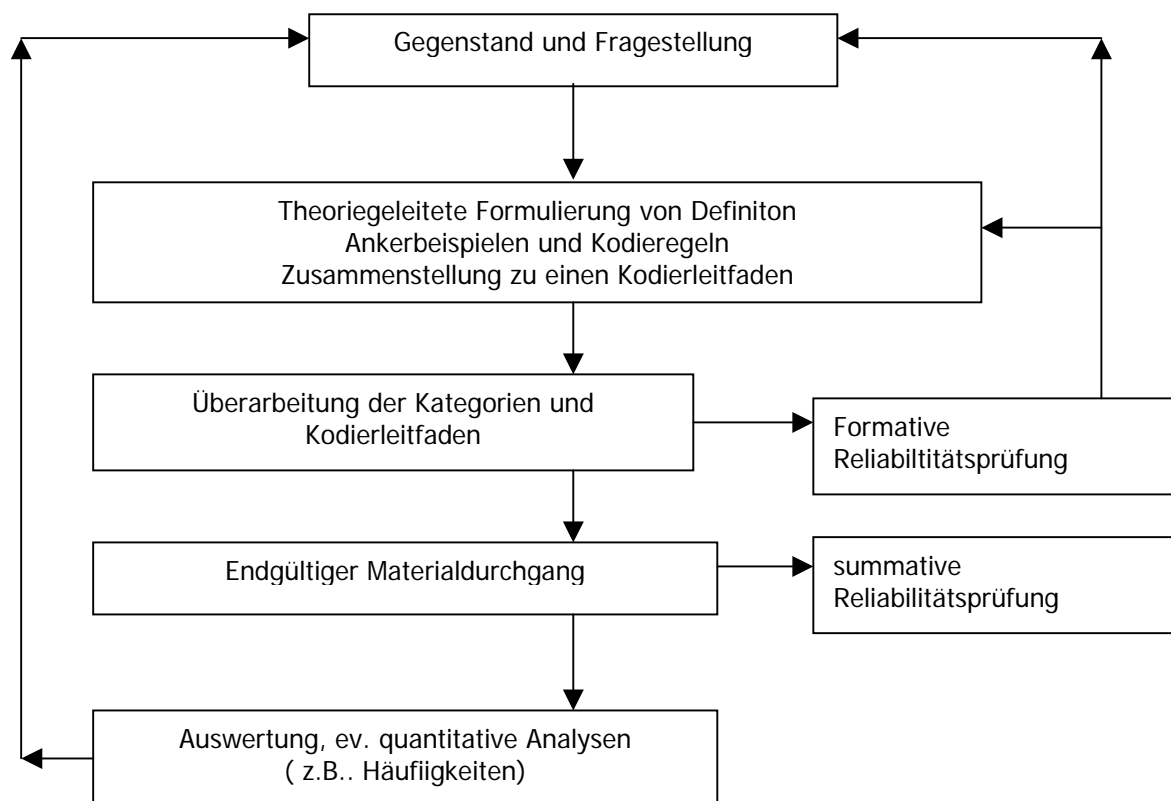


Abb.2 Ablaufmodell induktiver Kategorienbildung nach Mayring ( 2000b)

Nach Atteslander (2000) sollen Kategorien folgende Bedingungen erfüllen:

- » Die Kategorien sollen aus Untersuchungshypothesen ableitbar sein.
- » die Kategorien sollen voneinander unabhängig sein
- » Die Ausprägungen sollen bezogen auf die Kategorien auf die interessierenden Bedeutungsdimensionen vollständig sein.
- » Die Ausprägungen der Kategorien dürfen sich nicht überschneiden und sollen trennscharf sein.
- » Die Kategorie und ihre Ausprägungen sollen eindeutig definiert und nach eine Dimension ausgerichtet sein.

Nach den Leitlinien Atteslanders (2000) wurden in dieser Studie die Kategorien induktiv entwickelt. Ein experimenteller Kodierleitfaden befindet sich in Anhang (A)

### 7.5.2 Interkoderreliabilität

Die Interkoderreliabilität steht für die Verlässigkeit, wie Texteinheiten denselben Kategorien zugewiesen werden. Zur Reliabilitätsbestimmung wurde geprüft, wie stark die Übereinstimmung von zwei Kodierern ist. Jede Analyseeinheit (insgesamt 105) wurde zu den entsprechenden Kategorien zugewiesen. Durch Erklärung eines Kodierleitfadens wurde ein zweiter Kodierer hinzugezogen, um die Auswertungseinheiten den Kategorien zuzuordnen. Da sich in der Auswertung nur eine geringe Anzahl von (fünf) Kategorien voneinander unterscheiden lassen, ist es wahrscheinlich, dass die Übereinstimmungen der Kodierer einer zufälligen Zuordnung unterliegen.

Bennett, Albert und Goldstein (1954, zitiert nach Lisch & Kriz, 1978) schlagen eine Korrektur des ersten Koeffizienten vor: bei n- Kategorien und gleicher Häufigkeitsverteilung über die Kategorien beträgt der relative Anteil zufälliger Übereinstimmungen zwischen zwei Kodierern  $1/n$ . Zur inhaltsanalytischen Reliabilitätsbestimmung wurde folgende Formel berechnet:

$$S = \frac{n}{n-1} \left( Z - \frac{1}{n} \right)$$

Die Inter-Kodierer - Zuverlässigkeit beträgt in der vorliegenden Arbeit bei zwei Kodierern durchschnittlich .71. Nach Lisch & Kriz (1978) kann dieser Wert als zufriedenstellend betrachtet werden.

## 8 Ergebnisse

Zunächst erfolgt in diesem Abschnitt die Auswertung und die Darstellung der Ergebnisse. Daraufgehend werden in der Diskussion die Ergebnisse weiterführend interpretiert.

Um die Voraussetzung statistischer Verfahren zu überprüfen, orientiere ich mich an den Richtlinien von Lienert (1973), Bortz (1989) und Bühl und Zöfel (1998).

In Anlehnung an die Hinweise von Lienert (1973) zur Indikationsstellung parametrischer und nonparametrischer Tests wurden größtenteils nonparametrische Tests verwendet.

In einzelnen Ergebnisauswertungen wurde auf parametrische Verfahren zurückgegriffen.

Den Gruppen der Richter, der Staatsanwälte, der Verteidiger und der Angeklagten wurde die Frage gestellt, ob die heutige Gerichtsberichterstattung (Printmedien) ausreichend ist oder erweitert werden sollte. Anhand von  $4 \times 2$  Kontingenztafeln wurde überprüft, ob für die unabhängigen Stichproben der Prozessbeteiligten in den Häufigkeitsverteilungen signifikante Unterschiede festzustellen sind. Die folgende Abbildung 3 zeigt die prozentualen Häufigkeitsverteilungen zwischen den Gruppen.

### 8.1 Einstellungen zur heutigen Gerichtsberichterstattung

Können sich die Prozessbeteiligten vorstellen, dass die Gerichtsberichterstattung durch audiovisuelle Berichterstattung erweitert wird?

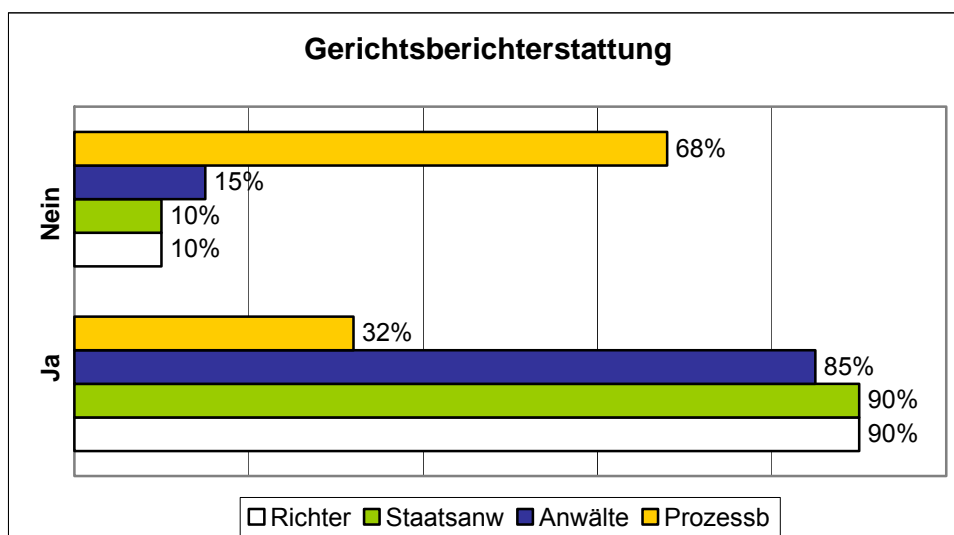


Abb.3 Chi-Quadrat-Tests der Häufigkeitsverteilungen zwischen den Gruppen

Es zeigt sich ein hochsignifikanter Unterschied in der Häufigkeitsverteilung zwischen der Gruppe der Angeklagten und der Gruppen der Richter ( $\chi^2 [3] = 49,4$ ;  $p < 0,00$ ), ca. 70% der Gruppe der Angeklagten halten die heutige Gerichtsberichterstattung für nicht ausreichend. Sie können sich vorstellen, dass die Gerichtsberichterstattung durch Fernsehübertragungen erweitert wird. Im Vergleich zu der Gruppe der Angeklagten zeigen sich bei der Gruppe der Vertreter der Justiz der Richter, Staatsanwälte und Anwälte niedrige Werte in der Häufigkeitsverteilung, sie halten die heutige Gerichtsberichterstattung für ausreichend (vgl. Abb. 3). Im paarweisen Vergleich anhand von  $2 \times 2$  Kontingenztafeln unterscheidet sich die Gruppe der Staatsanwälte hochsignifikant von der Gruppe der Angeklagten ( $\chi^2 [1] = 26,1$ ;  $p < 0,00$ ), und die Gruppe der Anwälte unterscheidet sich hochsignifikant von der Gruppe der Prozessbeteiligten Angeklagten. ( $\chi^2 [1] = 22,4$ ;  $p < 0,00$ ).

## 8.2 Erfahrungen vor laufender Fernsehkamera

Es stellt sich die Frage, ob die Einstellung der Prozessbeteiligten durch Erfahrungen mit der Fernsehkamera beeinflusst wird.

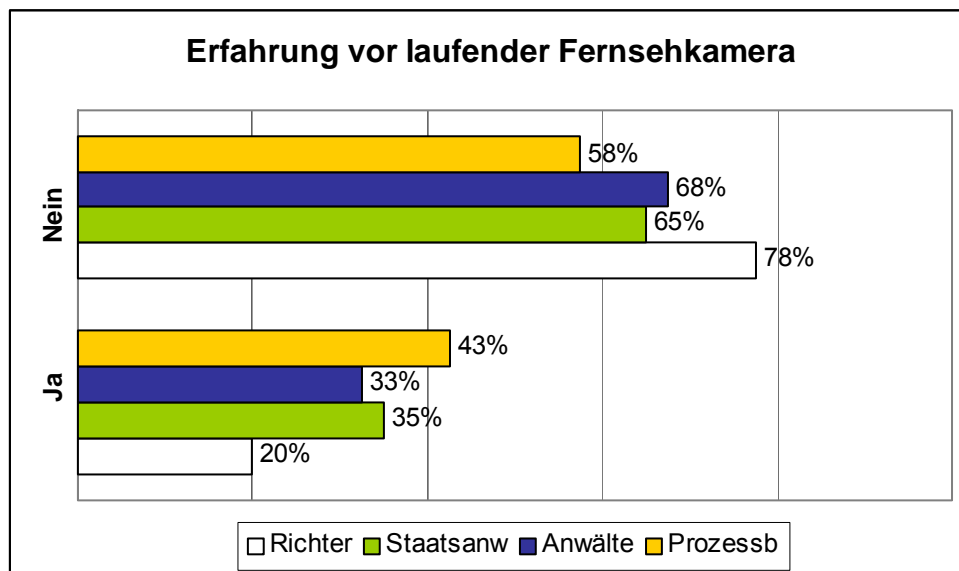


Abb. 4 Chi-Quadrat-Tests der Häufigkeitsverteilungen zwischen den Gruppen

Der Chi<sup>2</sup>-Test zeigt keine signifikanten Differenzen im Gruppenvergleich ( $\chi^2 [6] = 7,45$ ;  $p = 2,81$ ). In Abbildung 4 ist darüber hinaus zu sehen, dass ein geringerer Anteil der Prozessbeteiligten schon Erfahrungen mit der Fernsehkamera gemacht hat.

### 8.3 Gruppenunterschiede: „Einstellung“

Im Rahmen dieser Arbeit wird untersucht, ob Unterschiede zwischen der Einstellung gerichtserfahrener Prozessbeteiligter Richter, Staatsanwälte und Anwälte im Vergleich zur Einstellung von gerichtsunerfahrenen Prozessbeteiligten Angeklagten auftreten.

Zur Überprüfung der Einstellungen werden signifikante Unterschiede varianzanalytisch überprüft. Die Varianzanalyse setzt voraus, dass die Grundgesamtheiten normalverteilt sind. Die Voraussetzung der Normalverteilung ist nicht gegeben. Da die Varianzanalyse jedoch als robust gegenüber Verletzungen der Normalverteilungsvoraussetzung ist und die untersuchte Stichprobe wie im vorliegenden Fall ( $N=160$ ) hinreichend groß, wird diese Vorgehensweise dennoch angewendet.

Eine weitere Voraussetzung ist die Varianzhomogenität der Grundgesamtheiten.

Zur Überprüfung der Varianzhomogenität wurde der Levene-Test durchgeführt.

Der Levene-Test zeigt, dass die Varianzhomogenität für die zugrundeliegenden Daten erfüllt ist. In der folgenden Tabelle 3 sind die Mittelwerte und Standardabweichungen für die vier Untersuchungsgruppen und die varianzanalytischen Effekte wiedergegeben.

**Tab.3 Ergebnisse der Varianzanalyse zur Prüfung auf Gruppenunterschiede des EFB**

Items-	Richter M ±(SD)	Staatsanwalt M ± (SD)	Anwalt M ± (SD)	Prozessbet. M ± (SD)	Signifikanzprüfung F	p
1	2.2 (1.3)	2.2 (1.4)	2.6 (1.3)	1.9 (1.4)	F(3,156)= 1.81	.146
2	2.9 (1.2)	2.8 (1.3)	2.3 (1.2)	2.4 (1.4)	F(3,156)= 1.85	.141
3	1.8 (0.8)	1.2 (1.1)	1.4 (1.2)	1.5 (1.3)	F(3,156) = 1.27	.288
4	1.4 (1.3)	0.5 (.88)	0.5 (.9)	0.7 (0.9)	F(3, 156) = 5.94	<b>.000</b>
5	0.9 (1.4)	1.2 (1.4)	1.2 (1.4)	1.3 (1.3)	F(3, 156)= .63	.596
6	0.9 (.96)	0.8 (.84)	0.6 (1.0)	1.3 (1.4)	F(3, 156)= 1.91	.131
7	0.6 (.92)	0.6 (.84)	0.7 (1.0)	1.3 (1.2)	F(3, 156)= 5.66	<b>.001</b>
8	2.6 (.89)	2.9 (.92)	2.7 (.96)	1.8 (.1.2)	F(3, 156)= .7.96	<b>.000</b>
9	1.5 (1.1)	1.7 (1.4)	2.0 (1.4)	2.4 (1.3)	F(3, 156)= .2.95	<b>.035</b>
10	1.2 (1.1)	0.8 (.96)	0.7 (1.0)	1.6 (1.3)	F(3, 156)=. 4.48	<b>.005</b>
11	1.8 (93)	2.1 (1.0)	2.1 (1.1)	2.0 (1.2)	F(3, 156)= .59	.620
12	0.7 (.64)	0.8 (.90)	1.9 (1.5)	1.2 (1.2)	F(3, 156)= 8.92	<b>.000</b>
13	2.3 (1.1)	2.4 (1.4)	2.9 (.92)	2.9 (.85)	F(3, 156)= 4.55	<b>.004</b>
14	2.2 (.85)	2.5 (1.0)	2.4 (.98)	1.9 (1.1)	F(3, 156)= 2.00	.120
15	2.4 (.88)	2.5 (.85)	2.2 (.81)	2.7 (.80)	F(3, 156)= 2.32	.780
16	2.1 (1.1)	2.3 (1.2)	1.9 (1.2)	2.2 (1.3)	F(3, 156)= .41	.752
17	1.9 (1.1)	1.8 (.97)	1.9 (1.2)	1.7 (1.3)	F(3, 156)=. .27	.851
18	2.0 (1.2)	1.9 (1.1)	1.7 (1.2)	1.6 (1.3)	F(3, 156)= 1.26	.290
19	1.8 (.91)	1.8 (1.2)	1.7 (.92)	2.3 (1.1)	F(3, 156)= 2.92	<b>.005</b>
20	2.1 (.98)	2.1 (1.2)	1.9 (1.1)	1.9 (1.1)	F(3, 156)= .56	.640
21	2.3 (.84)	2.2 (.98)	2.5 (1.1)	2.2 (1.3)	F(3, 156)=. .87	.460
22	1.7 (1.0)	2.1 (1.1)	2.4 (1.2)	2.2 (1.1)	F(3, 156)=. 2.64	<b>.002</b>
23	2.2 (1.1)	2.3 (1.0)	2.0 (.92)	2.5 (1.1)	F(3, 156)= .44	.720
24	2.7 (0.9)	2.8 (1.1)	2.5 (1.1)	2.2 (1.4)	F(3, 156)= 2.26	.831
25	1.1 (0.8)	1.1 (0.6)	1.3 (1.1)	1.1 (1.0)	F(3, 156)= .72	.542
26	1.6 (0.9)	1.6 (.05)	1.5 (0.8)	1.5 (1.1)	F(3, 156)= .27	.844
27	1.7 (0.9)	1.6 (0.9)	1.5 (0.8)	2.1 (1.1)	F(3, 156)= .19	.889
28	2.3 (0.9)	2.1 (1.1)	2.2 (1.0)	2.7 (0.9)	F(3,156)= 3.24	<b>.004</b>
29	2.2 (1.1)	2.0 (0.8)	2.1 (1.0)	1.6 (1.4)	F(3,156)= 2.06	.107
30	1.5 (0.9)	1.5 (0.7)	1.5 (0.8)	1.6 (1.1)	F(3, 156)= .33	.800
31	1.5 ( 0.9)	1.5 (0.8)	1.5 (0.8)	1.5 (1.1)	F(3,156)= .02	.990
32	1.7 (0.9)	1.8(1.2)	2.0 (0.9)	1.8 (1.2)	F(3,156)= 1.72	.170
33	1.7 (0.9)	1.8(1.2)	2.0(1.3)	1.9(1.3)	F(3,156)= .50	.681
34	2.0( 0.8)	2.1 (0.9)	2.1 (0.9)	2.2( 1.1)	F(3, 156)= .11	.952
35	1.9 (0.7)	2.2 (1.0)	2.0 (1.0)	2.1 (1.1)	F(3,156)= .29	.843
36	1.7( 0.8)	1.7 (1.0)	1.6 (1.2)	1.8 (1.2)	F(3,156)= .29	.830

Die Ergebnisse der univariaten Varianzanalysen zeigen signifikante Gruppenunterschiede, die nicht auf Skalen, sondern auf Itemebene dargestellt werden. Auf eine Bonferoni-Korrektur wurde aufgrund des explorativen Charakter der Studie verzichtet.

Es konnten differenzielle Einstellungsunterschiede zwischen den Gruppen der Richter, der Staatsanwälte, der Anwälte und Prozessbeteiligten Angeklagten nachgewiesen werden (vgl.Tab.3).

Die Gruppe der **Richter** unterscheidet sich ihrer Einstellung im Vergleich zu den anderen Gruppen der (Staatsanwälte, Verteidiger und Angeklagten), dass die Fernsehberichterstattung die Privat- und Itimsphäre stark beeinträchtigten könnte.

Die Gruppe der **Staatsanwälte** hat die Einstellung gegenüber den anderen Gruppen der (Richter,Verteidiger und Angeklagten), dass eine positive Fernsehberichterstattung zur Resozialisierung der Täter beitragen kann.

Die Gruppe der **Anwälte** unterscheidet sich von den Gruppen (Richter, Staatsanwälte und Angeklagten) in ihrer Einstellung, dass die Fernsehberichterstattung zur Inszenierung und Unterhaltung der Gerichtsverhandlung führen kann und dass sie belastet werden können.

Die Gruppe der **Angeklagten** hat die Einstellung im Vergleich zu den anderen Gruppen der (Richter Staatsanwälte und Verteidiger), dass Fernsehkameras technisch unauffällig postioniert werden sollten und sie ihr Verhalten während der Übertragung von Gerichtsverhandlungen anpassen würden. Die Fernsehberichterstattung baut Vorurteile gegenüber der Justiz ab.

Die Gruppe der **Anwälte** und die Gruppe der **Angeklagten** unterscheidet sich von den Gruppen der (Richter und Staatsanwälte) in ihrer Einstellung, dass Fernsehübertragungen aus Hauptverhandlungen auch persönlich vorteilhaft sein können.



#### 8.4 Gruppenunterschiede:“ Persönlichkeitmerkmale“

In einem weiteren Untersuchungsschritt wird untersucht, ob sich die Gruppen hinsichtlich ihrer Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensweisen unterscheiden. Zur Überprüfung signifikanter Mittelwertsunterschiede zwischen den Gruppen wurden bezüglich der Persönlichkeitsmerkmale Extraversion, Neurotizismus, Verträglichkeit, Gewissenhaftigkeit, Offenheit für neue Erfahrungen univariate Varianzanalysen berechnet.

Die hierfür erforderliche Überprüfung der Varianzen auf interferenzstatistische Homogenität erfolgte mit dem Levene-Test. Der Levene-Test zeigte, dass die Varianzhomogenität für die zugrundeliegenden Daten erfüllt ist. In Tabelle 4 und 5 werden die Mittelwerte und Standardabweichungen varianzanalytischer Haupteffekte zwischen den vier Untersuchungsgruppen und den Faktoren Neurotizismus und Verträglichkeit wiedergegeben.

**Tab.4 Mittelwerts-Unterschiede hinsichtlich des Persönlichkeitsmerkmals Neurotizismus zwischen den Untersuchungsgruppen ( N=160)**

	Richter M ±(SD)	Staatsanwalt M ± (SD)	Anwalt M ± (SD)	Prozessbet. M ± (SD)	Signifikanzprüfung F p	
Neurotizismus	1,18 (0,4)	1,42(0,5)	1,30 (0,5)	1,65 (0,6)	F(3,156)=5,56	.001

Die Tabelle 4 zeigt einen signifikanten Gruppenunterschied bei dem Persönlichkeitfaktor „Neurotizismus (F (3,156 )=5.56,  $p<0,01$ ). Je höher die Ausprägung der Mittelwerte ist, desto höher ist die Tendenz, emotional instabil zu sein. Der entsprechende Post-hoc Test nach Bonferoni zeigt, dass sich die Gruppe der Angeklagten mit einem höheren Mittelwert von der Gruppe der Richter signifikant unterscheidet. Es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen der Gruppe der Anwälte und der Gruppe der Staatsanwälte.

**Tab.5 Mittelwerts-Unterschiede hinsichtlich des Persönlichkeitsmerkmals Verträglichkeit zwischen den Untersuchungsgruppen ( N=160)**

	Richter M ±(SD)	Staatsanwalt M ± (SD)	Anwalt M ± (SD)	Prozessbet. M ± (SD)	Signifikanzprüfung F p	
Verträglichkeit	2,68(0,4)	2,63(0,4)	2,43(0,3)	2,23(04)	F (3, 156) =11.76	$p<.000$ )

Die Tabelle 5 zeigt signifikante Gruppenunterschiede bei dem Persönlichkeitsfaktor „Verträglichkeit“ F (3,156) =11.76 , $p< 0,00$ ). Der Post-hoc Test nach Bonferoni belegt, dass sich die Gruppe der Angeklagten von der Gruppe der Richter und von der Gruppe der Staatsanwälte signifikant unterscheidet. Es konnten keine weiteren signifikanten Unterschiede innerhalb der Gruppen der Richter, Staatsanwälte, Anwälte und Angeklagten festgestellt werden.

**Tab.6 Mittelwerts-Unterschiede hinsichtlich des Persönlichkeitsmerkmals Extraversion zwischen den Untersuchungsgruppen ( N=160).**

	Richter M ±(SD)	Staatsanwalt M ± (SD)	Anwalt M ± (SD)	Prozessbet. M ± (SD)	<b>Signifikanzprüfung</b> <b>F</b> <b>p</b>
Extraversion	2,38 (0,4)	2,27(0,5)	2,48(0,3)	2,2(0,4)	F(3,154)=3,53      p< .016

Die Tabelle 6 zeigt einen signifikanten Gruppenunterschied. Der Post-hoc Test nach Bonferoni belegt, dass sich die Gruppe der Anwälte im Persönlichkeitsfaktor „Extraversion“ von der Gruppe der Angeklagten signifikant unterscheidet. Es konnten keine weiteren signifikanten Gruppenunterschiede zwischen den Richtern und Staatsanwälten bestätigt werden.

## 8.5 Lineare Zusammenhänge zwischen Einstellung und Persönlichkeit

Es stellt sich die Frage, ob und inwieweit die Einstellung von Persönlichkeitsmerkmalen beeinflusst wird. Demzufolge werden lineare Zusammenhänge zwischen den Skalen des EFB mit den Skalen des NEO-FFI nach Spearman-Brown für nicht-normalverteilte Variablen berechnet. Jede Berechnung korrelationstatischer Zusammenhänge zwischen zwei Variablen hat zu berücksichtigen, dass sie keine hinreichende Voraussetzung für kausale Schlüsse liefert, sondern bestenfalls Hinweise, zwischen welchen Merkmalen kausale Beziehungen bestehen können (Bortz, 2005).

**Tab.7 Signifikante Rangkorrelation nach Spearman-Brown zwischen EFB (Einstellungsfragebogen und NEO-FFI (Gruppe der Vertreter der Justiz (N= 120) und den Angeklagten (N=40).**

Gruppe: Richter Faktor:	Faktor Neurotizismus	Faktor Extraversion	Faktor Offenheit	Faktor Verträglichkeit	Faktor Gewissenhaft
Selbstaufmerksamkeit	-.38*				
Positive Erwartungshaltung					
Negative Erwartungshaltung					
Gruppe:Staatsanwälte Faktor:					
Selbstaufmerksamkeit		-.34*			
Positive Erwartungshaltung					
Negative Erwartungshaltung		-.33*			.41**
Gruppe: Anwälte Faktor:					
Selbstaufmerksamkeit	-.41*			.37*	
Positive Erwartungshaltung	.42*				
Negative Erwartungshaltung			-.31*		
Gruppe: Prozessbeteiligte Faktor:					
Selbstaufmerksamkeit					
Positive Erwartungshaltung					
Negative Erwartungshaltung					

Rangkorrelationen nach Spearman-Brown : \*p<0.05, \*\*p<0.01

In Tabelle 7 zeigen sich signifikante Korrelationen zwischen den Persönlichkeitsfaktoren (Neurotizismus, Extraversion, Offenheit, Verträglichkeit , Gewissenhaftigkeit) und Skalen der Einstellungen (Selbstaufmerksamkeit, Positive und Negative Erwartungshaltung). Um diese Zusammenhänge im Detail erklären zu können, werden zusätzlich die Einstellungssitems selbst mit den Persönlichkeitsfaktoren korreliert (vgl.Tab.7).

**Tab. 8 Signifikante Rangkorrelation nach Spearman-Brown zwischen EFB und NEO-FFI (Gruppe der Angeklagten N=40).**

Fernsehkameras in Hauptverhandlungen	Faktor Neurotizismus	Faktor Extraversion	Faktor Offenheit	Faktor Verträglichkeit	Faktor Gewissenhaft
<b>Gruppe :Prozessbeteiligte</b>					
Vorurteile über Gerichtspr. abbauen	-.39*				
können beeinflussend wirken	.45*				
eingeschüchtert fühlen	-.36*				
mich belasten	-.36*				
Aufmerksamkeit auf Kamera richten	-.32*				
Äusserungsfähigkeit einschränken	-.35*				
keine Probleme vor der Kamera	.54**				
Urteilsverkündungen filmen sollen	.54**				
Wahrheitsfindung beeinträchtigt	.42**				
persönlich vorteilhaft	-.34**	.38*			
Interessen öffentlich vertreten		.39*			
Vorurteile über Gerichtspr. abbauen		.36*			
Inszenierung führen können			.37*		
Vorzüge in den Vordergrund			.37*		
technisch unauffällig positionieren			.33*		
persönlich vorteilhaft				-.34*	
mich belasten				-.42**	
können beeinflussend wirken				-.35*	
auf Äusseres achten				.36*	
Verhalten anzupassen				.39*	
Äusserungsfähigkeit eingeschränkt				-.39*	
Aufmerksamkeit auf Kamera richten				.32*	
Urteilsverkündungen filmen sollen					.34*
Interessen öffentlich vertreten					-.34*
Massenpublikum beobachtet					-.35*

Rangkorrelationen nach Spearman-Brown : \*p<0.05, \*\*p<0.01

Es zeigen sich signifikante Korrelationen zwischen den Faktoren (Selbstaufmerksamkeit, Positive und Negative Erwartungshaltung) und zwischen den Persönlichkeitsfaktoren des NEO-FFI . Die Korrelationskoeffizienten liegen im mittleren Bereich zwischen  $r = .40$  und  $r = .69$ .

**Tab. 9 Signifikante Rangkorrelation nach Spearman-Brown zwischen EFB und NEO-FFI (Gruppe der Vertreter der Justiz (N= 120))**

Fernsehkameras in Hauptverhandlungen	Faktor Neurotizismus	Faktor Extraversion	Faktor Offenheit	Faktor Verträglichkeit	Faktor Gewissenhaft
<b>Gruppe der Richter</b>					
technisch unauffällig positionieren			.33*		
sind persönlich vorteilhaft	-.38*			.34*	
stellen Vorzüge in Vordergrund				.32*	
hemmen meine Konzentration	-.40*			-.36*	
bringen für mich neue Erfahrung				-.41*	
können mich einschüchtern	-.46*				
mich belasten	-.39*				
bereite ich mein Auftreten vor		.35*			
habe keine Probleme vor der Kamera zu sprechen	.42**				
Mimik verändert sich	-.39*				
<b>Gruppe der Staatsanwälte</b>					
können beeinflussend wirken	-.41**				
meine Interessen vertreten	-.36*				
Privatsphäre beeinträchtigen	-.34*				
Vorurteile über Gerichtspr. abbauen		-.32**			
Vorzüge in den Vordergrund		-.35*			
fühle ich mich belastet		.36*			
Konzentrationsfähigkeit gehemmt		.38*			
Interessen öffentlich vertreten		-.37*			
keine Probleme vor Kamera zu sprechen		.35*			
persönlich vorteilhaft		.47**			
Misserfolge verstärken			.33*		
Verhalten anpassen			-.33*		
mich belasten			.51**		
eingeschüchtert fühlen			-.36*		
keine Probleme vor Kamera zu sprechen			-.32*		
Vorzüge in den Vordergrund			-.35*		
Öffentlichkeit blossgestellt werden			.35*		
neue Erfahrungen				-.32*	
keine Probleme vor Kamera zu sprechen				-.39*	
Inszenierung führen können					-.45*
zur Unterhaltung dienen					-.34*
zur Vorverurteilung beitragen					.34*
<b>Gruppe der Anwälte</b>					
persönlich vorteilhaft	.39*				
eingeschüchtert fühlen	-.46*				
mich belasten	.39*				
Mimik verändert sich	.39*				
keine Probleme der vor Kamera	.42**				
auf das Auftreten vorbereiten		.38*			
persönlich vorteilhaft		.38*			
Interessen öffentlich vertreten		.39*			
Vorurteile über Gerichtspr. abbauen		.36*			
technisch unauffällig positionieren			.33*		
neue Erfahrungen				.41*	
Konzentrationsfähigkeit gehemmt				-.36*	
persönlich vorteilhaft				.34*	
Vorzüge in den Vordergrund				.32*	

Rangkorrelationen nach Spearman-Brown : \*p<0.05, \*\*p<0.01

Es lässt sich feststellen, dass korrelative Zusammenhänge zu allen Skalen Selbstaufmerksamkeit, Positive Erwartungshaltung und Negative Erwartungshaltung zwischen den Persönlichkeitsfaktoren (NEO-FFI) nachgewiesen werden konnten.

Es zeigen sich weiterhin mittlere positive und negative korrelative Zusammenhänge zwischen den NEO-FFI –Skalen und den Items des Einstellungsfragebogens. Alle korrelativen Ergebnisse werden im folgenden zusammenfassend dargestellt.

#### 8.5.1 Persönlichkeitsmerkmal „Neurotizismus“:

Je psychisch stabiler die Gruppe der **Richter** ist, desto weniger fühlen sie sich durch eine Fernsehkamera psychisch beeinträchtigt, sie fühlen sich also weder gehemmt noch eingeschüchtert oder belastet, sie sind desto selbstaufmerksamer während der Anwesenheit der Fernsehkamera. Sie könnten sich eher unauffällig installierte Fernsehkameras im Gerichtssaal vorstellen. Sie hätten weniger Probleme vor einer Kamera zu sprechen und ihr Gesichtsausdruck würde sich vor einer Fernsehkamera weniger ändern. Die Anwesenheit des Fernsehens empfinden sie weniger als persönlich vorteilhaft.

Je psychisch stabiler die Gruppe der **Staatsanwälte** ist, desto weniger haben sie das Gefühl, dass sie durch die Anwesenheit der Fernsehberichterstattung beeinflusst werden. Die Intims- und Privatsphäre des Angeklagten könnte eher durch das Fernsehen beeinträchtigt werden. Ihre öffentlichen Interessen werden durch audiovisuelle Medien weniger vertreten.

Je psychisch stabiler und die Gruppe der **Anwälte** ist, desto selbstaufmerksamer verhalten sie sich während der Anwesenheit der Fernsehkamera. Die Fernsehberichterstattung wird von dieser Gruppe eher als persönlich vorteilhaft empfunden, sie fühlen sich weniger eingeschüchtert und belastet. Sie haben eher eine positive Erwartungshaltung gegenüber den audiovisuellen Medien. Sie würden mehr auf ihr Verhalten achten und eher neue Erfahrungen mit der audiovisuellen Gerichtsberichterstattung machen wollen. Je offener die Anwälte gegenüber neuen Erfahrungen sind, desto weniger lehnen sie die Fernsehkamera in strafrechtlichen Hauptverhandlungen ab. Je weniger offen die Gruppe ist, desto eher lehnen das Fernsehen in der Hauptverhandlung ab. Sie hätten keine Probleme vor einer Fernsehkamera zu sprechen, auch dann nicht, wenn sich ihr nonverbales Ausdrucksverhalten vor einer Fernsehkamera verändert.

Je psychisch stabiler die Gruppe der **Angeklagten** ist, desto eher sind sie der Meinung, dass Vorurteile der Bevölkerung über Gerichtsprozesse abgebaut werden könnten oder das Fernsehen für sie persönlich vorteilhaft wäre.

Je psychisch instabiler die Gruppe der Angeklagten ist, desto eher fühlen sie sich durch die Fernsehberichterstattung beeinflusst. Sie richten eher ihre Aufmerksamkeit auf die Fernsehkamera und würden sich in ihren spontanen Äusserungen mehr eingeschränkt fühlen. Die Urteilsverkündung sollte übertragen werden. Die Wahrheitsfindung würde durch die Fernsehberichterstattung kaum beeinträchtigt werden. Sie hätten keine Probleme vor einer Fernsehkamera zu sprechen. Sie haben eher eine positive Erwartungshaltung gegenüber der Anwesenheit audiovisueller Medien.

#### 8.5.2 Persönlichkeitsmerkmal „Extraversion“

Je extravertierter die Gruppe der **Richter** ist, desto weniger haben Sie Probleme vor einer Fernsehkamera zu sprechen. Sie würden sich mehr auf ihr Auftreten vorbereiten.

Je extravertierter die Gruppe der **Staatsanwälte** ist, desto eher sind sie davon überzeugt, dass Vorurteile der Bevölkerung über Gerichtsprozesse durch Fernsehberichterstattungen abgebaut werden können. Sie glauben nicht, dass ihre Vorzüge in den Vordergrund gestellt werden können. Aber sie hätten keine Probleme, vor einer Fernsehkamera zu sprechen. Je extravertierter die Gruppe der Staatsanwälte ist, desto positiver ist die Erwartungshaltung gegenüber den audiovisuellen Medien. Je introvertierter die Gruppe der Staatsanwälte ist, desto eher haben sie eine negative Erwartungshaltung gegenüber den audiovisuellen Medien. Sie würden sich eher belastet fühlen und ihre Konzentrationsfähigkeit würde gehemmt werden. Sie glauben eher nicht, dass die ihre öffentlichen Interessen vertreten werden. Sie haben eher das Gefühl, dass die Anwesenheit des Fernsehens im Gerichtssaal für sie persönlich nicht vorteilhaft ist. Sie sind selbstaufmerksamer und haben eher eine negative Erwartungshaltung gegenüber den audiovisuellen Medien.

Je extravertierter die Gruppe der **Anwälte** ist, desto eher würden sie ihr Auftreten vor einer Fernsehkamera vorbereiten.

Je extravertierter die Gruppe der **Angeklagten** ist, desto eher ist für sie die Anwesenheit der Fernsehkamera persönlich vorteilhaft, weil ihre Interessen öffentlich vertreten und Vorurteile der Bevölkerung über Gerichtsprozesse abgebaut werden könnten.

#### 8.5.3 Persönlichkeitsmerkmal „Verträglichkeit“:

Je kooperativer die Gruppe der **Richter** ist, desto eher empfinden sie die Anwesenheit des Fernsehens als persönlich vorteilhaft.

Je kooperativer die Gruppe der **Staatsanwälte** ist, desto weniger wollen sie Erfahrungen mit der Fernsehberichterstattung machen. Sie hätten weniger Probleme, vor einer Fernsehkamera zu sprechen.

Je kooperativer die Gruppe der **Anwälte** ist, desto eher befürworten sie die Erfahrung mit der Fernsehberichterstattung und würden sich weniger psychisch beeinträchtigt fühlen. Die Anwesenheit der Fernsehkamera im Gerichtssaal ist für sie eher persönlich vorteilhaft, weil sie ihre Vorzüge in den Vordergrund stellen könnten. Je verträglicher die Gruppe der Anwälte ist, desto selbstaufmerksamer sind sie.

Je kooperativer die Gruppe der **Angeklagten** ist, desto eher haben sie das Gefühl, dass die Anwesenheit der Fernsehkameras für sie eher persönlich vorteilhaft wäre.

Sie würden sich weniger beeinflusst fühlen und weniger belastet sein. Sie würden aber mehr auf ihr Äusseres achten und sich vor einer Fernsehkamera eher anpassen. In ihren Äusserungen würden sie sich weniger eingeschränkt fühlen und ihre Aufmerksamkeit auf die Fernsehkamera richten.

#### 8.5.4 Persönlichkeitsmerkmal „Gewissenhaftigkeit“:

Je gewissenhafter die Gruppe der **Staatsanwälte** ist, desto eher lehnen sie die Anwesenheit der Fernsehkameras in Hauptverhandlungen ab, weil sie eher zur Inszenierung und Unterhaltung dienen und deshalb eher zur Vorverurteilung der Angeklagten beitragen können. Sie haben eher eine negative Erwartungshaltung gegenüber den audiovisuellen Medien.

Je weniger selbstkontrolliert die Gruppe der **Angeklagten** ist, desto eher sind sie der Meinung, dass die Urteilsverkündung nicht gefilmt werden sollte, dass ihre Interessen durch die Medien eher nicht vertreten werden können und sie sich durch ein Massenpublikum nicht beobachtet fühlen.



#### 8.5.5 Persönlichkeitsmerkmal „Offenheit für neue Erfahrungen“

Je offener die Gruppe der **Richter** für neue Erfahrungen ist, desto eher können sie sich vorstellen, dass Fernsehkameras in Hauptverhandlungen technisch unauffällig positioniert werden sollten.

Je offener die Gruppe der **Staatsanwälte** für neue Erfahrungen ist, desto eher sehen sie ihre Misserfolge durch die Fernsehberichterstattung verstärkt dargestellt und eher vor einer Öffentlichkeit blossstellt. Sie würden sich aber weniger vor einer Fernsehkamera anpassen und weniger ihre Vorzüge in den Vordergrund stellen. Sie fühlen sich weniger psychisch beeinträchtigt, wie z.B. belastet oder eingeschüchtert. Sie hätten keine Probleme, vor einer Fernsehkamera zu sprechen.

Je offener die Gruppe der **Angeklagte** für neue Erfahrungen ist, desto eher glauben sie, dass die Anwesenheit audiovisueller Medien zu einer Inszenierung der Gerichtsverhandlungen führen könnte, sie würden ihre Vorzüge nicht in den Vordergrund stellen.

Je offener die Gruppe der **Anwälte** für neue Erfahrung mit der Fernsehkameraanwesenheit ist, desto eher befürworten sie, dass Fernsehkameras in Hauptverhandlungen technisch unauffällig positioniert werden sollten.

## 8.6 Einstellungen zum Schutz des Tatopfers

In der Arbeit wurde den Prozessbeteiligten zusätzlich eine Frage zum Opferschutz während der Anwesenheit audiovisueller Medien in strafrechtlichen Hauptverhandlungen gestellt.

Die Probanden beantworteten die offen gestellte Frage: Wie stellen sie sich den Schutz des Tatopfers bei Anwesenheit des Fernsehens im Gerichtssaal vor?

Auf der Basis des vorhandenen Textmaterials wurden fünf Kategorien gebildet, nach denen sich die Antworten zur Tatopferfrage strukturieren lassen.

**Kein Schutz für Tatopfer (K1)** bedeutet: die hohe Gewissheit der Probanden, dass es keinen Tatopferschutz während der Anwesenheit des Fernsehens gibt. Beispielantworten sind: „Kein Schutz möglich.“ „Es gibt keinen Schutz für das Tatopfer.“ „Es gibt keinen Opferschutz.“

**Keine Anwesenheit des Fernsehens (K 2)** bedeutet: die negative Haltung der Probanden gegenüber der Anwesenheit des Fernsehens im Gerichtssaal. Beispielantworten sind: „Der Schutz des Tatopfers kann während der Anwesenheit des Fernsehens nicht sichergestellt werden.“ „Ich halte nichts von der Anwesenheit des Fernsehens. Fernsehen gehört nicht in den Gerichtssaal.“

**Der Schutz der Tatopfers ist eingeschränkt (K 3)** bedeutet: dass der Schutz des Tatopfers nach Einstellung der Prozessbeteiligten nur teilweise möglich ist. Beispielantworten sind: „Intimitäten nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden.“ „Der Schutz kann nicht vollständig gewährleistet werden.“ „Der ist Schutz ist begrenzt gegeben unter Ausschluss der Öffentlichkeit.“

**Schutz nur mit Zustimmung des Tatopfers (K 4)** bedeutet: dass eine positive Einstellung zur Fernsehberichterstattung möglich ist, wenn Tatopfer zustimmen. Beispielantworten sind: „Das Tatopfer soll den eigenen Schutz selbst bestimmen können.“ „Auf jeden Fall ist das Einverständnis des Opfers zu holen.“ „Das Opfer soll freiwillig entscheiden können.“ „Nur mit Einverständnis des Tatopfers.“

**Unkenntlichmachen der Person (K 5)** bedeutet: eine positive Einstellung, dass Fernsehen in Hauptverhandlung möglich ist, wenn das Tatopfer nicht erkennbar ist. Beispielantworten sind: „Allenfalls technische Anonymisierung.“ „Schwärzung des Gesichts.“ „Kameraeinstellung nur von der Rückseite des Tatopfers“.

Die zustimmende Einstellung von Prozessbeteiligten zum Schutz des Tatopfers lässt sich in Kategorie 1 und Kategorie 5 wiederfinden. In Abb.5 werden die Gruppen anhand der Häufigkeit der Nennung der 1. Kategorie vergleichend gegenübergestellt.

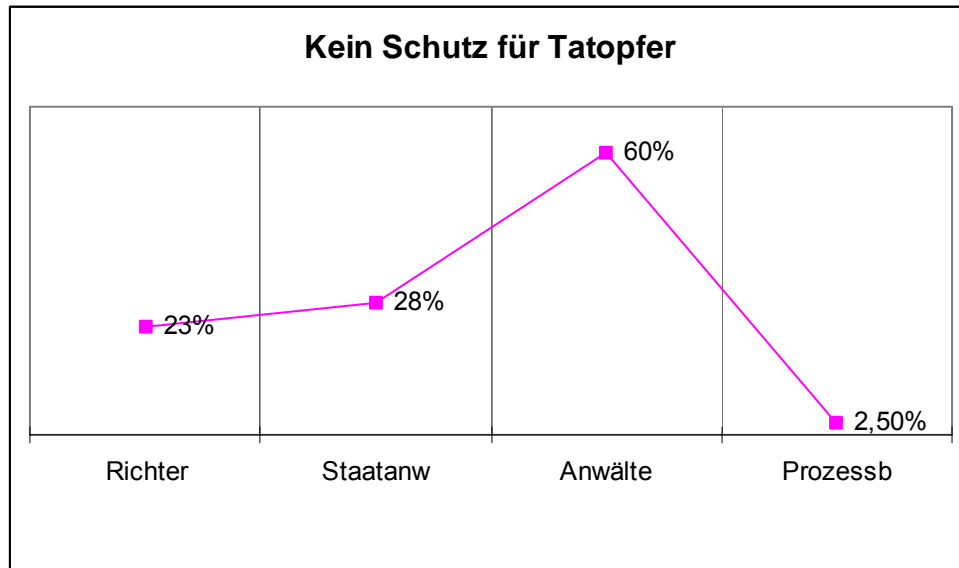


Abb.5 Prozentuale Häufigkeitsverteilung zwischen den Gruppen (N=160) ?

Die Gruppen unterscheiden sich signifikant voneinander ( $\chi^2[3] = 13,56; p < 0.04$ ).

60% der Anwälte sind der Meinung, dass es für das Tatopfer keinen Schutz während der Anwesenheit des Fernsehens gibt. Im paarweisen Gruppenvergleich anhand von  $2 \times 2$  Kontingenztafeln zeigt sich ein hochsignifikanter Unterschied zwischen den Gruppen der **Anwälte** und der **Angeklagten** ( $\chi^2[1] = 13,8; p < 0.00$ ). Es zeigt sich ein weiterer hochsignifikanter Unterschied zwischen der Gruppe der Angeklagten und der Gruppe der Staatsanwälte ( $\chi^2[1] = 11,1; p < 0.01$ ).

Es zeigen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen der Gruppe der Richter und der Gruppe der Staatsanwälte ( $\chi^2[1] = 0,58; p = 3.06$ ) sowie der Gruppe der Staatsanwälte und der Gruppe der Anwälte ( $\chi^2[1] = 0,23; p = 4.06$ ).

Auch in der Kategorie 6 werden die Gruppen anhand der Häufigkeit der Nennungen vergleichend gegenübergestellt.

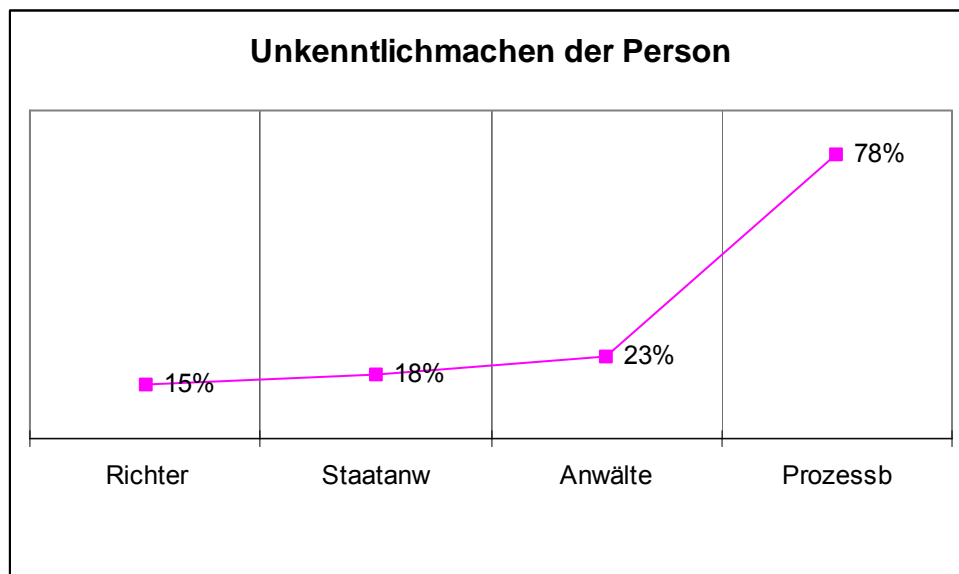


Abb.6 Prozentuale Häufigkeitsverteilung zwischen den Gruppen (N=160) ?

Es zeigt sich ein signifikanter Unterschied zwischen den befragten Gruppen ( $\chi^2 [3] = 22.34; p < 0,00$ ). Die Mehrheit der Angeklagten 77,5% und nur 15% der Richter sind der Meinung, dass das Tatopfer während der Anwesenheit der Fernsehkamera unkenntlich gemacht werden sollte.

Es konnten keine signifikanten Gruppenunterschiede zwischen der Gruppe der Angeklagten und der Gruppe der Staatsanwälte ( $\chi^2 [1] = 0,39; p = 3,78$ ), sowie der Gruppe der Angeklagten und der Gruppe der Anwälte ( $\chi^2 [1] = 1,385; p = 1,84$ ) festgestellt werden. Auch konnten keine signifikanten Ergebnisse zwischen der Gruppe der Anwälte und der Gruppe der Richter ( $\chi^2 [1] = 0,74; p = 0,84$ ), der Gruppe der Richter und der Gruppe der Staatsanwälte ( $\chi^2 [1] = 0,92; p = 5,00$ ) und der Gruppe der Anwälte und der Gruppe der Staatsanwälte ( $\chi^2 [1] = 3,13; p = 3,90$ ) bestätigt werden.

Es finden sich keine weiteren signifikanten Unterschiede in den drei Kategorien K 2 (Keine Anwesenheit des Fernsehens) ( $\chi^2 [3] = 10,333; p < 36$ ), K 3 (Schutz für Tatopfer ist eingeschränkt möglich) ( $\chi^2 [3] = 6,004; p = 1,11$ ) und K4 (Schutz nur mit Zustimmung des Opfers möglich) ( $\chi^2 [6] = 4,0303; p = 636$ ).

## 9 Diskussion und Bewertung der Ergebnisse

Die vorliegende Untersuchung liefert erste psychologische Erkenntnisse über die Einstellung von deutschen Prozessbeteiligten zu gesetzlich zulässigen Fernsehaufnahmen in strafrechtlichen Hauptverhandlungen.

Die Fokussierung der Arbeit auf das psychologische Konstrukt der „Einstellung der Prozessbeteiligten“ liegt die Vermutung zugrunde, dass die gegenwärtig junge Generation der Vertreter der Justiz, die seit ihrer Kindheit Erfahrungen im selbstverständlichen Umgang mit den audiovisuellen Medien besitzen, privat und beruflich, auch zu der Anwesenheit von Fernsehkameras in Gerichtssälen eine andere Einstellung haben. Darüber hinaus ist allgemein bekannt, dass die Entwicklung technischer Aufnahmegeräte soweit fortgeschritten ist, dass Fernsehkameras geräuschlos funktionieren und optisch unauffällig platziert werden können.

Hat sich die Einstellung der Vertreter der Justiz aufgrund der technischen Entwicklung seit dem über 40 jährigen Medienverbot verändert?

Diese Frage kann nicht beantwortet werden, da in den vergangenen Jahrzehnten keine Untersuchung zur Einstellung der Vertreter der Justiz durchgeführt wurde.

Nach ihren bisherigen Erfahrungen mit der Medienöffentlichkeit befürchten die gerichtserfahrenen Vertreter der Justiz dass die Fernsehberichterstattung die gerichtsunerfahrenen Opfer, Zeugen, Tatverdächtige psychisch beeinträchtigt und ihre Kollegen sich medienwirksam verhalten könnten.

Über eigene Verhaltensweisen äussern sie sich selten (vgl. die Stellungnahmen des deutschen Richterbundes, Kap.6).

Welche Einstellung haben die Gruppe der Vertreter der Justiz und die Gruppe der Angeklagten zur heutigen Gerichtsberichterstattung?

Die Ausgangsfrage der Studie lautet:

Ist die heutige Presseberichterstattung ausreichend oder sollte eine Erweiterung durch die Fernsehberichterstattung erfolgen. Die Befunde werden in Auszügen zusammengefasst und weiterführend diskutiert.

## 9.1 Die Einstellung der Angeklagten

Die Vertreter der Justiz unterscheiden sich in ihrer Einstellung von der Gruppe der Angeklagten. Die Mehrheit der richtungsunfähigen Angeklagten und nur eine geringe Anzahl richtungsfähiger Richter, Staatsanwälte und Anwälte halten die heutige Gerichtsberichterstattung (Printmedien) für nicht ausreichend (vgl.Kap.8).

Demgegenüber befürworten die Angeklagten, dass Fernsehkameras technisch unauffällig positioniert werden sollten. Sie können sich vorstellen, dass die heutige Gerichtsberichterstattung durch eine Fernsehberichterstattung erweitert wird.

Die gesamte Hauptverhandlung sollte live übertragen werden, damit Vorurteile der Bevölkerung gegenüber der Justiz und ihrer Person in der Öffentlichkeit abgebaut werden.

Bemerkenswert ist, dass besonders psychisch instabile Angeklagten, die leicht aus dem seelischen Gleichgewicht zu bringen sind, die audiovisuellen Medien befürworten.

Nach ihrer Einstellung sollten unfaire Verhaltensweisen seitens der Vertreter der Justiz ihnen gegenüber gezeigt werden. Die Fernsehaufnahmen sollten archiviert werden, um mögliche Verfahrensfehler der Justiz aufzudecken.

Um einen guten Eindruck in der Öffentlichkeit zu hinterlassen, würden die befragten Angeklagten ihr Verhalten der neuen Situation anpassen. Sie fühlen sich psychisch kaum belastet, weil sie ihre Aufmerksamkeit auf die Fernsehkamera richten.

Eine genaue Analyse über die psychische Befindlichkeit der Befragten ist nicht Gegenstand dieser Arbeit.

Während der psychologischen Untersuchung äusserten die Angeklagten, dass sie sich von den Fernsehberichterstellern eher verstanden fühlten als von den Juristen. Sie erwähnten ihre Unsicherheit gegenüber dem Kommunikationsstil der Juristen. Ihre ablehnende Einstellung ist durch die Art der Befragung der Vertreter der Justiz im Gerichtsverfahren geprägt. Müller-Luckmann (1979 zitiert nach Wassermann,1979, S.70) kritisiert den Kommunikationsstil im Gerichtssaal entsprechend ihrer Erfahrungen:

„Bis auf wenige Schutzansprüche ist der Befragte (ob nun Angeklagte, Zeugen, Sachverständige) in der Rolle eines dem Fragenden zur Verfügung stehenden Objekt.

„Diese Objektkontrolle ist durch den Zwang zur Wahrheitsfindung, dem der Fragende unterworfen ist, hinreichend umschrieben und legitimiert. Wir haben es also, was die Befragten angeht, mit Rollengestalten zu tun, die starken Sachzwängen unterliegen. Den mit Fragerecht- ausgestatteten Personen kommt dies- so lehren zahlreiche Beobachtungen –zumeist nur unzureichend oder gar nicht zum Bewusstsein. Sie fragen, mehr oder weniger dilettantisch, denn auf diesen Teil ihrer Rolle werden sie nur unzureichend, mitunter überhaupt nicht vorbereitet, jedenfalls nicht in systematischer Form, sondern am ehesten durch Anhören von ihrerseits unvollkommenen und fehlerhaften Befragungsnuancen. Man lässt sich weitgehend auf das natürliche psychologische Geschick und den vielstrapazierten Begriff der Lebenserfahrung ein, die selbstverständlich keine fehlerfreie Fragestechnik garantieren können“.

Die Einstellung der befragten Angeklagten zur Anwesenheit audiovisueller Gerichtsberichterstattung wird daher auch mitbestimmt durch ihre positive oder negative Haltung gegenüber den Vertretern der Justiz.

Bei der Untersuchung handelt es sich jedoch um eine homogene Subgruppe von lebenslänglich inhaftierten Straftätern, es kann spekuliert werden, dass sich durch die Höhe des Strafmasses und der langen Dauer ihrer Haftstrafe ein anderes Verhältnis zur Justiz und den Medien entwickelt hat. Das Ergebnis ist nicht repräsentativ, weil es sich nicht auf eine inhomogene Gruppe übertragen lässt.

Es kann vermutet werden, dass Tatverdächtige, die vor einer laufenden Fernsehkamera befragt werden und den Urteilsspruch nicht einschätzen können, anders eingestellt sind als die in der Haftanstalt befragten Probanden. Bisher ein unerforschter Bereich der in dieser Arbeit nicht aufgegriffen werden kann.

Bei künftigen Untersuchungen sollten Tatverdächtige befragt werden, deren Strafmass z.B. mit einem Freispruch endete, die in dieser Untersuchung nicht zur Sprache kamen. Es kann spekuliert werden, dass sie sich in ihren subjektiven Rechtsempfinden von der Justiz bestätigt fühlen und deshalb die Anwesenheit der audiovisuellen Medien ablehnen.

## 9.2 Die Einstellungen der Gruppen der Vertreter der Justiz

Nach der Befragung ergab sich kein einheitliches, vielmehr ein äusserst widersprüchliches Bild der Einstellung der Prozessbeteiligten.

Auch innerhalb einer Gruppe liegen ambivalente Einstellungsmuster zur Präsenz der Fernsehkamera in der Hauptverhandlung vor.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Vertreter der Justiz, die Richter, die Staatsanwälte und die Verteidiger sind gegen die audiovisuelle Gerichtsberichterstattung eingestellt.

Sie fühlen sich aber in ihren juristischen Beiträgen vor einer Kamera im Gerichtssaal kaum beeinflusst, weil sie ihre Konzentration vor allem auf die zu erörternde Sachproblematik richten und die äußeren Rahmenbedingungen kaum beachten.

Diese diskrepante Einstellung der Vertreter der Justiz zur Anwesenheit der Fernsehberichterstattung kann auch in der juristischen Fachliteratur beobachtet werden.

Solche Widersprüche sind bei der Einschätzung der Medienwirkung auf die Justiz weit verbreitet (Wagner, 1987).

Die Prozeßbeteiligten äussern sich eher selten über eigene Verhaltensweisen (vgl. die Stellungnahmen des deutschen Richterbundes, Kap. 6).

Im folgenden wird dargestellt wie sich die drei untersuchten Gruppen der Vertreter der Justiz die Richter, Staatsanwälte und Anwälte voneinander unterscheiden.

Die Gruppe der **Anwälte** schreibt ihre Erfolge oder Misserfolge über ihre Beiträge einer negativen oder positiven medial veröffentlichten Meinungen zu (Wagner,1987). Die von ihm beobachtete Einstellung der Anwälte wird in der vorliegenden Studie bestätigt.

Die Mehrheit der befragten Anwälte sehen einerseits ihre Arbeit durch eine selektiv manipulierte Fernsehberichterstattung beeinträchtigt.

Andererseits haben einige der Anwälte eine positive Erwartungshaltung gegenüber der Fernsehberichterstattung, weil sie sich als selbstaufmerksam einschätzen und deshalb ihr persönliches Auftreten vorbereiten würden.

Nach ihrer Selbsteinschätzung sind sie extravertiert und aufgeschlossen für neue Erfahrungen. Deshalb haben sie keine Probleme nach einer gründlichen Vorbereitung ihrer Beiträge diese vor einer unauffällig installierten Fernsehkamera zu präsentieren.

Es besteht dennoch kein Zusammenhang zwischen extravertiertem Verhalten und dem Drang, sich selbst darzustellen (Mummendey,1995).

Die **Verteidiger** schwanken zwischen Misstrauen und Überschätzung der Medien. **Staatsanwälte** und **Richter** unterschätzen die Rolle der Medien im Rechtsfindungsprozess. (Wagner ,1987).

Es konnte in der Untersuchung festgestellt werden, dass sich die Gruppe der **Staatsanwälte**, die in Richtung der Skala „Gewissenhaftigkeit“ und der Skala „Introversion“ geantwortet haben, sich durch das Fernsehen beeinflusst fühlen. Nach ihrer Meinung dienen audiovisuelle Medien dem Unterhaltungsbedürfnis eines Massenpublikums und können zur Vorverurteilung des Angeklagten beitragen.

Demgegenüber haben extravertierte Staatsanwälte eine positive Erwartungshaltung, weil sie sind selbstaufmerksamer sind und sich kaum vor laufender Fernsehkamera beeinträchtigt fühlen. Nach ihrer Einstellung können Vorurteile der Bevölkerung über die Urteilsfindung und Urteilsbegründung abgebaut werden können.

Von der Gruppe der **Richter** wird erwartet, dass sie am wenigsten empfänglich gegenüber Medieneinflüssen sind und deshalb ihr Verhalten nicht verändern (Vietmeyer,2002.).

Besonders die Richter haben eine hervorgehobene Position innerhalb des Gerichtsverfahrens, sie werden in der Öffentlichkeit vor allen anderen Justizvertretern mit der Urteilsfindung-und begründung personifiziert. Es konnte festgestellt werden, dass sie sich als selbstaufmerksamer sind, aber sich vor einer Fernsehkamera kaum beeinträchtigt fühlen. Die extravertierte Gruppe der Richter hat weniger Probleme vor einer Fernsehkamera aufzutreten, sie würden sich mehr auf ihr Auftreten vorbereiten.



Es lassen sich persönliche Einflüsse auf die Einstellung von Prozessbeteiligten erkennen, doch die Forschung zeigt, dass Zusammenhänge zwischen Einstellung und Persönlichkeit keine Prädiktoren sind, um Prognosen zu erlauben, wie sich die Prozessbeteiligten tatsächlich vor einer Fernsehkamera verhalten werden.

Da alle Prozessbeteiligten keine Probleme haben vor einer Fernsehkamera aufzutreten, stellt sich die Frage, warum die Mehrheit das Fernsehen in der Hauptverhandlung ablehnt?

Gehring (1998) vermutet, dass die Befürworter einer Euphorie über die neuen Informationstechniken unterliegen und dass die Gegner dagegen der Fernsehberichterstattung in Übereinstimmung mit dem „The Third Person- Effekt“, eine starke Beeinflussbarkeit bei den anderen Prozessbeteiligten voraussetzen und sie deshalb schützen möchten. Die Debatten zwischen Gegnern und Befürwortern geben den Anlass zu fragen, ob sie auch sich selbst durch die Fernsehberichterstattung beeinflusst sehen?

Es lässt sich aus den Ergebnissen der Untersuchung über die Einstellung ableiten, dass die Vertreter der Justiz einerseits aus rational nachvollziehbaren Gründen die Anwesenheit des Fernsehens ablehnen, andererseits halten sie sich persönlich für souverän halten vor einer Fernsehkamera zu argumentieren. Als einflussreicher Faktor der Einstellung von Prozeßbeteiligten erweist sich die Selbstaufmerksamkeit.

Die Selbstaufmerksamkeit richtet sich nicht auf die Gesamtperson, sondern fokussiert sich auf Emotionen, Einstellungen und ihre Verhaltensweisen. Die Prozessbeteiligten, die auf sich selbst mehr achten, nehmen auch die Verhaltensweisen anderer Personen stärker wahr. Sie sind sich während ihres erstmaligen Fernsehauftrittes bewusst, dass sie selbstaufmerksamer reagieren. Es ist daher möglich, dass bei häufigen Auftritten vor einer Fernsehkamera ihr Verhalten habituiert und die Selbstaufmerksamkeit nachlässt .

Bei den gerichtsunerfahrenen **Zeugen** und **Angeklagten** wird vermutet, dass sie durch eine Fernsehübertragung psychisch beeinträchtigt werden. In den letzten Jahren wurde der Opferschutz verbessert. Welchen Schutz gibt es für die Opfer während der Präsenz audiovisueller Medien?

Nach Ansicht der Gruppe der Anwälte gibt es keinen Schutz für die Tatopfer.

Für der Gruppe der Angeklagten soll das Opfer technisch anonymisiert werden, damit es während der Hauptverhandlung visuell nicht erkennbar ist.

Der **Angeklagte** ist im Strafverfahren das Objekt der Tatsachenermittlung und der Persönlichkeitsanalyse. Über ihn wird im Namen des Volkes geurteilt. Seine Einstellung zur Anwesenheit audiovisueller Gerichtsberichterstattung wird mitbestimmt durch eine positive oder negative Haltung gegenüber den Vertretern der Justiz .

Die Einstellung von Prozessbeteiligten zur Problematik gesetzlich zulässiger Fernsehberichterstattung in strafrechtlichen Hauptverhandlungen ist nicht nur ein psychologisches Problem. Sie sollte aus verschiedenen Blickwinkeln relevanter Disziplinen betrachtet werden.

Die vorliegende Arbeit befindet sich im Kontext rechtswissenschaftlicher, medienwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Fragestellungen, die den Reflektionsrahmen der Arbeit mitbestimmen. Sie zielt auf eine interdisziplinäre zukünftige Forschung zu dem Verhältnis von Justiz und audiovisuellen Medien. In der öffentlichen Diskussion um das Für und Wider der Fernsehberichterstattung während einer strafrechtlichen Hauptverhandlung kann dabei auf die Erkenntnisse dieser Studie zurückgegriffen werden.

Die Bevölkerung in Deutschland wird nur unzureichend über Strafprozesse informiert.

In den Fernsehprogrammen wird die Arbeit der Justiz als unterhaltsame Realitätsverzerrende Gerichtsshow dargestellt. Auf der einen Seite versuchen die Gerichtsshow juristische Verhandlungen korrekt abzubilden, auf der anderen Seite verwenden sie dramatische Stilmittel, um das Unterhaltungsbedürfnis des Publikums zu befriedigen.

Im Rahmen einer Studie untersuchte Thym (2003) u.a., ob Rezipienten von Gerichtsshow staatliche Strafprozesse realitätsnah wahrnehmen oder ein verzerrtes Bild vom Ablauf von dieser haben. Sie kommt zu dem Ergebnis: Nur wenn die Rezipienten Gerichtsshow für realitätsnah halten, kommt es zu verzerrten Vorstellungen über reale Gerichtsverhandlungen. Steht ein Zuschauer skeptisch der Gerichtsshow gegenüber, so er hat auch bei häufiger Wahrnehmung solcher Sendungen kein verzerrtes Bild der Justiz.

In amerikanischen Gerichtssälen sind Fernsehkameras zugelassen. Pativael und Valkenburg (1998) befragten 305 Erwachsene, die mindestens einmal im Monat den Justizkanal Court-TV anschauen. (1998 zitiert nach Thym, 2003 S.44). Das Interesse der Rezipienten an Liveübertragungen, kann mit fünf Faktoren beschrieben werden: Voyeurismus; Vermeidung von Langeweile, Unterhaltung, Entspannung und Information. Das stärkste Nutzungsmotiv der Zuschauer ist Unterhaltung bzw. Amüsement.

Diejenigen Zuschauer, die aus Informationsinteresse den Gerichtskanal nutzen, um zu sehen was ihnen und anderen passieren kann ( Modellernen) und um Hintergründe über das amerikanische Rechtssystem und den Angeklagten zu erfahren, schätzten die Kriminalität als größeres gesellschaftliches Problem ein, als die Zuschauer die sich nur unterhalten wollten.

Nach Erkenntnissen von Pfeiffer (2005) wird die Bevölkerung in Deutschland durch die Medien nicht angemessen über die Kriminalitätsentwicklung informiert. Die Zahl der von Pfeiffer (2005) wird die Bevölkerung in Deutschland durch die Medien nicht angemessen über die Kriminalitätsentwicklung informiert. Die Zahl der Straftaten geht in Wirklichkeit zurück. Warum wird das verschwiegen?

Pfeiffer (2005) weist darauf hin, dass sich die Berichterstattung über Kriminalität weitgehend an den Vorgaben von Politik und Polizeigewerkschaften orientiert. Die Bevölkerung glaubt dass die Straftaten in den letzten zehn Jahren zugenommen habe. Die extremste Fehleinschätzung gibt es in den Fällen von Sexualmord.

Aufgrund unberechtigter Vorwürfe und Angriffe auf die Justiz, ist es notwendig, dass die Bevölkerung über die Zusammenhänge zwischen Kriminalität, Prävention, Strafverfolgung und Strafzumessung besser informiert wird.

Panikmache der Medien wirkt sich auf die Justiz aus, die mit Drohbriefen aus der Bevölkerung aufgefordert werden höhere Strafen zu erlassen.

Ein erster Schritt zu einer kompetenten und angemessenen Information über Struktur und Ablauf von Gerichtsverfahren bis zur Urteilsverkündung wären Pilotversuche mit Fernsehberichterstattung in Gerichtssälen. Zunächst sollte die Berichterstattung auf Fälle von zeitgeschichtlichen Interesse beschränkt bleiben ( AE-EV,2004).

Das archivierte Filmmaterial aus gesellschaftlich bedeutsamen Gerichtsprozessen sollte in Forschungseinrichtungen untersucht und für rechtswissenschaftliche, medienwissenschaftliche, sozialwissenschaftliche und psychologische Disziplinen zur Verfügung stehen, bevor es einem Massenpublikum vorgeführt wird.

## Abschliessende Betrachtung

Die vorliegenden Untersuchungsergebnisse beziehen sich nur auf die Bundesländer Niedersachsen und Hessen und sind daher für die Bundesrepublik nicht repräsentativ. Dennoch ist die Annahme nicht unbegründet, dass sich diese Ergebnisse auf andere Bundesländer übertragen lassen, aufgrund bundeseinheitlicher rechtlicher und medialer Zusammenhänge zwischen Justiz und audiovisueller Gerichtsberichterstattung.

Auch kann davon ausgegangen werden, dass die Einstellungen und Verhaltensweisen von den Vertretern der Justiz und der Angeklagten in allen Bundesländern ähnlich sind.

In diese Ergebnisse sind ausschließlich Daten von prozessbeteiligten Richtern, Staatsanwälten, Anwälten und Angeklagten eingegangen.

Die Gruppe der Schöffen, die als Laienrichter in Strafprozessen anwesend sind, konnten aus datenschutzrechtlichen nicht befragt werden (vgl.Kap.7).

In zukünftigen Studien sollte ihre Einstellungen im Vergleich zu den anderen Gruppen der Prozessbeteiligten untersucht werden.

Wagner (1987) weist darauf hin, dass es in Europa kaum empirische Erkenntnisse über tatsächliche Wirkung der Medien auf Strafprozesse gibt. Aber es wird vermutet, dass Laienrichter durch Presseberichte –und Kommentierung leichter zu beeinflussen als Berufsrichter, die aufgrund ihrer Ausbildung und Erfahrung in ihrer Urteilsbildung wesentlich immuner gegenüber Massenmedien sein sollten.

Diese Aussagen über die Beeinflussbarkeit der Schöffen bedürfen dennoch weiterer empirischer Überprüfung.

Als Weiterführung dieser Arbeit wäre interessant, im quasieexperimentellen Modellversuch Gerichtssituationen mit audiovisueller Medieanwesenheit herzustellen. Das Ziel ist, alle Prozessbeteiligten zu ihrer Einstellung vor und nach der strafrechtlichen Hauptverhandlung mit Hilfe von Fragebögen zu Einstellungsänderungen im Prä-Post Vergleich zu befragen.

Der Gerichtssaal kann als ein Spiegelbild gesellschaftlicher Bewusstseinsbildung betrachtet werden. Jedes Strafverfahren dient auch zur öffentlichen Bewusstseinsbildung. Wenn über individuelle Schuld und Unschuld geurteilt wird, arbeitet es nach Maßstäben, über die in einer demokratischen Gesellschaft reflektiert und verhandelt werden muss. Zur Veränderung des Rechtsbewusstseins der Bevölkerung gehört auch das Wissen, wie die Vertreter der Justiz in Fällen vorgehen, die ein öffentliches Interesse hervorrufen.

Nach Hassemer (1987 zitiert nach Wagner, 1987 S.71) können vor allem die Medien das „Bild vom Strafrecht vervollständigen.“

„Die Strafjustiz, die aus welchen Gründen auch immer gegenüber den Medien dichtmacht und Informationen ausserhalb der gesetzlichen Grenze selektiert oder verweigert, verfehlt ihre Aufgabe tendenziell ebenso wie das Medium, das aus welchen Gründen auch immer die Nachrichten ohne direkte Berührung mit der Strafjustiz produziert. Die Wahrheitssuche im Strafverfahren ist ein offener Prozess und kein einseitiges professionelles Fortschreiten, sondern vielmehr angewiesen ist auf Streit, Dialektik.“

Es kann zur Wahrheitsfindung beitragen, wenn die innerhalb des Gerichtsaals zwischen den Prozessbeteiligten verhandelnden Tatbestände und ihre Bewertung auch von qualifizierten Fernsehjournalisten reflektiert werden, um den öffentlichen Meinungsprozess zu erweitern und zu ergänzen. Die öffentliche Darstellung und Bewertung greift durch die Fernsehberichterstattung nicht in die Autonomie der Justiz ein. Denn jeder der Vertreter der Justiz kann frei über die medial vermittelten Argumente verfügen, er kann sie akzeptieren, ablehnen, kritisieren, differenzieren u.a.

Nach den Beobachtungen von Wagner (1987) ist die Mehrzahl der Strafrichter davon überzeugt, ihre Urteile frei von Medieneinfluss zu fällen.

Die richterliche Unabhängigkeit bedeutet, dass die rechtliche Entscheidung des Richters nicht vom Staat beeinflusst werden darf. Aber diese garantierte Unabhängigkeit ist sicher keine individuelle Unabhängigkeit, da kein Mensch frei ist von sozialen, kulturellen und ideologischen Beeinflussungen und Vorurteilen.

In meiner Untersuchung habe ich die Erfahrung gemacht, dass einige Richter die psychologische Befragung mit der Begründung ihrer richterlichen Unabhängigkeit ablehnten. Im einem Gespräch nimmt Müller- Luckmann (2005) nach über fünfzigjähriger gerichtlicher Berufserfahrung Stellung zu dem Thema der richterlichen Unabhängigkeit:<sup>4</sup>

„Im Hintergrund einer richterlichen verbrieften Unabhängigkeit steht meist ein unreflektiertes Herauslassen verbalisierter Alltagstheorien gepaart mit einer nonverbalen Ausdruckweise“

---

<sup>4</sup> Im Gespräch mit Müller-Luckmann am 6.4.05

Einerseits sind die Medien auch an der Wahrheitsfindung und ihrer öffentlichen Vermittlung beteiligt. Andererseits ist die Fernsehberichterstattung durch das Zuschauerverhalten gezwungen, ihre Informationen auch unter dem Aspekt ihres Unterhaltungswertes zu nutzen. Sie suchen nach Anlässen und Medieninhalten, die diese Unterhaltungsbedürfnisse des Publikums befriedigen.

Jüngstes Beispiel: Die Befragung des Außenministers Joschka Fischer wurde zu einer „Joschka-Fischer-Show“ verwandelt. Anstatt inhaltliche Aussagen zu diskutieren „lud das Fernsehen zur Deutung Körpersprachler ins Studio. Kritiker rezensierten theatralische Effekte und rhetorische Raffinessen, und die Zuschauer durften für 49 Cent mitteilen, ob Darsteller glaubwürdig gewirkt haben oder nicht“ (Markwort, 2005 S.3).

Anschliessende Anmerkung:

Nach der jüngsten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes insbesondere des Minderheitenvotums, erscheint der Ausschluss der Medien aus den Gerichtssälen kein unverrückbares Dogma. Die Öffnung des Gerichtssaals für die Fernsehberichterstattung bleibt nach wie vor ein aktuelles Thema.

Auch das große Interesse der Bevölkerung an der gerichtlichen Wahrheitsfindung und am Urteil im Namen des Volkes, könnte eine Sensibilisierung in Richtung einer Änderung des bisherigen gesetzlichen Zustandes bewirken. Eine Gesetzesänderung scheint noch fern, aber nicht unmöglich zu sein.

Die Kenntnis der Einstellung von Prozessbeteiligten und ihre Interpretation zur gesetzlich zulässigen Fernsehübertragungen in strafrechtlichen Hauptverhandlungen soll eine Orientierungshilfe für die Auseinandersetzungen zwischen Justiz und Medien sein.

## Literaturverzeichnis

Alber, P.-P.(1974). *Die Geschichte der Öffentlichkeit im deutschen Strafverfahren*. Berlin: Duncker & Humboldt.

Alwart, H. (1990). *Personale Öffentlichkeit* ( §169GVG).JZ S.883 ff

Amelang, M. & und Bartussek, D. (2001). *Differenzielle Psychologie und Persönlichkeitsforschung* (5 Aufl.). Stuttgart: Kohlhammer.

Atteslander, P.(2000). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Berlin: de Gruyter.

Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W.& Weiber, R. (1994). *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*. Berlin: Springer.

Baumann, Jung,Roxin,Schüler-Springorum,H. Weigend, Wolter (2004). Arbeitskreis (AE-EV) deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer. „Alternativ-Entwurf *Strafjustiz und Medien* München: Beck.

Becker, P. von.(1979). *Straftäter und Tatverdächtige in den Massenmedien: Die Frage der Rechtsmässigkeit identifizierender Kriminalberichte*. Eine Untersuchung zur beispielhaften Konkretisierung von Medienverantwortung im demokratischen-sozialen Rechtsstaat.

Braun, K.(1994). *Handbuch der Gerichtsberichterstattung*: Bonn: Zeitungs-Verlag Service

Britz, G.(Hrsg.) (1999). *Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal*. Diss., Universität Saarbrücken, Baden- Baden: Nomos

Bockelmann,P.(1960). *Öffentlichkeit und Strafrechtspflege*.NJW,1960,S:217ff.

Borkenau, P. & Ostendorf, F. (1991). *Neo-Fünf-Faktoren Inventar ( Neo-FFI) nach Costa und Mc Crae*. Handanweisung. Göttingen: Hogrefe.

Bos, W.& Tarnai,C. (1989). *Angewandte Inhaltsanalyse in Empirischer Pädagogik und Psychologie*. Münster: Waxmann.

Bortz, J.(1984). *Lehrbuch der empirischen Forschung: für Sozialwissenschaftler*. Berlin: Springer

Bortz, J. (1989). *Statistik für Sozialwissenschaftler*. Berlin: Springer

Bortz, J.; Lienert, G.A. & Boehnke ; K. (1990).*Verteilungsfreie Methoden der Biostatistik*. Berlin: Springer.

Braun ,K. (1994). *Handbuch der Gerichtsberichterstattung*. Bonn: ZV Zeitungsverlag Service.

Bortz,J. & Döring, N.(1995). *Forschungsmethoden und Evaluation*. Berlin: Springer.

Bryman, A.& Cramer, D.(1997). *Quantitative data analysis with SPSS for Windows*. London: Routledge.

Brosius,F.(1998).*SPSS 8*. Hamburg: International Thomson Publishing.

Burbulla,F.(Hrsg.)(1998). *Die Fernsehöffentlichkeit als Bestandteil des Öffentlichkeitsgrundsatzes*. Diss., Bochum.

Bühl, A.& Zöfel, P.(1998). *SPSS für Windows Version 7.5: Einführung in die moderne Datenanalyse*. Bonn: Addison-Wesley -Longman.

Coburn-Staege, U.(1973). *Der Rollenbegriff. Ein Versuch der Vermittlung zwischen Gesellschaft und Individuum*. Heidelberg: Quelle & Meyer.

Cohn,M; Dow,D. (1998). *Cameras in the Courtroom – Television and the Pursuit of Justice*,USA.

Cordes, S. (2000).*Gibt es Persönlichkeitsunterschiede zwischen Interessenten eines großen Strafprozesses versus Nichtinteressenten ?* TU BS Unveröffent. Diplomarb.

Costa ,P.T. & Mccrae ,R.R.(1989). *The Neo PI/FFI manual supplement*. Odessa, Florida: Psychological Assessment Resources. (zitiert nach Borkenau & Ostendorf ,1991).

Diehl, J.M. (1983). *Varianzanalyse* (4.Auflg.).Frankfurt am Main: Fachbuchhandlung für Psychologie, Verlagsabteilung.



Doebel, Peter (1979). *Justiz, TV und Grundgesetz ein Neuanfang?* DRiZ 1994,S.435.

Dürkop, M. (1977). *Der Angeklagte*. München: Fink-Verlag.

Eberle;C.E. (1994). *Gesetzeswidrige Medienöffentlichkeit* beim BVerfG? NJW 1994,S.1637-1639; Justiz und Medienöffentlichkeit. Grenzen der Gerichtsberichterstattung auf dem Prüfstand der Verfassung, ZDF-Jahrbuch,1992,S.158-162.

Festinger, L. (1978). *Theorie der kognitiven Dissonanz*. Bern: Huber Verlag.

Fisseni, H.-J.(1997). *Lehrbuch der psychologischen Diagnostik*. Göttingen. Hogrefe.

Fisseni, H-J.(1998). *Persönlichkeitspsychologie*. Auf der Suche nach einer Wissenschaft (4. Auflage.). Göttingen: Hogrefe.

Fleschner,F.& Guestedt, V.(2002).*Gerichtsshow*s Pädagogisch wertvoll oder sittlich anstößig? Jugendschützer und Sender streiten über die Medienspektakel. Focus,Nr.28,8.07.02.

Forgas, J.P. (1995). *Soziale Interaktion und Kommunikation* (3.Auflage). Weinheim: Union.

Franzki, H. (1979). Die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung. DRiZ 1979, S.82.

Friske, H.-J. (1988). *Justiz und Medien*. Münster: Lit. Verlag.

Fögen, M.-T.(1974). *Der Kampf um Gerichtsöffentlichkeit*. Berlin: Duncker & Humboldt.

Gehring, H. (1998). *Sozialpsychologische Überlegungen zur Fernsehberichterstattung aus Gerichtsverhandlungen*. ZRP, S. 8-10.

Gerasch, S. (1995). *Prozesswirklichkeit und Gerichtsberichterstattung*. Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung. München, New Providence, London, Paris: Sauer

Gounalakis,G. (1997). *Kameras im Gerichtsaal* –Rechtsvergleichende Überlegungen zu einem Pilotprojekt “ Gerichtsfernsehen” in Festschrift für Friedrich Kübler;S.173ff. Heidelberg

Grubitzsch, S. ( 1985). *Konstruktion psychologischer Tests*. In S. Grubitzsch & G.Rexilius (Hrsg.); *Testtheorie-Testpraxis. Voraussetzungen, Verfahren, Formen und Anwendungsmöglichkeiten psychologischer Tests im kritischen Überblick* (S. 75-111). Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Hasebrook, J.(1995). *Multimedia –Psychologie*. Heidelberg: Spektrum.

Hassemer, W. ( 985). *Vorverurteilung durch die Medien*. NJW, S. 1921 ff.

Hattenhauer, H. (1995,8 Dezember). *Denkfehler zeigen sich in Stilfehlern*. FAZ ,286 S.17.

Herz, R(2001). Interview, „*Ein Herz für Sünder*“ in Focus,36,S.230.

Heygster, A-L; Schmieding,W. (1979). *Fernsehkritik. Publikum und Publizisten*. Mainz: Hase& Koehler.

Hillermeier, K. (1882). *Zum Öffentlichkeitsgrundsatz im Strafverfahren*. DRiZ, S. 281ff.

Huff,M.W (1996). Fernsehöffentlichkeit im Gerichtsverfahren. Kippt das BverfG § 169 S.2 GVG? NJW 1996,S.571ff.

Huff M.W (1996). *Justiz und Öffentlichkeit. Information ist auch eine Aufgabe der Gerichte*. Schriftenreihe der Juristischen Gesellschaft zu Berlin, New York: de Gruyter.

Hohmann- Denhardt (2004). *Gerichts-TV- Voyeuismus oder Transparenz der Justiz im Medienzeitalter?* Zeitschrift des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V.– Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen (DVS), (4) 16. Jahrgang 111-115

Holzmann, G.(2001). *Schaulust und Verbrechen*. Stuttgart Weimar: Metzler.

Hölscher(2004).*Der Strafprozess in Tages- und Boulevardpresse*. Zeitschrift des Bundesverbandes ehrenamtlicher Richterinnen und Richter e.V.- Deutsche Vereinigung der Schöffinnen und Schöffen 2004, (DVS),2,S.39-40).

Jung, J. (1951). *Presse, Rundfunk und Film im Gerichtssaal*. Bad Harzburg: Ellinghaus & Co. G.m.b.H.

Jochum, D. ( 1998). *Die Plädoyers und das Urteil im Politbüro- Prozess*. (1.Auflage). Stettin: Plewnia.

Kerscher, H., (1992). *Gerichtsberichterstattung und Persönlichkeitsschutz*. Diss. Hamburg.

Krauth, J. ( 1995). *Testkonstruktion und Testtheorie*. Weinheim: Beltz- PVU.

Kröll, U. (1988.) *Massenmedien und Geschichte*. Münster. Regensburg.

König, K. (1997). *Abwehrmechanismen* (2.Aufl.) Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Lang, W. (1960). *Ton – und Bildträger*. Materielle und prozessuale Grundfragen in persönlichkeitsrechtlicher Sicht , Bielefeld.

Leary, M.R. (1993). *The interplay of private self-processes and interpersonal factors in selfpresentation*. In J. Suls (Ed.), *Psychological perspectives on the self*. Vol.4: The self in sozial perspektive (pp.126-155). Hillsdale; NJ:Lawarence Erlbaum.

Leary, M.R. (1996). *Self –presentation, impression management ad interpersonal behavior*. Social Psychology Series. Boulder, Co: Westview Press.

Leary, M.R. & Kowalski, R.M (1990). *Impression Management: A literature review and two-component modell*: Psychological Bulletin, 107 (1Auflg.), 34-47.

Leihgraf, N., Vollvert, R., Kotte, H. & Fried, S. (1993). *Die Sprache des Verbrechens. Wege zu einer klinischen Kriminologie*. Stuttgart: Kohlhammer.

Lienert, G.A. (1973). *Verteilungsfreie Methoden in der Biostatistik*. Meisenheim a.G.: Anton Hain. Litman, (1994) *Minority Report of the Committee on Audio –Visual Coverage of Court Proceedings*, New York, (pp.44.).

Lohrmann, H.J. (1995). *Wollt Ihr Court- TV? oder: Principiis obsta!* DRiZ 1995, S.247.

Luhmann, N. (1996). *Die Realität der Massenmedien*, 2.Aufl. Opladen; Rechtssoziologie, 3. Aufl., Opladen, 1987.

Lienert, G.A & Raatz, U. (1994). *Testaufbau und Testanalyse* ( 5.Auflg.): Weinheim: Beltz.

Liepmann, D.(1987).*Einstellungsmessung*: In: Frey, D.

Lisch, R. & Krisch, J. (1978). *Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse*. Hamburg: Rowohlt.

Luethke,A.& Mueller,I.(1997). *Strafjustiz für Nicht-Juristen*. Leske und Budrich.

Mackenroth,G. (2002). *Interview: Das ist emotionales Theater*. In Spiegel, 42 S.188-189.

Mayring, P. (2000a) . *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (7.Auflage). Weinheim: Dt. Studien-Verlag.

Mayring, P.( 2000). *Qualitative Inhaltsanalyse*: Forum Qualitative Sozialforschung [Online-Journal ]. Abrufbar über: <http://qualitative-research.net/fqs/fqs-d/2-00inhalt-d.htm> [1.2.2003].

Mauz, G. ( 1995). *Ketschup auf die Robe; Nivea!* Der Spiegel 41/1995,S. 168ff.

Mauz, G. (1968). *Die Gerechten und die Gerichteten*. Frankfurt a. M, Berlin: Ullstein.

Mauz, G. (1975). *Das Spiel von Schuld und Sühne. Die Zukunft der Strafjustiz*. Düsseldorf, Köln: Eugen Diederichs.

Mauz, G.(1990). *Die Justiz vor Gericht :Macht und Ohnmacht der Richter* (2.Auflage). München.

Merten, K. (1983). *Inhaltsanalyse. Einführung in Theorie, Methode und Praxis*. Darmstadt: Westdeutscher Verlag.

Mummendey, H.D. (1995). *Psychologie der Selbstdarstellung*. (2. Auflage).

Müller-Luckmann. E. (1998 ).*Lügen haben viele Beine*. Hamburg: Kabel.

Mogel, H. (1985). *Persönlichkeitspsychologie. Ein Grundriss*. Stuttgart: Kohlhammer.

Pernice, I.-M.(1998). *Öffentlichkeit und Medienöffentlichkeit*. Die Fernsehberichterstattung über öffentliche staatliche Sitzungen am Beispiel von Bundestag und Bundesrat; Gerichten und Gemeinderäten. Berlin: Duncker und Humblot

Pfeiffer, G. (1995). *Der Pranger –Interview mit Gerhard Pfeiffer und Matthias Prinz*. Spiegel spezial 8/ 1995, S.55 ff.

Pfeiffer ,C. (2004,5.März). *Dämonisierung des Bösen*. FAZ, 55 S.9.

Pfeiffer ,C. (2005,2.Juni). *Weniger Verbrecher, mehr Panikmache*. Die Zeit,7,S.9.

Precht, R.D. (1996, 22.November). *Beobachtete Beobachter*. Die Zeit, 48, S.4.

Sachs, L. (1988). *Statistische Methoden: Planung und Auswertung*. Berlin: Springer.

Sarstedt,W. (1956). *Rundfunkaufnahmen im Gerichtssaal*. JR 1956,S.121ff.

Schmidt, W. (1982). *Mitbeschuldigten- und Zeugenrolle im Strafverfahren*. Veröff. Diss. Göttingen.

Schild,W.(1997). *Die Geschichte der Gerichtsbarkeit*. Hamburg: Nikol.

Schmidt, E.(1956). *Zulässigkeit und Verwendbarkeit von Tonbandaufnahmen im Strafverfahren*. JZ 1956,S.206ff.

Schmidthals, H.(1977). *Wert und Grenzen der Verfahrensöffentlichkeit im Strafprozess*. Bern: Peter Lang.

Schüle, C. (2004, 22. Dezember). *Das süsse Gift der Moral*. Die Zeit, 53 S.13-16.

Schüler- Springorum, H.(1982). *Ein Strafverfahren mit nichtöffentlicher Hauptverhandlung?* NSTZ 1982,S.305ff.

Schönbach; K. (2000). *Selektiv- aber auch passiv*. Anmerkungen zum Medienpublikum des nächsten Jahrtausends. In W.A. Mahle ( Hrsg.), *Orientierung in der Informationsgesellschaft* (S.9-102).Konstanz: UVK Medien.

Short,E.; Associates,I.(1981). *Evaluation of California's Experiment with Extended Media Coverage of Courts*.

Sorth, J. (1999).*Rundfunkberichterstattung aus Gerichtsverfahren*. Veröff. Diss., Universität Hamburg

Six, B. *Die Relation von Einstellung und Verhalten*, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 1975,6,S. 270-296 . Bern, Stuttgart, Wien, 1975.

Schneider, H.J. (1968). *Zur Psychologie des Strafrichters*, in: Schäfer, H.(Hrsg.): Grundlagen der Kriminalistik,Bd.4. Hamburg,1968.

Statistisches Jahrbuch 2004. *Für die Bundesrepublik Deutschland*, stat. Bundesamt, Wiesbaden: Fachverlage Gmbh.

Stürner; R.(1978). *Schutz des Gerichtsverfahrens vor öffentlicher Einflussnahme?*JZ,S.161FF.

Rademacher, H. (1998, 16.März). *Servus Weltuntergang. Wie amerikanische Medien ihre Nachrichten verkaufen wollen*. FAZ 38, .S.2.

Rexilius; G ( 1985): *Grenzen der Testerei*. In S. Grubitzsch & G. Rexilius (Hrsg.); *Testtheorie-Testpraxis. Voraussetzungen, Verfahren, Formern und Anwendungsmöglichkeiten psychologischer Tests im kritischen Überblick* (S. 112-164). Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Rohde, F. (1972). *Die Öffentlichkeit im Strafprozess*. Bochum.

Thaler,(1994). *The Watchful Eye: American Justice in the Age Television Trial*, Praeger,p.188.

Thym, B. (2003). *Kultivierung durch Gerichtshows*. Eine Studie unter Berücksichtigung von wahrgenommener Realitätsnähe. Nutzungsmotiven und persönlichen Erfahrungen. Abrufbar über: [http:// www.epup.ub.uni-münchen.de/ archiv](http://www.epup.ub.uni-münchen.de/archiv) [Zugriffsdatum: 2.03. 2004].

Triandis, H.C: *Einstellungen und Einstellungsänderungen*. Weinheim, Basel, 1975.

Upmeyer, A. (1985). *Soziale Urteilsbildung*. Stuttgart: Kohlhammer.

Vietmeyer, K. (2002). *Vor- und Nachteile von Fernsehöffentlichkeit*. Eine Untersuchung der Diskussion um Fernsehkameras vor dem Hintergrund der amerikanischen Erfahrungen.

Vögele, W. (2003) (hrsg) *Hinter Gittern – Vor der Kamera. Justizvollzug und Medien*. (1 Auflage) Rehburg- Loccum Protokolle.

Wagner, J. (1987). *Strafprozessführung über Medien*. Baden Baden 1987.

Wassermann, R. (1970). *Richter, Reform, Gesellschaft*. Karlsruhe: Müller.

Wassermann, R. (1979) (hrsg). *Menschen vor Gericht. Originalausgabe für die Reihe Demokratie und Rechtsstaat*. Neuwied und Darmstadt: Luchterhand.

Wassermann, R. (1985). *Die richterliche Gewalt: Macht und Verantwortung d. Richters in der modernen Gesellschaft*. Heidelberg: Müller Verlag.

Watzlawik, M. (2003). *Jugendliche erleben sexuelle Orientierungen*. Eine Internetbefragung zur sexuellen Identitätsentwicklung bei amerikanischen und deutschsprachigen Jugendlichen im Alter von 12 bis 16 Jahren. TU BS Veröff.Diss.

Wettstein, E. (1966). *Der Öffentlichkeitsgrundsatz im Strafprozess*. Zürich.

Witzler, J. (1993). *Die personale Öffentlichkeit im Strafverfahren*: Pfaffenweiler.

Wolf, G. (1994). *Gerichtsfernsehen – künftig "live" im Fernsehen?* ZRP 1994, S.187-192.

Wyss, M.P. (1996). *Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren und Fernsehberichterstattung*. Überlegungen zu einem grundrechtlichen Spannungsverhältnis unter besonderer Berücksichtigung der schweizerischen Rechtslage, EuGRZ 1996, S.1-17.

Zehme, H.C. (1998, 17. April). *Letzter Tag im Geyerprozess*. Braunschweiger-Zeitung, S.10.

Zeller, F. (1998). *Zwischen Vorverurteilung und Justizkritik*. Bern: Paul Haupt Berne.

Zizek, S. (2000). *Die Kamera liebt Dich*. Süddeutsche Zeitung 8.03.00.

Zuckerman, M., Kuhlman, D. M., Thornquist, M. & Kiers, H. (1991). *Five (or three) robust questionnaire scale factors of personality without culture*. *Personality and Individual Difference*, 12, 929-941.



## Anhang

Kodesystem der Frage: Gibt es einen Schutz für das Tatopfer während der Anwesenheit des Fernsehens in strafrechtlichen Hauptverhandlungen?

Kategorie	Bedeutung	Ankerbeispiel	Kodieregel
<b>K 1</b> Kein Schutz für Tatopfer	Die hohe Gewissheit der Probanden, dass es keinen Tatopferschutz gibt.	Kein Schutz möglich (36) es gibt keinen Schutz für das Tatopfer (50) es gibt keinen Opferschutz (100) ist nicht möglich (87)	Alle Aussagen müssen der Bedeutung entsprechen
<b>K 2</b> Keine Anwesenheit des Fernsehens	Die Probanden akzeptieren keine Anwesenheit des Fernsehens im Gerichtsaal	Kein Filmen im Gerichtsaal (114). Ich halte nichts von der Anwesenheit des Fernsehens (51) Fernsehen gehört nicht in den Gerichtsaal (66)	Alle Aussagen müssen der Bedeutung entsprechen
<b>K 3</b> Schutz der Tatopfers eingeschränkt	Der Schutz des Tatopfers ist teilweise gegeben. Intimitäten werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt	Der Schutz kann nicht vollständig gewährleistet werden (110) teilweise ist Schutz gegeben unter Ausschluss der Öffentlichkeit (104)	Alle Aussagen müssen der Bedeutung entsprechen
<b>K 4</b> Schutz nur mit Zustimmung des Tatopfers	Das Tatopfer kann den eigenen Schutz selbst bestimmen	Auf jeden Fall ist das Einverständnis des Opfers zu holen (10) Das Opfer soll freiwillig entscheiden können (145) Nur mit Einverständnis des Tatopfers (147)	Alle Aussagen müssen der Bedeutung entsprechen
<b>K 5</b> Unkenntlichmachen der Person.	Der Schutz nur gegeben, wenn das Tatopfer nicht erkennbar ist	Allenfalls technische Anonymisierung (22) Schwärzung des Gesicht(118) Kameraeinstellung von der Rückseite (151)	Alle Aussagen müssen der Bedeutung entsprechen



## Persönliche Daten

Sehr geehrte Damen und Herren,

lesen Sie bitte alle Aussagen dieses Fragebogens aufmerksam durch und überlegen Sie, ob diese auf Sie persönlich zutreffen oder nicht. Ihre Teilnahme an der Befragung ist **freiwillig und anonym**. Zu den folgenden Behauptungen lege ich auf ihre Antwort sehr großen Wert. Bitte kreuzen Sie jeweils die vorgegebenen Antwortskalen spontan und gründlich an. Ich bedanke mich für ihre Mitarbeit. Bevor Sie beginnen, möchte ich persönliche Daten von Ihnen erfragen.

Alter: \_\_\_\_\_ Geschlecht: männlich ☐ weiblich ☐

Beruf: Richter/In ☐ Staatsanwält/In ☐ Anwält/In ☐ Schöffe/In ☐

andere: \_\_\_\_\_

► Halten sie die bisher zulässige Berichterstattung im Gerichtssaal für ausreichend?

Ja ☐ Nein ☐

► Wurden Sie schon einmal vor laufender Kamera interviewt?

Ja ☐ Nein ☐

► Wie stellen Sie sich den Schutz des Tatopfers bei Anwesenheit des Fernsehens im Gerichtssaal vor?

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

## Bedeutung der Skalen:

SA ► starke Ablehnung, ich stimme der Aussage auf keinen Fall zu

A ► Ablehnung, ich finde die Aussage unzutreffend

N ► neutral, die Aussage ist weder zutreffend noch unzutreffend

Z ► Zustimmung, die Aussage halte ich für zutreffend

SZ ► starke Zustimmung, die Aussage ist völlig zutreffend

## Ich bin der Meinung, dass Fernsehkameras in Hauptverhandlungen...

	Starke Ablehnung	Ablehnung	Neutral	Zustimmung	Starke Zustimmung
▶ die heutige Gerichtsberichterstattung (Presse) erweitern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ die Urteilsverkündung filmen sollten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ die Wahrheitsfindung gefährden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ die Privat- und Intimsphäre stark beeinträchtigen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ nur mit Einwilligung aller Prozeßbeteiligten erlaubt werden sollten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ durch Schnitttechniken die Realität verfälschen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ zu einer Inszenierung der Gerichtsverhandlung führen können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ durch positive Berichterstattung zur Resozialisierung beitragen können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ technisch unauffällig positioniert werden sollten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ zur Vorverurteilung beitragen können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ Vorurteile über Gerichtsprozesse abbauen können	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ vorwiegend der Unterhaltung dienen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

## Ich habe das Gefühl, dass Fernsehkameras in Hauptverhandlungen...

	Starke Ablehnung	Ablehnung	Neutral	Zustimmung	Starke Zustimmung
▶ für mich persönlich vorteilhaft sind	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ meine Misserfolge verstärken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ meine Vorzüge in den Vordergrund stellen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ auf mich Macht ausüben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ meine Konzentrationsfähigkeit hemmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ meine privaten Äußerungen aufzeichnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ für mich neue Erfahrungen bringen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ mich motivieren, mich klar und deutlich auszudrücken	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ mich einschüchtern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ mich belasten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ meine Aufmerksamkeit erhöhen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ meine Interessen öffentlich vertreten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

## Wenn Fernsehkameras in einer Hauptverhandlung anwesend sind...

	Starke Ablehnung	Ablehnung	Neutral	Zustimmung	Starke Zustimmung
▶ wäre mir bewusst, dass ich von einem Massenpublikum beobachtet werde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ werde ich mich auf mein Auftreten vorbereiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ werde ich besonders sorgfältig auf mein Äußeres achten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ werde ich versuchen, mein Verhalten anzupassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ werde ich gegen meinen Willen in der Öffentlichkeit bloßgestellt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ werde ich versuchen, einen guten Eindruck zu hinterlassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ werde ich auf meine Sprache achten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ habe ich keine Probleme, vor der Kamera zu sprechen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ wird meine spontane Äußerungsbereitschaft eingeschränkt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ werde ich meine Aufmerksamkeit darauf richten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ kann sich meine Mimik verändern	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
▶ kann mein Verhalten beeinflusst werden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>